Antifaschistisches info Blatt
Nr. 104 | Herbst 2014 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



EUROPAS RECHTE

STARK WIE NIE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

www.antifainfoblatt.de


6

Foto: © European Union 2014 / Pietro Naj-Oleari

Europas Rechte

Die extreme Rechte zählt zu den Gewinnern der Europawahl. Künftig verfügt sie über rund 125 Mandate. Damit gehört fast jeder sechste Abgeordnete einer Partei des rechten Lagers an. Zwei Rechtsfraktionen haben sich bereits konstituiert.



16

Auf Staatskosten

Der NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus hätte „niemals als V-Mann vom Landesamt für Verfassungsschutz angeworben werden dürfen". Zu diesem Schluss kommt der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtages und attestiert dem VS zahlreiche, teils gravierende Fehler.


23

Foto: ©Rabe! (CC BY-SA 3.0)

Deutsche Burschenschaft light

Während sich die im extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft" (DB) verbliebenen Burschenschaften wie gewohnt in Eisenach trafen, versammelten sich in Braunschweig rechtskonservative Ex-DB-Bünde, um weiter an einem neuen Dachverband zu feilen.


34

Foto: UNHCR / Guardia Costiera (CC BY-NC 2.0)

Mare Nostrum

Sieben Thesen zur italienischen Marineoperation Mare Nostrum und zur aktuellen Situation im Mittelmeer. Erst nach 1993 wurden durch politische Entscheidungen all jene tödlichen Bedingungen erschaffen. Dass diese durch nachhaltigen Druck von unten verschwinden könnten, ist zentraler Ausgangspunkt der Überlegungen.

TITEL

Was wollen Nationalisten im Europaparlament? ... 6
Europa auf dem Weg nach rechts ... 8
Alte Konflikte, neue Probleme ... 10
Die neue Sarrazin-Partei? ... 12
Europa in Theorie und Praxis ... 14

NS-SZENE

Auf Staatskosten ... 16
Landser heißt jetzt Weltkrieg ... 18
Im Zentrum der Aktion „Konfetti" ... 20

BRAUNZONE

Deutsche Burschenschaft light ... 23
Antifeministische Allianzen ... 26
Streitfall AfD ... 28

ANTIFA

Antifaschistische Geschichte sichtbar machen! ... 30

GESELLSCHAFT

Bunt und entspannt ... 32

RASSISMUS

Mare Nostrum ... 34
Noch mehr Entrechtung von Asylsuchenden ... 36
Abschiebungshaft reloaded ... 37

GESCHICHTE

Waldemar Pabst — „Netzwerker im Hintergrund" ... 38
Überwindung des Schweigens ... 40
Joseph Wulf und die Geschichtswissenschaft ... 42

REPRESSION

Erste Einstellungen im „Antifa-Sportgruppe"-Verfahren ... 46

INTERNATIONAL

Wahlen in Schweden ... 48
Der rechte Traum von einem deutsch-russischen Bündnis ... 50
Österreich: Das Objekt 21 ... 52
Bulgarien: Interview mit Jock Palfreeman ... 54

RUBRIKEN

Editorial ... 3
Kurzmeldungen ... 4
Rezensionen ... 56

Titelfoto: © European Union 2014 / Pietro Naj-Oleari

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

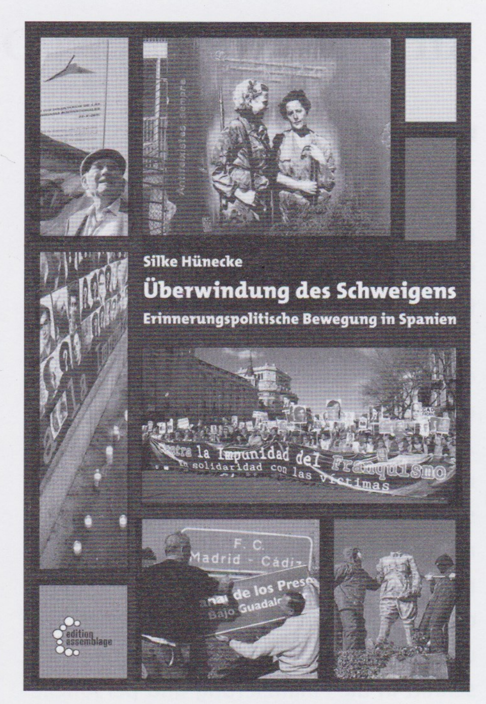
Spätestens nach den Wahlen zum Europaparlament wurde für die meisten deutlich, was sich schon lange abzeichnete: In Europa gibt es einen massiven Rechtsruck. Die omnipräsente ökonomische Krise ist nur ein Puzzleteil in der Analyse zur Wahl. Wurden die größten Erfolge für die extreme Rechte doch in den Ländern erzielt, die real am wenigsten von der Krise und dem Entsolidarisierungsprozess innerhalb der Festung Europa betroffen sind. Mit diesem Schwerpunkt wollen wir noch weitere Schlaglichter auf die parlamentarische Praxis der extremen Rechten werfen. Was für eine Idee von Europa hat die Rechte? Welche ideologischen Konzeptionen liegen ihr zugrunde? Mit welchen Themen ziehen sogenannte „Euroskeptiker" in den Wahlkampf und wie agieren sie im EU-Parlament? Was verstehen Neonazis unter einem „Europa der Vaterländer"? Und warum schaffte die AfD nach dem erwarteten Einzug ins EU-Parlament auch den in mittlerweile drei Landtagen?

Doch auch außerhalb der Parlamente entlädt sich eine rassistische Grundstimmung. Die Zahl der Übergriffe auf Moscheen in Deutschland ist nach Behördenangaben weiter gestiegen. Demnach wurden im vorigen Jahr mindestens 36 Angriffe auf muslimische Einrichtungen gezählt, wobei die Dunkelziffer noch wesentlich höher liegen dürfte. Und auch der Antisemitismus trat mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel und dem Gaza-Streifen wieder öffentlicher in Erscheinung: In Wuppertal wurden Brandsätze auf eine Synagoge geworfen, in Berlin-Charlottenburg wurde im Juli ein Jugendlicher geschlagen, weil er eine Kippa getragen hat und antisemitische Parolen ertönten auf vielen pro-palästinensischen Demonstrationen. Weiterhin sind Geflüchtete in Deutschland Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Allein bis September 2014 lassen sich laut PRO-Asyl und der Amadeu-Antonio-Stiftung 46 gewalttätige Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte zählen, darunter 23 Brandstiftungen. Neben diesen Attacken verstärkt sich auch die institutionelle Ausgrenzung. Die schwarzrote Bundesregierung hat mit der dafür benötigten Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen am 19. September die Asylgesetzgebung massiv verschärft (S. 36).

Im Geschichtsressort widmen wir uns in dem Artikel „Überwindung des Schweigens" dem Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit in Spanien. Demnächst erscheint das gleichnamige Buch der Autorin beim Verlag Edition Assemblage. Erinnerungspolitik ist auch in Spanien ein umkämpftes Terrain und zeigt die politischen Kräfteverhältnisse in dem Land besonders deutlich. Erst durch Druck von unten wurde in den 2000er Jahren das jahrzehntelange Schweigen zu den Verbrechen während der Franco-Diktatur gebrochen. Doch bis heute stellen sich insbesondere die rechts-konservative Regierung und die katholische Kirche einer Aufarbeitung entgegen.

Nachdem wir selbst vor zwei Jahren unseren 25. Geburtstag feierten, ist dieses Jahr das antifaschistische Magazin Der Rechte Rand an der Reihe. Eine Party soll es nicht geben, dafür aber die 150. Ausgabe. Dazu gratulieren wir ganz herzlich. Aufgelöst hat sich im August — und wenn man manchen Tageszeitungen Glauben schenkt, mit ihr die gesamte Antifabewegung — nach 11 Jahren kontinuierlicher Arbeit die Antifaschistische Linke Berlin (ALB). Wir wünschen den Aktivist_innen auf ihrem weiteren politischen Weg alles Gute und bedanken uns für die Jahre guter Zusammenarbeit. Dass Gruppenzusammenhänge aber durchaus auch älter werden können, beweist uns Avanti. Hier sollen 25 Jahre Aktivismus auch gefeiert werden und wir gratulieren euch auf diesem Wege schon jetzt.

Auch in dieser Ausgabe müssen wir wieder von einem homophoben Mord berichten: Am 7. September wurde die lesbische Tango-Lehrerin Ekaterina Khomenko mit



aufgeschnittener Kehle in ihrem Auto in St. Petersburg tot aufgefunden. Die 29-Jährige war in sozialen Netzwerken mehrfach homophob beleidigt worden. Sie soll Fahrerin im queeren Mitfahrdienst „Rainbow-Taxi" gewesen sein, welcher sichere Mitfahrgelegenheiten für die LGBT-Community anbietet. Möglicherweise auch in dieser Nacht. •

Ekaterina Khomenko, am 7. September aus homophoben Motiven ermordet.



AfD etabliert sich, NPD am Boden

Nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zeichnet sich ein weiterer Niedergang der NPD ab. In allen drei Ländern musste die Partei absolute Stimmenverluste im unteren fünfstelligen Bereich hinnehmen. Während die NPD in Thüringen 3,6 Prozent erreichte und mit etwa 34.000 Stimmen rund 11.000 WählerInnen verlor und in Brandenburg mit 21.000 absoluten Stimmen 14.000 Stimmen weniger erreichte, waren es in Sachsen sogar um die 20.000 WählerInnen und damit etwa 20 Prozent weniger, als die NPD noch 2009 erringen konnte. Insbesondere der verpasste Wiedereinzug in Sachsen bedeutet für die Partei einen erheblichen Einschnitt in die Finanzierung und personelle Ausstattung. Trotz dieser herben Niederlage bleibe laut NPD-Pressesprecher Frank Franz eine „erfreuliche Erkenntnis": „Die Thüringer und Brandenburger — auch die Sachsen — haben nicht die AfD gewählt, sondern das wofür sie diese Partei halten. Daraus ergibt sich der Beleg, dass es ein ausreichend großes Wählerpotential gibt, das auf der Suche nach einer heimattreuen Vertretung ist. Nun gilt es, diese Wähler an die richtige Partei zu binden — an die NPD." Dass der Erfolg der AfD, die in allen drei Ländern mit Ergebnissen zwischen knapp zehn und zwölf Prozent in den Landtag einziehen konnte, für die NPD zukünftiges WählerInnenpotenzial bedeutet, ist aber eher weit hergeholt.

Die AfD konnte trotz eines zum Teil deutlich rechtspopulistischen Wahlkampfes Stimmen von beinahe allen Parteien für sich gewinnen. Die Partei hatte ihre Themen den regionalen Gegebenheiten angepasst — so die Forderung nach sicheren Grenzen und permanenten Grenzkontrollen oder der Einführung von Familienkrediten nach DDR-Vorbild: Je mehr Kinder, desto geringer die Rückzahlung der Kredite. Aber auch klassische extrem rechte Themen wurden aufgegriffen, so die Forderung der sächsischen AfD nach Volksabstimmungen bei Moscheebauten, eine „Unterbindung der Zuwanderung in unsere Sozialsysteme" oder „das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen". In Brandenburg machte Spitzenkandidat Alexander Gauland gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in Doberlug-Kirchhain mobil und argumentierte, die Planungen seien ohne Einbezug der BürgerInnen und damit intransparent verlaufen. Besser solle man in der „hotelähnlichen Kaserne sozial schwachen Brandenburger Familien Erholung und Entspannung ermöglichen".

Während die AfD bundesweit nach wie vor durch verschiedene Lagerstreitigkeiten geprägt ist, wird der Einzug der deutlich rechten Landesverbände in die Landtage voraussichtlich auch einen Aufschwung dieses Flügels in der Partei insgesamt mit sich bringen. So hat sich fast zeitgleich zu den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg auch in NRW eine „Patriotische Plattform" des rechten AfD-Flügels gegründet, die sich unter anderem explizit „gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft" richtet. Ebenfalls in NRW scheint die AfD trotz aller Abgrenzungsversuche nach rechtsaußen keine Scheu vor einer internen Kooperation mit PRO NRW zu haben: Bei den konstituierenden Stadtratssitzungen in Duisburg, Gelsenkirchen und Bochum haben Absprachen zwischen PRO NRW und der AfD ermöglicht, dass bei den geheimen Wahlen für die Besetzung von Aufsichtsräten und Ausschüssen beide Parteien mehrere Posten erringen konnten. Während AfD-Landeschef Marcus Pretzell solche Absprachen dementierte, warf ihm der PRO NRW-Chef Markus Beisicht daraufhin „Mut zur Unwahrheit" vor. Jenseits dieser Paktiererei hat die Partei auch immer wieder mit aufkommenden Berichten über Neonazis in den eigenen Reihen zu kämpfen. So ist mit Paul „Paule" Morgenstern ein ehemaliges Mitglied der Chemnitzer RAC-Band Blitzkrieg und Blood & Honour Aktivst in der AfD vertreten, neben weiteren Personen aus der Identitären Bewegung (IB) und der ehemaligen „Wiking Jugend". In Brandenburg zieht mit Steffen Königer ein ehemaliger Redakteur der rechten Postille „Junge Freiheit" in den Landtag ein. •

„Zwischentag 2014"

Eigentlich hatte sich Felix Menzel (Chemnitz), Hauptakteur des „neurechten" Internetportals „Blaue Narzisse", den Vor- und Ablauf seines diesjährigen rechtsintellektuellen Messekongresses und Vernetzungstreffens „Zwischentag" am 6. September völlig anders vorgestellt. Nachdem der „Zwischentag" 2012 und 2013 mit bis zu 700 TeilnehmerInnen in Berlin stattgefunden hatte — wenn auch nicht störungsfrei —, plante man nun eine Ausdehnung



Ende einer Schnitzeljagd — Neurechte Intellektuelle verschanzen sich

auf das gesamte Bundesgebiet. Zwischen den zukünftig zweijährlichen „großen Zwischentagen" in Berlin werde es „zweimal pro Jahr eine ‚kleine' Messe" geben, die durch Deutschland „wandern" werde und für „ca. 200 Besucher — wenn mehr kommen, umso besser" konzipiert sei. Benötigt würden hierfür „jedes Mal ein Dutzend Aussteller" sowie „drei bis vier Vorträge". Später wurden dann TeilnehmerInnenzahlen von bis zu 400 als realistisch angesehen und über 20 „Aussteller" — rechte Verlage, Versandhandel, Zeitschriften, Online-Foren, Initiativen, Projekte u.ä. — präsentiert, als Veranstaltungsort war die Rede von einem „sehr guten Hotel" in der Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofes. Es kam, wie es kommen musste: Nach antifaschistischer Öffentlichkeits- und Informationsarbeit und dem Aufgreifen des Themas durch die Lokalpresse kassierte der „Zwischentag" seinen ersten Rauswurf, das Tagungshotel zog seine Zusage für die als „Buchmesse" angemeldete Veranstaltung zurück. Es folgten weitere Kündigungen und Fehlschläge, sodass ein Umzug nach Dortmund be-

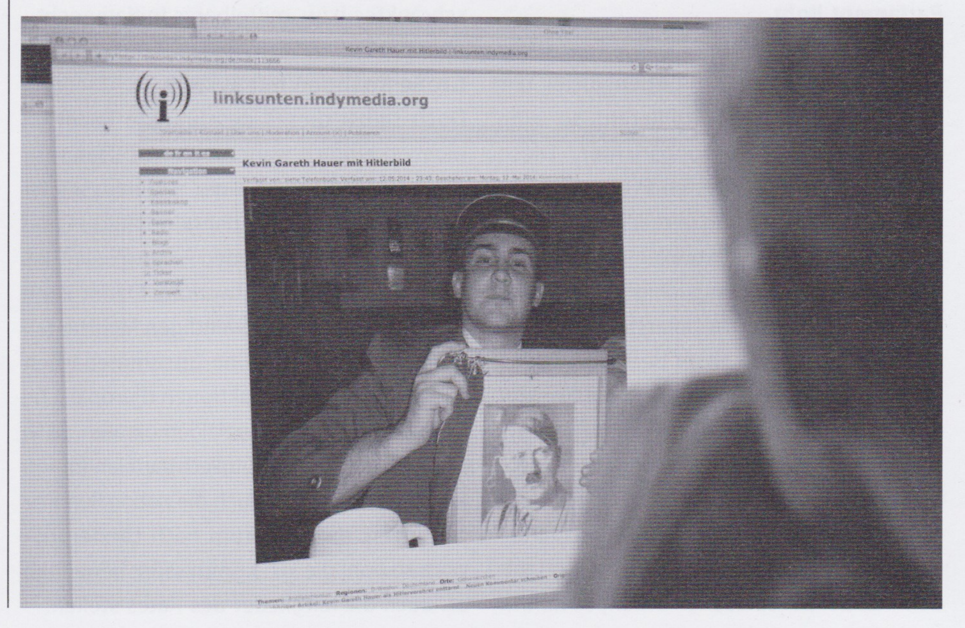
schlossen wurde. Ziel war ein Automobil-Museum, das auch noble Veranstaltungsräume vermietet. Als dann am Mittag des 6. September auch dieser Ort öffentlich bekannt wurde und Protest sowie eine Berichterstattung kritischer Medien einsetzte, war auch dieser Veranstaltungsraum Geschichte. Es blieb der Rückzug in „eigene" Räume, in diesem Fall die der extrem rechten „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn". Letztendlich blieben bei der „Schnitzeljagd" von den 400 erwarteten Gästen deutlich über die Hälfte auf der Strecke. Der Rest musste sich seinen Weg durch Polizeiabsperrungen bahnen, dicht an einer Antifa-Kundgebung vorbei, die zeitweise sogar den Eingang zum Burschenhaus blockierte. Auch diverse der angekündigten Aussteller blieben fern.

Von dem ursprünglichen Plan, den „Zwischentag" in einem noblen Tagungshotel im Zentrum von Düsseldorf durchzuführen und langfristige Planungssicherheit für die TeilnehmerInnen herzustellen, ist also nichts geblieben. Die Planung der Veranstaltung erinnert an die von neonazistischen RechtsRock-Konzerten bekannten, im rechtsintellektuellen Milieu aber unüblichen „Schnitzeljagden" zum Ort des Geschehens, zum Leidwesen des sich großteils als „rechtskonservativ" verstehenden TeilnehmerInnenkreises, unter ihnen auch AfD-, „PRO NRW" und NPD-Funktionäre.

Felix Menzel sieht das erwartungsgemäß etwas anders: Es sei „wieder ein ganz toller Tag" gewesen. Man habe aber „einige Hürden überspringen" müssen, heißt es in einem ersten Rückblick. Leider habe „die Presse ... nur über die Proteste gegen den zwischentag, nicht aber über die Messe selbst und die dort vertretenen Auffassungen berichtet". „Wie es weitergeht", werde man „nun gründlich analysieren". „Klar" sei: „Wir haben ein großes Publikum, das sich für die Messe interessiert, wir verfügen über ausreichend interessante Aussteller, und wir werden in anderen Regionen Deutschlands (mit weniger Aufwand als diesmal) Räume finden." Was abzuwarten bleibt... •

PRO NRW Funktionär klagt gegen blogsport

■ Im Mai 2014 hatte der stellvertretende Vorsitzende der extrem rechten Partei PRO NRW, Kevin Gareth Hauer, Klage gegen den alternativen Provider blogsport eingereicht. Der Internetdienst stellt kostenlos Weblogs zur Verfügung, die vor allem auch von vielen linken Gruppen genutzt werden. Anlass der Klage waren zwei veröffentlichte Fotos von Hauer — eines mit erhobenem rechten Arm, das andere mit einem Hitler-Foto. Das Gelsenkirchener PRO NRW-Ratsmitglied Hauer sah dadurch seine Persönlichkeitsrechte verletzt. Juristisch vertreten ließ sich Hauer vom Szene-Anwalt Dr. Björn Clemens. Auch der Rechtsanwalt und PRO NRW-Funktionär Markus Beisicht versuchte im Auftrag Hauers gegen unliebsame Berichte vorzugehen. Mithilfe von Klagen und Abmahnungen gegen den Gelsenkirchner Verband der „Falken" und den Blog eines lokalen Journalisten sollte das „bürgerliche Image" der Partei gerettet werden. Als im Juni 2014 die erste Sitzung des neuen Rates nach den Kommunalwahlen stattfand, protestierten Antifaschist_innen gegen den Einzug von PRO NRW. Eine Stadtverordnete hielt Protestplakate hoch — eines davon mit dem beklagten Foto von Hauer. Noch während des Rates rief dieser die Polizei um Strafanzeige zu erstatten, jedoch erfolglos. Das Landgericht Essen entschied im August 2014, dass zumindest die Veröffentlichung des Hitler-Fotos auf einer blogsport-Internetseite zulässig war. Zu sehen war Hauer, der im Burschenschaftsoutfit in einem Verbindungshaus mit einem großformatigen gerahmten Hitlerbild posiert. Das Foto, das Hauer mit erhobenem rechten Arm zeigt, sei — so zumindest der Kläger — bereits 15 Jahre alt, eine Wiederveröffentlichung und das damit verbundene Eindringen in die persönliche Sphäre sei daher nicht verhältnismäßig. Da Hauer es „noch 2008 für angemessen" hielt, in Dritten zugänglichen Räumen ein großformatiges Foto von Adolf Hitler in die Kamera zu halten und weil er für das Europaparlament kandierte, müsse es dem interessierten Wähler und Internetnutzer möglich sein, sich über den Kandidaten zu informieren, so das Gericht. Insbesondere, weil seine Partei PRO NRW als „rechtsextrem" beurteilt wird und das Foto dadurch von „erheblichem öffentlichen Interesse" sei. Nach dem Urteil muss blogsport nun anteilige Gerichtskosten in Höhe von 1.500 Euro zahlen. Kevin Gareth Hauer muss zusätzlich die Gebühren des von ihm zurückgezogenen einstweiligen Verfügungsantrags tragen. Gegen den Beschluss, die Kosten der Verfahrens zu teilen, hat Hauer Beschwerde eingelegt. Das Gericht habe es versäumt, seine angeblichen Urheberrechte an den Fotos zu würdigen. •



TITEL

Die parlamentarische Praxis im Europaparlament unterscheidet sich erheblich von nationalen Parlamenten. Den Parteien der extremen Rechten kommt das sehr entgegen. Sie können sich vor allem auf die Politik in ihren Heimatländern konzentrieren. Das Europäische Parlament dient ihnen insbesondere als Bühne.

Was wollen Nationalisten im Europaparlament?

VON CARSTEN HÜBNER

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Europäischen Parlament eine bittere Wahrheit ins Stammbuch geschrieben, als es Ende 2011 erst die 5-Prozent-Hürde und im Februar 2014 schließlich auch die daraufhin vom Bundestag beschlossene 3-Prozent-Hürde gekippt hat. Denn wie zuvor schon bei seiner Entscheidung zur Aufhebung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen ließ es in seiner Urteilsbegründung durchblicken, dass es sich beim Europäischen Parlament nicht um ein vollwertiges Parlament handele.

Parlament light

Zwar sei das Europaparlament auf dem Weg sich als institutioneller Gegenspieler der EU-Kommission zu profilieren, so eine Mehrheit der Verfassungsrichter. Diese Entwicklung könne aber noch nicht mit der Situation im Bundestag verglichen werden, „wo die Bildung einer stabilen Mehrheit für die Wahl einer handlungsfähigen Regierung und deren fortlaufende Unterstützung nötig ist". Eine Sperrklausel sei deshalb gegenwärtig nicht erforderlich, „um die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu erhalten". Geklagt hatten mehrere kleinere Parteien, darunter die NPD.

Tatsächlich teilt sich das Europaparlament zwar die Gesetzgebungsfunktion mit dem Rat der Europäischen Union, es nimmt also europäische Richtlinien, Verordnungen und Gesetze an. Gleichzeitig verfügt es aber nicht über ein unmittelbares Initiativrecht, kann also keine eigenen Gesetzesvorlagen einbringen. Das Initiativrecht liegt allein bei der EU-Kommission, neben dem Rat das zweite von den nationalen Regierungen dominierte EU-Gremium.

Um diese Schieflage etwas abzumildern, ist es seit 2010 erklärter Wille, dass die Kommission aktiv werden muss, wenn sie von einer Parlamentsmehrheit dazu aufgefordert wird. Die Abgeordneten verfügen seither also zumindest über ein eingeschränktes bzw. mittelbares Initiativrecht.

Große Koalition mit System

Doch selbst dieses beschränkte Recht ist nicht so einfach wahrzunehmen. Denn für die Verabschiedung eines Beschlusses ist die absolute Mehrheit der gewählten — und nicht nur der anwesenden — Mitglieder des Europaparlaments notwendig. Damit kann das Parlament die notwendigen Mehrheiten faktisch nur durch eine Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen (Europäische Volkspartei, EVP und Sozialdemokraten, S&D) organisieren. Deren Mitgliedsparteien führen jedoch in aller Regel auch die nationalen Regierungen, die wiederum nach Länderproporz sowohl die EU-Kommissare benennen als auch die Mitglieder des Rates stellen.

Letztlich kann man also von einem mehr oder weniger geschlossenen System sprechen, das die kleinen Fraktionen systematisch benachteiligt. Das betrifft natürlich auch die Rechtsfraktionen, deren parlamentarische Wirksamkeit gegen null geht. In der zurückliegenden Wahlperiode hat keine extrem rechte Initiative eine Mehrheit in einem Ausschuss bzw. im Parlament gefunden.

Die Gründung einer Fraktion zahlt sich dennoch aus, zumindest finanziell. So erhielt die Rechtsaußenfraktion „Europa der Freiheiten und Demokratie" (EFD), der Vorläufer der jetzigen Fraktion „Europa der Freiheit und direkten Demokratie" (EFDD), in der vergangenen Wahlperiode jährlich rund 2,5 Millionen Euro für Personal und ihre politische Arbeit.

Nationalisten machen keine europäische Politik

Die politische Arbeit auf europäischer Ebene ist nicht das vordergründige Ziel der extrem rechten Parteien, ihrer Abgeordneten und Fraktionen. Das hat seine innere Logik. Ihre Ideologie ist nationalistisch und auf das Herkunftsland ausgerichtet. Die europäische Integration wird abgelehnt. Ihre Institutionen, zu denen auch das Europaparlament gehört, sollen an Einfluss verlieren. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die je-

weilige programmatische Grundlage der Rechtsfraktionen in der Regel nur einige wenige Allgemeinplätze umfasst. Gemeinsame Positionspapiere oder thematische Ausarbeitungen sind selten. Gleichzeitig ist das Abstimmungsverhalten bei Entscheidungen des Parlaments so uneinheitlich wie bei keiner anderen Fraktion bzw. keinem anderen politischen Lager.

Dazu kommt, dass die Zusammenarbeit, selbst im eigenen politischen Spektrum, regelmäßig aufgrund nationalistischer und rassistischer Ressentiments in Frage gestellt ist. Beispielhaft ist das Thema Südtirol, das in der Vergangenheit wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und österreichischen auf der einen und italienischen Rechten auf der anderen Seite geführt hat. Im Jahr 2007 sorgten rassistische Sprüche der italienischen Neofaschistin Alessandra Mussolini über Rumänen sogar dafür, dass die Großrumänienpartei die gerade erst gegründete Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" (ITS) platzen ließ.



Nigel Farage, Fraktionsvorsitzender von „Europa der Freiheit und direkten Demokratie" (EFDD)

Europa als Bühne

Vor diesem Hintergrund richten sich die häufigen Wortmeldungen rechter Abgeordneter im Plenum zuallererst an das Publikum im eigenen Land. Nigel Farage, Frontmann der nationalistischen „United Kingdom Independence Party" (UKIP) und Chef der EFDD, hat es auf diese Weise zu einem Wortführer der anti-europäischen Rechten in Europa gebracht. Gleichwohl kündigte er bereits an, sich aus dem Europaparlament zurückzuziehen, sollte er im nächsten Jahr bei den britischen Unterhauswahlen das Mandat im Wahlkreis South Thanet gewinnen.

Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, der gemeinsam mit Marine Le Pen, der Vorsitzenden des französischen Front National (FN), vor der Europawahl 2014 unter großem Tamtam ein rechtes Wahlbündnis aus der Taufe gehoben hatte, verzichtete gleich ganz auf sein Mandat, als die angestrebte Fraktionsgründung mangels Masse scheiterte. „Da es kurzfristig keine Fraktion geben wird, in der die PVV Mitglied ist, gibt es für mich keinen Grund mehr für ein Doppelmandat." Er wolle sich stattdessen auf seine Abgeordnetentätigkeit im niederländischen Parlament konzentrieren, so Wilders.

Europa zahlt sich aus

Nicht viele Abgeordnete der extremen Rechten haben, wie Geert Wilders, eine solche Wahlmöglichkeit. Insbesondere in Frankreich und Großbritannien, beides Länder mit Mehrheitswahlrecht, hatten bzw. haben selbst vergleichsweise große und erfolgreiche Rechtsparteien wie der FN oder die UKIP keine Sitze im nationalen Parlament. Deshalb haben sie traditionell ihre Parteispitze über Mandate im Europaparlament abgesichert, das in allen Mitgliedsstaaten nach dem für kleine Parteien deutlich günstigeren Verhältniswahlrecht gewählt wird.

Bestes Beispiel dafür ist Jean-Marie Le Pen, der langjährige Vorsitzende des FN. Er wurde 1984 erstmals ins Europaparlament gewählt und gehörte ihm bis zur letzten Wahlperiode, also für insgesamt dreißig Jahre an. Ähnliches gilt für Nigel Farage, der 1999 ins Europaparlament kam sowie für den Ex-Chef der „British National Party" (BNP), Nick Griffin, der zwischen 2009 und 2014 im Europaparlament saß. Aus Sicht anderer Länder bzw. der etablierten Parteien ist dies ein eher ungewöhnlicher Zustand. Dort gilt eher der despektierliche Satz: „Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa."

Ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, neben den monatlichen Abgeordnetendiäten in Höhe von 7.956,87 Euro, Sitzungsgeldern und der steuerfreien monatlichen Kostenvergütung von 4.299 Euro für die Amtsausstattung (z.B. Büromiete), die sogenannte Sekretariatszulage. Sie darf maximal 21.209 Euro monatlich betragen und dient zur Deckung der Personalkosten eines oder mehrerer Mitarbeiter.

Ein Blick auf die katastrophale Finanzlage der NPD und den Verlust der Abgeordnetenmandate und Mitarbeiterstellen der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen macht deutlich, dass es sich hierbei insbesondere für kleinere Rechtsparteien um eine relevante Größenordnung handelt. Für den 2011 geschassten NPD-Chef und jetzigen Europaabgeordneten Udo Voigt sicher eine solide Basis, um seinen Einfluss in der Partei wieder zu vergrößern. •

TITEL

Die extreme Rechte zählt zu den Gewinnern der Europawahl im Mai 2014. Künftig verfügt sie über rund 125 Mandate. Damit gehört fast jeder sechste der 766 Europaabgeordneten einer Partei des nationalistischen und rassistischen Lagers an. Zwei ausgewiesene Rechtsfraktionen haben sich bereits konstituiert. Das Wahlbündnis um den Front National und Geert Wilders ist hingegen noch auf der Suche nach politischen Partnern.

Europa auf dem Weg nach rechts

VON CARSTEN HÜBNER

Als das neugewählte Europaparlament am 1. Juli 2014 erstmals zusammentrat, war der Fraktionsbildungsprozess weitgehend abgeschlossen. Die Parteien des rechten Spektrums verteilen sich künftig auf drei Fraktionen. Weitere knapp fünfzig Abgeordnete des rechten Randes sind derzeit noch fraktionslos.

Ob das so bleibt, ist ungewiss. Das Quorum zur Gründung einer Fraktion liegt bei 25 Abgeordneten aus sieben EU-Ländern. Anders als in der vergangenen Wahlperiode mangelt es diesmal also weniger an einer hinreichenden Zahl von Mandatsträgern als am politischen Willen, Animositäten zu überwinden. Denn die Fraktionslosen kommen sowohl aus dem rechtspopulistischen als auch aus dem klassisch extrem rechten und neonazistischen Spektrum.

Extreme Rechte in Mittel- und Nordeuropa stark

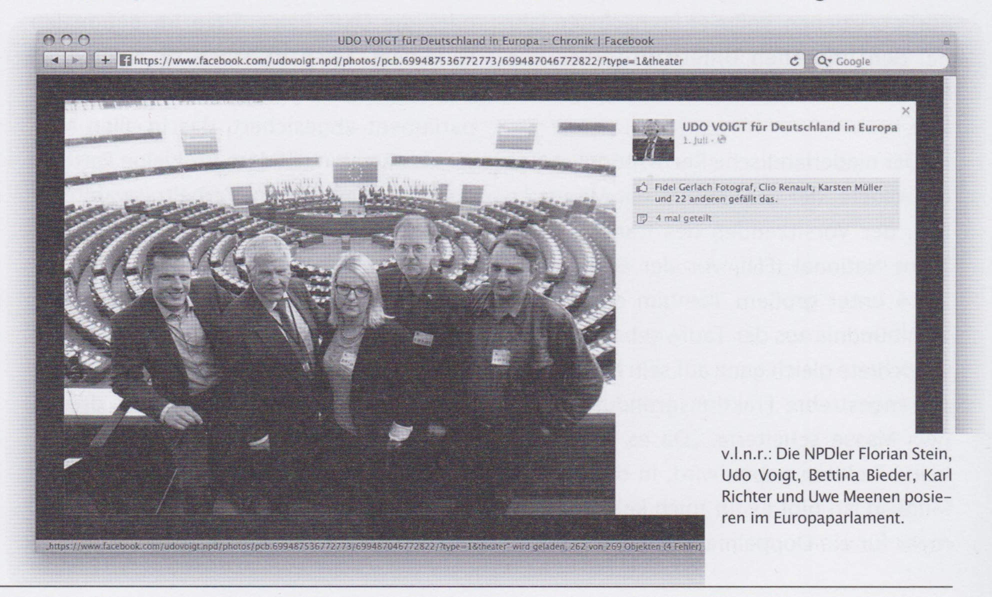
Der Zuwachs von rund 50 Prozent (2009: 85 Abgeordnete) geht vor allem auf das starke Abschneiden der extremen Rechten in einer Handvoll EU-Staaten zurück. In Ungarn (Fidesz, 51,5 Prozent), Großbritannien (UKIP, 26,6 Prozent), Dänemark (Dänische Volkspartei, 26,6 Prozent) und Frankreich (FN, 24,9 Prozent) lagen Rechtsaußenparteien in der Wählergunst ganz vorne. In Polen ging die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit 31,8 Prozent nur knapp hinter der christdemokratischen „Zivilen Plattform“ von Premierminister Donald Tusk durchs Ziel. Diese fünf Parteien allein bringen es auf 83 Sitze.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die extreme Rechte in den am stärksten von der Euro-Krise und der Austeritätspolitik betroffenen Ländern kaum punkten konnte. Mit Ausnahme von Griechenland, wo die neofaschistische „Goldene Morgenröte“ auf 9,4 Prozent kam und damit die nationalistische Partei LAOS verdrängte, zogen weder aus Spanien, Portugal oder Irland noch aus Bulgarien und Rumänien Abgeordnete der extremen Rechten ins Europaparlament ein. Stark war sie hingegen im wirtschaftlich vergleichsweise stabilen Mittel- und Nordeuropa. Erstmals seit den Republikanern im Jahre 1989 entsendet auch die deutsche Rechte wieder Europaabgeordnete. Die AfD holte sieben Sitze, die NPD einen, den Ex-Parteichef Udo Voigt einnimmt.

Fidesz wieder EVP-Mitglied

Die zwölf Abgeordneten des völkisch-nationalistischen Fidesz von Ungarns Regierungschef Viktor Orbán haben sich, wie schon in den Wahlperioden zuvor, der christdemokratischen EVP-Fraktion angeschlossen. Fraktionsvorsitzender ist der deutsche CSU-Abgeordnete Manfred Weber.

Eine kritische Auseinandersetzung über die Aufnahme des Fidesz gab es auch diesmal nicht, obwohl die Ausgrenzung der Roma, die Einschränkung von Bürgerrechten und der Pressefreiheit sowie ein aggressiver Chauvinismus und Revisionismus gegenüber den Nachbarländern zum Kernbestand von Orbáns Politik gehören und



v.l.n.r.: Die NPDler Florian Stein, Udo Voigt, Bettina Bieder, Karl Richter und Uwe Meenen posieren im Europaparlament.



Foto: Pietro Naj-Oleari © European Union 2014 – European Parliament (CC)

international zu anhaltenden Protesten führen. Ebenfalls Mitglied der EVP-Fraktion sind Parteien, die bereits mit der extremen Rechten auf nationaler Ebene koaliert haben, darunter die „Österreichische Volkspartei" (ÖVP) und Silvio Berlusconis „Forza Italia" (FI).

Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten"

Bereits deutlich rechts der EVP steht die national-konservative Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten" (EKR). Sie wurde nach der Europawahl 2009 von den britischen Konservativen zur Schärfung ihres anti-europäischen Profils aus der Taufe gehoben. Aktuell haben sich hier neben den Tories (19 Sitze) u.a. folgende Parteien zusammengeschlossen: PiS (19 Sitze), N-VA (Belgien) und Dänische Volkspartei mit je 4 Sitzen sowie die ODS (Tschechien), „Die Finnen" und das evangelikale Wahlbündnis ChristenUnie/SGP aus den Niederlanden mit jeweils zwei Abgeordneten. Dazu kommen eine Reihe von Parteien mit nur einem Mandatsträger.

Mitglied der EKR sind auch die sieben Abgeordneten der AfD. Deren Vorsitzender und frischgebackener EU-Parlamentarier Bernd Lucke hatte allerdings einen denkbar schlechten Einstand. Bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des einflussreichen Wirtschafts- und Währungsausschuss erhielt er keine Mehrheit. Die EKR-Fraktion musste seine Kandidatur daraufhin zurückziehen.

Die EKR hat derzeit 70 Mandate und ist damit nach der EVP und den Sozialdemokraten die drittstärkste Kraft im Europaparlament.

Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie"

Eine zweite Rechtsfraktion mit dem Namen „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" (EFDD) hat sich unter Führung der britischen UKIP (24 Sitze) formiert. Sie bestand bereits unter ähnlichem Namen in der Wahlperiode 2009-2014 und war klar nationalistisch und anti-europäisch ausgerichtet. Ihr Frontmann, UKIP-Chef Nigel Farage, gilt als einer der profiliertesten Rechtsaußen-Vertreter in Europa. Dennoch haben sich der EFDD überraschend auch die 17 Abgeordneten von Beppe Grillos populistischer Fünf-Sterne-Bewegung aus Italien angeschlossen.

Zur EFDD gehören zudem die Schwedendemokraten und die litauische „Ordnung und Gerechtigkeit" mit jeweils zwei Sitzen, ein Abgeordneter der tschechischen Rechtspartei Svobodni, ein litauischer Parlamentarier sowie Joëlle Bergeron, die für den Front National (FN) ins Europaparlament einzog, von Parteichefin Marine Le Pen aber nicht von einem Übertritt zur EFDD abgehalten werden konnte. Die Fraktion besteht damit zur Zeit aus 48 Abgeordneten.

Wahlbündnis Wilders-Le Pen

Das von Geert Wilders und Marine Le Pen angeführte Wahlbündnis klassisch extrem rechter Parteien konnte bisher nicht das erforderliche Quorum für eine Fraktionsgründung erfüllen. Dabei fehlt es dank des starken Abschneidens des FN nicht an Mitgliedern, sondern an Mitgliedsstaaten, aus denen die Abgeordneten stammen. Statt sieben Herkunftsländer kommt die Gruppe, die unter dem Namen „Europäischen Allianz für die Freiheit" (EAF) firmiert, derzeit nur auf fünf EU-Staaten: Frankreich (FN, 24 Sitze), Niederlande (PVV, 4 Sitze), Belgien (Vlaams Belang, 1 Sitz), Italien (Lega Nord, 5 Sitze) und Österreich (FPÖ, 4 Sitze).

Gespräche gab es zwischenzeitlich mit den Schwedendemokraten, die sich jedoch der EFDD anschlossen sowie dem „Kongress der Neuen Rechten" (KNP) aus Polen (4 Sitze). Dessen offen neonazistisches Auftreten machte es jedoch insbesondere für die PVV von Geert Wilders unmöglich, künftig in einer Fraktion zusammenzuarbeiten.

Gleichwohl stehen die Chancen der EAF nicht schlecht, im Laufe der Wahlperiode doch noch eine Fraktion zustande zu bringen. Denn die geforderte Repräsentanz aus insgesamt sieben Mitgliedsstaaten kann auch über Einzelabgeordnete erbracht werden, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre bisherige Partei bzw. Fraktion verlassen und sich einer anderen anschließen. Im Europaparlament ist dies, anders als in den nationalen Parlamenten, durchaus keine Seltenheit.

Dementsprechend optimistisch zeigte sich FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky gegenüber der rechtskonservativen ungarischen Zeitung Magyar Hírlap. Er rechne damit, „dass wir bis Herbst sieben, acht Mitgliedsparteien haben werden", so Vilimsky.

Der braune Rand

Die Abgeordneten des polnischen KNP, der neofaschistischen Parteien Jobbik aus Ungarn und der Goldenen Morgenröte sowie Udo Voigt von der NPD werden mangels einer ausreichenden Zahl von Partnern aller Wahrscheinlichkeit nach fraktionslos bleiben. Sie kommen zusammen auf elf Mandate.

Fraktionen bringen Geld

Die Bildung von Fraktionen ist für die Parteien der extremen Rechten vor allem deshalb attraktiv, weil der Fraktionsstatus mit finanziellen Zuwendungen in Millionenhöhe verbunden ist, die wiederum vor allem in den jeweiligen Herkunftsländern für die politische Arbeit eingesetzt werden. Ein genuin europapolitisches Programm haben weder die EKR noch die EFDD vorzuweisen. •

TITEL

Ende Mai zog die neonazistische griechische Partei Chrysi Avgi erstmalig in das Europäische Parlament in Brüssel ein und entsandte drei Abgeordnete, die wenig mit dem prototypischen Bild einer Neonaziorganisation gemein haben. Vor dem Hintergrund der Etablierung im politischen Mainstream und der anstehenden Prozesse gegen 76 Mitglieder versucht sich Chrysi Avgi ein neues Image zuzulegen und befindet sich in dem Dilemma extrem rechter Parteien, die zwischen ihren militanten Wurzeln und realpolitischer Neuausrichtung wählen müssen. Bisher gelang ihr dieser Balanceakt überraschend gut, die Entwicklungen um die Europawahl offenbaren jedoch Konfliktpotential.

Alte Konflikte, neue Probleme

VON MAIK FIELITZ

Das Jahr 2014 begann schlecht für Chrysi Avgi. Nicht nur, dass die Partei aufgrund der ausbleibenden staatlichen Finanzierung[1] zunehmend rote Zahlen schrieb und die Infrastruktur ohne die inhaftierte Parteiführung brachliegt, sondern auch der allmählich nachlassende Zusammenhalt angesichts der repressiven Maßnahmen machte ihr zu schaffen. So traten im März zwei Abgeordnete von ihrem Mandat zurück, weil sie — angeklagt wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung — plötzlich deren „verbrecherische Tätigkeit" erkannt hätten.

Obwohl sich viele eine Kettenreaktion erhofften, kann eher im Gegenteil eine allgemeine Stabilisierung und Diversifizierung der Unterstützerkreise beobachtet werden. Mit Blick auf die Kandidatenliste zur Europawahl im Mai 2014 zeichnet sich zum Beispiel ein stark integrativer Trend ab, der bürgerliche Kreise mit ins Boot holt und der Partei ein heterogenes Image verpasst. Nur eine knappe Mehrheit der 42 AnwärterInnen war Mitglied der Chrysi Avgi oder einer der ihr angegliederten Organisationen und Zeitschriften.

Ein Großteil derer, die sich auf die Liste der Chrysi Avgi setzten, sticht durch einen akademischen Hintergrund hervor: Ärzte, Anwälte, Wirtschaftswissenschaftler und Professoren — viele mit einer internationalen Vita.

Neues Terrain, angepasste Rhetorik

Das Rennen machten schließlich zwei ranghohe Generäle, von denen einer dem Militärstab der Europäischen Union diente und der andere die Spezialeinheiten der griechischen Armee, die traditionell ein enges Verhältnis zur Chrysi Avgi haben, ausbildete. Sie werden begleitet von Lambros Foundoulis, dem Vater eines im November 2013 erschossenen Mitglieds der Chrysi Avgi. Dieser untersagte es anfangs noch, dass sein Sohn als Märtyrer in die Parteigeschichte eingeht. Nun setzt er sich im Namen des Sohnes für die Freilassung „unseres [Partei-]Führers Nikolaos Michaloliakos" auf europäischem Parkett ein, der seit September 2013 in Untersuchungshaft sitzt.[2] Eine der ersten Aktionen der neuen Europaabgeordneten war die Entsendung eines Rundbriefs an die neuen Kolleginnen und Kollegen, in dem über die „Verschwörung" gegen die Partei in Griechenland ‚informiert' wurde. Das Vorgehen gegen Chrysi Avgi sei antidemokratisch und korrupt, weshalb man sich auch schon an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt habe. Sie bitten daher die internationale Gemeinschaft um Unterstützung, ihren Kampf gegen „das Verbrechen, das zu Lasten der Demokratie und des [griechischen] Volkes" von der Regierung verübt werde, auszuweiten.[3]

Sieht man genauer hin, dürften hinter solchen Imagekampagnen ideologisch gefestigtere Mitglieder den Ton angeben. So ziehen die beiden Militanten Konstantinos Boviatsos, der beste Kontakte nach Italien zur Casa Pound hat, und Alexandros Lyris, der vor kurzem erst durch den Angriff auf einen Polizisten Schlagzeilen machte, als Assistenten nach Brüssel. Neben diesen beiden wissenschaftlichen Mitarbeitern stellten die Generäle gleich noch ihre beiden Töchter ein, womit sie einem innerparteilichen Trend folgen, engen Verwandten gerne mal zentrale Positionen in der Parteihierarchie zuzuschieben. Eine von vielen Praktiken, die von griechischen Neonazis heftig kritisiert wird.

Auf Distanz

Denn obwohl die internationale Szene unumstößlich an der Chrysi Avgi festhält (vgl. AIB Nr. 103), wenden sich griechische Neonazis seit längerer Zeit vom Weg in den politischen Mainstream ab. Dieser Konflikt geht bereits auf einen Richtungsstreit Anfang der 1990er Jahre zurück, wo sich Chrysi Avgi erstmals als Partei zur Wahl aufstellen ließ und sich Militante zunehmend distanzierten. Heute gilt die damalige Nummer Zwei der Parteihierarchie, Antonis Androtsopoulos, als Idol der ‚autonomen Nationalisten' und subkulturell orientierten Neonazigruppen. Besser unter dem Namen ‚Periandros' bekannt, wurde er 2006 nach acht Jahren im Untergrund zu 21 Jahren



Im Juni traten die Abgeordneten der Goldenen Morgenröte in die Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten im Europaparlament ein, v.l.n.r. Lambros Foundoulis, Georgios Epitidios, Eleftherios Synadinos

Haft wegen eines Angriffs auf den Studenten Dimitris Kousouris verurteilt. Nachdem Chrysi Avgi auf Distanz zu ihm ging, wandte er sich gegen sie und drohte ihr jüngst, dass sich die Partei auflösen könne, sobald er den Mund aufmacht.[4]

Im Zentrum der Kritik stehen Vetternwirtschaft und innerparteiliche Korruption, Machtorientierung (anstatt ideologischer Verbundenheit) und nicht zuletzt die Verbindung zu finanzkräftigen Unterstützern, die die Aktivitäten der Partei nach Ansicht organisierter Neonazis eher in mafiöse Strukturen lenkten und den ideologischen Kampf vernachlässigten. Die anti-systemische Rhetorik der Chrysi Avgi wird so als Maskerade enttarnt und die jüngsten Distanzierungen von militanten Aktionen sowie vom Nationalsozialismus werden als Verrat an der Bewegung verstanden.

Einen weiteren Konfliktpunkt stellt die unumstößliche Unterstützung für Putin und Russland im Konflikt mit der Ukraine dar. Während Russland als natürlicher Verbündeter angesehen wird, werden die extrem rechten ukrainischen Gruppen von Chrysi Avgi als ‚vom CIA finanzierte Provokateure' denunziert, die dem Zionismus und US-Imperialismus dienen würden. Hinter dieser Haltung versteckt sich die Vorstellung einer ‚geopolitischen Wende', die eine Abkehr vom Westen und eine Hinwendung zu eurasischen Großraumvorstellungen impliziert. Diese Realpolitik stößt vielen militanten Neonazis in Griechenland auf, die vielmehr Inspiration im bewaffneten Kampf für die „weiße Rasse" finden als in hypothetischen Machtspielchen.

Im Falle des Falles...

Die jüngsten Entwicklungen sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Möglichkeit eines militanten Backlashs gegeben ist. Nicht nur, dass der Parteivorsitzende Michaloliakos drohte, dass „sie" die „Tore zur Hölle öffnen" würden, wenn die Chrysi Avgi als kriminelle Organisation verboten werden würde,[5] auch gewisse Codes aus der Neonaziszene weisen auf potentielle Praktiken im Einklang mit gängigen Bürgerkriegsphantasien hin.[6] So betitelte Chrysi Avgi am 28. Dezember 2013 einen ihrer ideologischen Texte mit der lateinischen Phrase ‚Sic Semper Tyrannis' (im übertragenen Sinn: Tod den Tyrannen). Mit diesem Schriftzug auf dem T-Shirt führte der in der militanten Neonaziszene verehrte Timothy McVeigh 1995 einen Sprengstoffanschlag auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City aus, bei dem 168 Menschen starben. Die Verbindung zu der Tat wäre sicherlich weit hergeholt, wenn Chrysi Avgi nicht Anfang der 2000er das Standardwerk der Neonaziszene „Turner Diaries", welches McVeigh maßgeblich beeinflusste, auf Griechisch übersetzt hätte.

Es verdeutlichen sich somit ambivalente Dimensionen im Auftreten, deren Diskurse sich einerseits über Insider-Codes und andererseits über einen aggressiven Populismus artikulieren. Mit der Gewissheit, sich im bürgerlichen Mainstream verfestigt zu haben, kämpft der ideologische Parteikern nun wieder vermehrt darum, den Anschluss an alte Seilschaften zurückzugewinnen. •

1 Im Dezember 2013 entschied die Mehrheit des Parlaments, dass Parteien, die juristisch verfolgt werden, weil sie im Verdacht stehen, eine kriminelle Organisation darzustellen, keine staatlichen Mittel mehr beziehen können. **2** www.youtube.com/watch?v=MjN5tfDl0uk **3** http://freundeskreisgoldendawn.wordpress.com/2014/08/02/solidaritat-mit-der-goldenen-morgenrote/ **4** www.real.gr//Files/Articles/Document/240849.pdf **5** www.youtube.com/watch?v=oyzNqhZteG8 **6** www.bbc.co.uk/news/world-europe-19983571

TITEL

Nachdem die AfD nach dem Einzug in das Europaparlament auch souverän den Einzug in den sächsischen Landtag gemeistert hat, erscheint ihr weiterer ostdeutscher wahlpolitischer Durchmarsch als äußerst wahrscheinlich. Einher mit ihrer landespolitischen Verankerung geht die politisch-programmatische Erweiterung der AfD, die sich mehr und mehr als kompatible Partei zu den rechtspopulistischen Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin als „Sarrazin-Partei“ in Szene zu setzen versucht.

Die neue Sarrazin-Partei?

Nach dem Wahlerfolg der „Alternative für Deutschland“ in Sachsen

AfD-Wahlerfolge

Die AfD weist trotz erheblicher parteiinterner Konflikte durch ihre Wahlerfolge eine Tendenz zur politischen Konsolidierung auf, welche einhergeht mit ihrer parteipolitischen Verankerung rechts der etablierten konservativen Parteien. Die Europawahl hat zur Bildung eines wohlstandschauvinistischen Blocks marktradikaler und nationalkonservativer Europaskeptiker unter Einbeziehung der AfD im Bündnis mit den rechtspopulistischen „Die Finnen“ und der „Dänischen Volkspartei“ (DVP) unter dem Dach der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) geführt. Entgegen der vor der Wahl getroffenen Versprechen, auf Abstand zu rechtspopulistischen Parteien zu gehen, verkündete AfD-Bundessprecher Bernd Lucke nun ebendieses Bündnis mit Nationalkonservativen und Rechtspopulisten in der EKR-Fraktion als Sieg gegenüber jenen, „die die AfD in die rechte Ecke schieben möchten“.

Mit der Adligen Beatrix von Storch hat die AfD eine bekennende Nationalistin in das Europaparlament entsandt. In ihrer Bewerbungsrede zur Europawahl erklärte von Storch: „Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international. Sie heißt: Herrschaft des Volkes, es heißt: eines Volkes, nicht Herrschaft der Völker.“ Mit Marcus Pretzell ist zudem ein AfD-Abgeordneter



im EU-Parlament vertreten, der aus seiner Sympathie für eine Zusammenarbeit mit der rechtspopulistischen UKIP keinen Hehl gemacht hat. Er trat etwa bei einer Veranstaltung der „Jungen Alternative“ am 27. März 2014 im Kölner Hotel Maritim auf, bei der UKIP-Chef Nigel Farage als Hauptredner geladen war.

Doch noch wichtiger als der Einzug ins Europaparlament galt in der AfD ein erfolgreicher Einzug in die nationalen Landesparlamente. Der sächsische Wahlerfolg gab den entscheidenden Schub zum Einzug in zweistelliger Höhe in die Landtage von Brandenburg und Thüringen. Das Wahlergebnis in Sachsen in fast zweistelliger Größe weit vor den Grünen und nahe an den Prozentzahlen der SPD ist sicherlich der landespolitischen Besonderheit Sachsens als Bundesland mit einer weit rechts stehenden Wähler_innenschaft zu deuten. Zudem kam der AfD die mehr als nur zaudernde Haltung der im bundesweiten Vergleich weit rechtsaußen stehenden CDU als Regierungspartei hinsichtlich möglicher Koalitionen zugute. Die über 13 000 Stimmen von vormaligen Wähler_innen der NPD bei der Sachsen-Wahl zeigen, dass dieser Erfolg zudem durch einen stramm rechten Kurs erkauft worden ist. Mit typisch rechtspopulistischen Anti-Kriminalitäts- und Anti-Asyl-Parolen wies der AfD-Wahlkampf frappierende Ähnlichkeiten mit NPD-Forderungen auf. Deutliche Anzeichen für eine rechtspopulistische Stoßrichtung finden sich zudem im sächsischen Wahlprogramm der Partei, in welches unter anderem die Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in dem Bundesland aufgenommen worden ist.

Ebenso Eingang in das Programm fand die Forderung nach einer Quote für deutschsprachige Musiktitel in Hörfunk und Fernsehen. Angereichert wurden solche Forderungen mit fragwürdigen Vorstellungen von elterlicher Stimmenverdoppelung bei Wahlen: Für Frauke Petry aus dem AfD-Landesvorstand sollten laut Presseberichten „Eltern in Zukunft auch ein Stimmrecht für ihre minderjährigen Kinder bekommen".

Die Aufnahme der Moscheebau- und Minarett-Thematik in das sächsische Wahlprogramm ist von besonderer Bedeutung, weil diese Forderung bislang nur von rechtspopulistischen Parteien wie „Die Freiheit" (DF), den Republikanern und pro NRW bzw. pro Deutschland erhoben worden ist und sich die AfD-Spitze bislang strikt von einem solchen Kurs abzugrenzen versuchte. Es deutet sich an, dass die AfD im Zuge ihrer ostdeutschen Wahlerfolge ihren Weg als Sarrazin-affine Rechtsaußenpartei deutlicher als bisher beschreitet.



Foto: Flickr.com Caruso.Pinguin (CC)

Rechte AfD-Seilschaften

Ein weiteres Anzeichen für einen deutlicheren rechtspopulistischen Kurs zeigt sich in der von Mitgliedern der AfD im Januar 2014 gegründeten Patriotischen Plattform. Ihr Sprecher ist Hans-Thomas Tillschneider, Vorstandsmitglied der AfD-Geschäftsstelle Leipzig. In ihrem Gründungsaufruf wendet sich die Patriotische Plattform u.a. „gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden". Die AfD-Mitglieder Roland Ulbrich, Siegbert Dröse und Felix Koschkar luden zusammen mit der ‚Plattform' im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl den FPÖ-Strategen Andreas Mölzer zu einer Diskussionsveranstaltung ein, die aufgrund öffentlicher Skandalisierung nicht zustande kam. Koschkar wurde zudem auf einer Demonstration der „Identitären Bewegung" in Wien mit einer ihrer Fahnen fotografiert. Die Forderung nach „nationaler Identität" scheint sich zum zentralen Themenfeld für die AfD zu entwickeln: So gab der Spitzenkandidat der AfD-Thüringen, Björn Höcke, der neurechten Zeitschrift Blaue Narzisse unter der Überschrift „Die AfD als identitäre Kraft" ein langes Interview, in dem er die „Frage nach der Identität für die zentrale Frage der Menschheit im 21. Jahrhundert" erklärte, da diese „der Schlüssel zu ökonomischen und ökologischen Homöostasen, also ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft" sei, so Höcke. Und weiter: "Die Deutschen und die Europäer haben die Aufgabe, den Wert ihrer Hochkultur wiederzuentdecken." Zudem verlieh er seiner Sympathie für den muslimfeindlichen Populismus von Sarrazin mit folgenden Sätzen Ausdruck: „Thilo Sarrazin sagte einmal, daß er, wenn er den Muezzin rufen hören möchte, ins Morgenland fahren würde. Dem ist nichts hinzuzufügen."

Nicht nur in ostdeutschen AfD-Gefilden entfalten sich solche Seilschaften: Auch in NRW hat die AfD augenscheinlich keine Berührungsängste mit neurechten Initiativen. So fand sich etwa in dem Programm für die vom Blaue Narzisse-Chefredakteur Felix Menzel am 6. September 2014 in Bonn durchgeführten Veranstaltung „Zwischentag" der Programmpunkt "Vor Ort Politik machen – AfD-Stadträte berichten". Anwesend auf dem neurechten Treffen war u.a. der AFD-Rechtsaußen Tillschneider. Von dem AfD-Mitglied Alexander Heumann aus Düsseldorf wurde im September ein nordrhein-westfälischer Ableger der Patriotischen Plattform gegründet.

Zwischen Konkurrenz und Kooperation

Einher mit der Entwicklung der AfD geht eine Verschiebung der Parteienlandschaft rechtsaußen. So verkündete nach der letzten Bundestagswahl der frühere Bundesvorsitzende der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit", René Stadtkewitz „zu neunzig Prozent" seine Übereinstimmung mit AfD-Positionen und forderte seine Mitglieder zur Unterstützung der neuen Partei auf, mit dem Ergebnis, dass nun etliche frühere DF-Aktivist_innen bei der AfD aktiv sind. Der Auszug der NPD aus dem sächsischen Landtag ist hingegen eine Folge der ca. 13.000 Wechselstimmen von NPD zur AfD. Auch andere Rechtsaußen-Parteien wie die Republikaner und die PRO-Parteien haben aufgrund der neuen AfD-Konkurrenz Einbußen an Wähler_innenzustimmung zu verzeichnen. Pro Köln verlor gar aufgrund der AfD-Konkurrenz bei der letzten NRW-Kommunalwahl ihren Fraktionsstatus in der Domstadt. Im kommunalpolitischen Alltag sind zugleich auch Tendenzen zur weiteren Kooperation rechtsaußen erkennbar: So kam es im Juli in NRW bei geheimen Abstimmungen zur Besetzung kommunaler Aufsichtsratsposten offensichtlich zu Absprachen im Abstimmungsverhalten von AfD mit Parteien wie Pro NRW, NPD und den Republikanern. In Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen und Wuppertal schienen derartige Absprachen Schule gemacht zu haben. Damit werden die ritualisierten Abgrenzungsbekundungen der AfD-Spitze vom rechten Rand zunehmend ad absurdum geführt. •

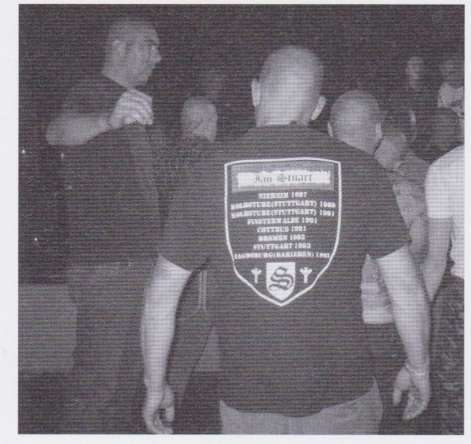
NS-SZENE

„Europa – Jugend – Revolution" singt die Stuttgarter Band Carpe Diem. Das Lied ist gleich auf mehreren Schulhof-CDs der NPD zu finden und eines der populärsten und bekanntesten der Band. Die Konzerttour „European Revolution Tour", bei welcher neben Carpe Diem noch Brigade M aus den Niederlanden, Fraction aus Frankreich und ZetaZeroAlfa aus Italien auf der Bühne standen, führte durch Italien, Frankreich, die Niederlande sowie Deutschland und war gesungene Werbung für „Europa". Im RechtsRock existiert eine ideologische Vorstellung von „Europa" und eine „gesamteuropäische" Praxis. Gemeint ist hier jedoch eine ganz andere Idee von „Europa" als die in großen Teilen der Gesellschaft gängige.

Europa in Theorie und Praxis

Gerockte „Europakonzeptionen" des Gestern

„Ich schließe meine Augen und lass die Gedanken ziehen und denk an das Erbe Europas und was uns davon blieb. Der Traum von Frieden und Einigkeit unter eine Fahne gebracht. Doch darauf die falschen Zeichen und dahinter die falsche Macht. Eine Macht, der das Geld gehört, seit viel zu langer Zeit. Eine Macht, die Konflikte schürt! Gemeinsam machen wir uns frei", heißt es im Text von „Europa — Jugend — Revolution". Europa wird hier mit der Europäischen Union gleichgesetzt, welche als ‚Fremdherrschaft' abgelehnt wird. Die angeblich Herrschenden werden mit antisemitischen Chiffren wie „Geld" und Macht „die Konflikte schürt" gekennzeichnet. Trotzdem bezieht sich die Band positiv auf ein „Europa". In der Ideologie des RechtsRock ist vor allem der „White Power"-Gedanke, also die Vorstellung einer „weißen Rasse", vorherrschend. „Europa" ist im RechtsRock in Form der EU präsent, die als volkszerstörende Zentralmacht abgelehnt wird. Andererseits wird auf Ordnungsvorstellungen aus dem Nationalsozialismus zurückgegriffen. So singt der Thüringer Liedermacher Torsten Hering alias Torstein: „Deutschland war dabei neu zu erblühen, das Sterben abzuwenden, das ihm zugedacht. Es begehrte auf gegen die tausend



T-Shirt zum Gedenken an die Deutschland Auftritte von Ian Stuart Donaldson auf einem RechtsRock Konzert.

Lügen eines zum Tode verurteilten Europas. Da kamen sie von den Fjorden, aus der Britanie, aus den Wäldern Finnlands, der Champagne und Okzidanien, von den Bergen der Schweiz, Lichtenstein und den baltischen Ländern. Selbst aus Ungarn, dem Kaukasus, Irland und Großbritannien. [...] Sie waren Europas Freiwillige". Ein positiver Bezug auf Europa ist im RechtsRock fast durchgängig ein Bezug auf die Europakonzeption der SS (vgl. AIB Nr. 94). Thematisiert werden jene sogenannten „Germanischen Divisionen", in denen Freiwillige aus ganz Europa kämpften. Hier ist es das Motiv der „Waffenbruderschaft", also der vermeintlich gemeinsame Kampf der SS-Männer aus den verschiedenen Ländern. Dieses Motiv griffen schon die Neonazibands Kraftschlag (Itzehohe/Weißenfels) und Mistreat (Finnland) für ihre CD „Waffenbrüder" auf.

Zwischen 2005 und 2009 war es das RechtsRock-Festival „Fest der Völker" in Jena, welches versuchte, das Konzept des „Europas der Vaterländer" der SS durch die Teilnahme internationaler Redner und Bands ein klein wenig in die Praxis umzusetzen und dessen Ideologie zu propagieren. Der österreichische Neonazi Gottfried Küssel erklärte dort 2007 das kulturell/rassische Verständnis dieses „Europa". In seiner Rede formulierte er: „Die Akropolis und die Menhire von Carnac, das Kapitol und Stonehenge, die Runensteine im Norden Altamira Sengiel und nicht zuletzt die Sternenscheibe von Nebra, ganz hier in der Nähe, sind Zeichen einer durchgängigen Tradition der Hochkultur, die weltweit in dieser Konzentration einzigartig ist. Aus gemeinsamen Wurzeln haben sich durch lange Jahrhunderte verschiedene Gemeinschaften entwickelt, die, wenn auch in einem Urstamm sich treffend, eine liebenswerte ja nahezu familiäre Verschiedenheit entwickelt haben." Soweit die Theorie.

Europäische Praxis

Anfang der 1990er Jahre erschien mit „German-British-Friendship" eine von der deut-

schen Band Noie Werte und der englischen Neonaziband Skrewdriver eingespielte CD. Es war der erste Tonträger, der eine Kooperation europäischer RechtsRock-Bands darstellte. Heute finden sich gleich Dutzende solcher transnationaler Projekte. Das Cover der 2007 veröffentlichten CD „Nie wieder Bruderkrieg“ zeigt einen als Helden dargestellten Kämpfer, dessen Schild die Aufschrift „Europa“ trägt. Er kämpft gegen eine dunkler dargestellte Person, welche den „Kommunismus“ darstellen soll.

Jüngst erschien bei PC-Records in Chemnitz der Mitschnitt eines Konzerts in der Ukraine aus dem Jahr 2013. Der Grund dafür, dass diese CD bei PC-Records erscheint, wird einerseits der Zugang zum deutschen Markt sein, geht es doch immerhin um viel Geld. Andererseits ist mit der Lunikoff-Verschwörung die bekannteste deutsche RechtsRock-Band auf diesem Konzert aufgetreten.

Über 40 Mal traten deutsche RechtsRocker 2013 im europäischen Ausland auf. Damit standen sie häufiger im Ausland auf der Bühne als die RechtsRocker anderer Länder. Interessant ist dabei, dass die Konzerte der Bands im Ausland von verschiedenen Faktoren abhängen. So traten deutsche Bands im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 besonders oft in Italien und Ungarn auf. Der Grund hierfür dürfte in den jeweils sehr aktiven nationalen RechtsRock-Szenen zu suchen sein. Im Gegensatz dazu können Belgien, die Niederlande und bedingt auch die Tschechische Republik und Frankreich, in denen ebenfalls relativ viele Konzerte stattfanden, als „Ausweichorte“ für deutsche Konzerte gewertet werden. Hier können aufgrund einer anderen Gesetzeslage Konzerte in aller Ruhe stattfinden, die in Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit aufgelöst oder verhindert werden würden. Als Beispiel sei das Konzert vom 19. auf den 20. April 2014, also zu Adolf Hitlers Geburtstag, genannt, dass im französischen Oltingue nahe der deutsch-französischen Grenze stattfand. Angekündigt waren mit Kraftschlag, Devils Project, Tätervolk und Legion of Thor gleich vier deutsche Bands, darunter auch zwei nicht deutsche Bands. Berichten aus der Szene zufolge sollen der überwiegende Teil der circa 150 Anwesenden Deutsche gewesen sein. Aber nicht nur die Lage ist ein Einflussfaktor, auch historische Geschehnisse und nationaler Chauvinismus spielen eine Rolle. Anders ist es nicht zu erklären, dass deutsche Bands in kaum einem europäischen Land seltener auftraten als in Polen. Die antipolnischen Ressentiments drücken sich z.B. bei der Band Landser in Liedzeilen wie: „Polackenlümmel schreien „White Power“. Oh, wie ich dieses scheiß Volk hasse, seit wann gehör'n Polacken, zur arischen Rasse“ aus.

Stark nachgelassen hat in den letzten Jahren die Bedeutung der britischen Bands. Der Kultstatus von Ian Stuart Donaldson, der als „Erfinder“ des RechtsRock bezeichnet werden kann, sorgte dafür, dass die englische Szene ab Mitte der 1980er Jahre eine Führungsrolle im internationalen RechtsRock einnahm. 2013 traten britische Bands nur etwa 17 Mal im Ausland auf, wenig im Vergleich zu den über 40 Auftritten deutscher Bands. Dabei sind viele der britischen Bands eng mit Blood & Honour, einer der beiden wichtigen Organisationen im Bereich des internationalen RechtsRock, verbunden. Hammerskins und Blood & Honour spielen eine wichtige Rolle bei der internationalen Koordinierung des RechtsRock.

Spinnen im Netz — Blood & Honour und Hammerskins

Gedenkkonzerte für Ian Stuart Donaldson (ISD) finden im August und September jeden Jahres in vielen Ländern statt. Donaldson war einer der maßgeblichen Gründer des neonazistischen Musiknetzwerkes Blood & Honour; deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Großteil dieser ISD-Konzerte von Blood & Honour organisiert werden. Auffällig ist jedoch, dass diese Konzerte zeitlich aufeinander abgestimmt zu sein scheinen. Wochenende auf Wochenende findet ein von Blood & Honour organisiertes Konzert in einem anderen Land statt. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass innerhalb des Netzwerkes eine internationale Koordination stattfindet.

Eine solche existiert auch bei den Hammerskins. Hier finden regelmäßig Treffen auf europäischer Ebene, die „European Officers Meetings“ (EOM), statt. Oftmals werden diese am Rande eines „Hammerfest“ genannten Konzerts abgehalten. 2012 fand das Hammerfest im französischen Toul statt. Etwa 2000 TeilnehmerInnen waren für die Bands Blutzeugen, Division Germania, Moshpit, Wolfsfront und Sturmwehr aus Deutschland sowie für Verszerzödes aus Ungarn und Der Stürmer aus Griechenland angereist. International also, der Schwerpunkt lag aber wieder bei den deutschen Bands und TeilnehmerInnen. Am 29. November 2014 soll das nächste Hammerfest im italienischen Mailand stattfinden.



Auftritt der deutschen RechtsRock-Band Oidoxie bei einem Konzert in Tschechien.

Ein europaweit koordiniertes Vorgehen war auch bei Touren us-amerikanischer Bands zu erkennen. 2009 tourten die Bully Boys in nur acht Tagen durch fünf Länder. Sie spielten in Spanien, Frankreich, Ungarn, der Tschechischen Republik und in Italien. Waren es bei dieser Tour offensichtlich die Strukturen der Hammerskins, so spielte die Band im Juni 2013 an einem Freitag für Blood & Honour in Slowenien, am Samstag darauf für die Hammerskins in Italien. Kooperation findet vermutlich also auch über die Organisationsgrenzen hinweg statt.

In kaum einem Spektrum der extremen Rechten findet so viel europaweiter Austausch statt wie in der RechtsRock-Szene. Gegenseitige Besuche, welche zu einem Austausch an Ideologie und Praxiserfahrung führen, sind gängige Praxis. Ist der „White Power“-Gedanke auch omnipräsent in der RechtsRock-Szene, so wird von deren Kadern das Europa-Konzept der SS, eines völkischen Europas unter deutscher Führung, vertreten. •

NS-SZENE

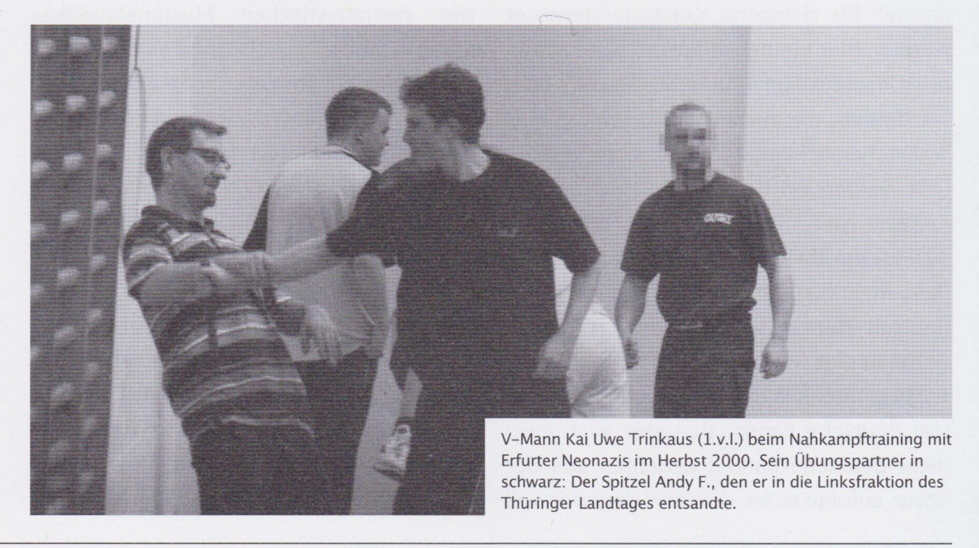
Der NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus hätte „niemals als V-Mann vom Landesamt für Verfassungsschutz angeworben werden dürfen". Zu diesem Schluss kommt der „Untersuchungsausschuss 5/2" zum NSU des Thüringer Landtages und attestiert dem VS zahlreiche, teils gravierende Fehler.

Auf Staatskosten

V-Mann Kai-Uwe Trinkaus belebte die Thüringer NPD

VON KAI BUDLER

■ Fünf Jahre lang organisierte und reaktivierte Kai-Uwe Trinkaus maßgeblich die extrem rechte Szene im Raum Erfurt und setzte dabei auf eine enge Kooperation mit dem militanten Spektrum der „Kameradschaften" und Hooligans. Einen Teil dieser Zeit wirkte Trinkaus dabei auch als V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV). Nach seiner Selbstenttarnung im Dezember 2012 hatte er nach eigenen Angaben zwischen 2006 und 2010 als V-Mann gegen Honorarzahlungen Informationen geliefert und Beschaffungsaufträge des TLfV umgesetzt. Das Landesamt spricht von insgesamt 41 Treffen, für seine Informationen wurden ihm insgesamt knapp 15.000 Euro gezahlt. Die Quittungen dafür unterzeichnete er beispielsweise mit „Dieter Althaus", dem damaligen Thüringer Ministerpräsidenten, oder dem Namen des Papstes „Johannes Paul II". In dieser Zeitspanne war der V-Mann Trinkaus alias „Wesir" und „Ares" einer der landesweit aktivsten Neonazis mit maßgeblichem Einfluss auf die Szene. Nach der Übernahme des Vorsitzes des NPD-Kreisverbandes Erfurt-Sömmerda steigerte er dessen Aktivitäten, setzte Neonazigegner massiv unter Druck und schleuste beispielsweise einen Neonazi-Spitzel in die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein. Daneben diffamierte und verleumdete er vor der Landtagswahl 2009 gezielt Politiker anderer Parteien. Auf Trinkaus Konto ging der Aufbau von Tarnvereinen und die Unterwanderung bestehender Vereine wie dem „Bund der Vertriebenen" (BdV). All dies geschah während seiner Zeit als V-Mann des Thüringer Landesamtes, dessen Honorar Trinkaus offenbar für den Auf- und Ausbau der Neonazi-Strukturen nutzte. Ohnehin war er vor allem mit Aufträgen zur Aufklärung extrem rechter Aktivitäten befasst, die maßgeblich von ihm selbst initiiert worden waren. Den Zeitpunkt der Weitergabe der Informationen bestimmte er meist selbst. Während in der Presse von den Aktionen des Neonazis zu lesen war und sie mit Landtagsanfragen dokumentiert wurden, will das TLfV von der Infiltration und der Kompromittierung von Politikern seitens seines V-Manns nichts gewusst haben. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sprechen hier von systematischen Aktivitäten mit einem „störenden, schädigenden, diskreditierenden, diffamierenden, kompromittierenden, verunsichernden und einschüchternden Charakter", die geeignet gewesen seien, „Mitglieder des Thüringer Landtags und des Deutschen Bundestags, weitere Personen des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie Fraktionen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Verbände verächtlich zu machen und demokratische Strukturen und Institutionen zu unterminieren und nachhaltig zu schädigen". Eine Warnung des „Frühwarnsystems" Verfassungsschutz erging in diesem Zusammenhang nur an den damaligen BdV-



V-Mann Kai Uwe Trinkaus (1.v.l.) beim Nahkampftraining mit Erfurter Neonazis im Herbst 2000. Sein Übungspartner in schwarz: Der Spitzel Andy F., den er in die Linksfraktion des Thüringer Landtages entsandte.



Die Eröffnung eines NPD-Bürgerbüros in Erfurt: 1.v.l. der heutige Schatzmeister der NPD-Thüringen, Hendrik Heller, 2.v.l. V-Mann Kai-Uwe Trinkaus, 3.v.l. Patrick Paul von den „Freien Kräften Erfurt", 4.v.l. Landesvorsitzender Patrick Wieschke

Chef und CDU-Abgeordneten Egon Primas, die zahlreichen anderen Betroffenen wurden allein gelassen.

Aber auch im Hinblick auf die durch Trinkaus gewonnenen Erkenntnisse dokumentiert der Abschlussbericht Fragwürdiges, denn von dem V-Mann kamen lediglich „umfangreiche Informationen von zweifelhaftem Aussagegehalt". Lieferte Trinkaus ausnahmsweise relevante Informationen, wurden sie nicht wahrgenommen. Nach dem Angriff auf einen Fotografen am Rand eines Neonazi-Aufmarschs 2007 und dem Diebstahl seiner Kamera nannte Trinkaus seinem V-Mann Führer sogar die Namen der Angreifer. Der damalige Vizepräsident des Amtes habe ihn aber angewiesen, die Informationen nicht aufzuschreiben, sagte der V-Mann-Führer vor dem Untersuchungsausschuss. Nach Angaben von Trinkaus hatte ihn das TLfV beauftragt, die Bilder von der Kamera zu besorgen, die damals in der Neonazi-Szene kursierten. Wenig später habe er eine CD mit dem Bildmaterial übergeben, der Polizei aber wurden die Informationen zur Strafverfolgung vorenthalten.

Und fast schon obligatorisch bei der Aufklärung ähnlicher Vorfälle beim Verfassungsschutz fehlten auch in Thüringen Akten, Notizen und Berichte, so dass einige Vorgänge nicht überprüfbar sind. Dazu gehört die von der NPD veröffentlichte Liste von Personen, die 2007 an einer Aktion gegen einen Neonazi-Treffpunkt in Erfurt beteiligt gewesen sein sollen. Dem Fernsehsender mdr sagte Trinkaus, er habe die Liste von seinem V-Mann-Führer mit den Worten „Was Sie daraus machen, ist Ihre Sache" erhalten. Die Ausschussmitglieder bemängelten, „der Untersuchungsausschuss hatte keine Möglichkeit, zu überprüfen, ob die Aufzeichnungen, Treffberichte und Deckblattmeldungen umfassend, vollständig und wahrheitsgemäß waren". Es ist auffällig, dass der NPD-Landesverband in Thüringen seit seiner Gründung zwei größere Eintrittswellen verzeichnet, die beide auf die führende Beteiligung von V-Leuten zurückzuführen waren. War es Ende der 1990er noch Tino Brandt, der für Mitgliederzuwächse gesorgt hatte, begann knapp zehn Jahre später in der Amtszeit des V-Manns Kai-Uwe Trinkaus die damals groß angelegte Mitgliederkampagne der NPD.

Damit hat der Verfassungsschutz in Thüringen nicht nur langjährig die Neonazi-Szene im Freistaat gestärkt, sondern auch Maßnahmen bei der Strafverfolgung beeinflusst. In fünf Jahren wurden gegen Trinkaus 21 Ermittlungsverfahren eingeleitet, unter anderem wegen Betrugs, Förderung der Prostitution, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Ein Großteil der Verfahren betraf Taten während seiner Tätigkeit für das Landesamt, am Ende stehen nur zwei Verurteilungen zu geringen Geldstrafen – offenbar wiegt der Quellenschutz stärker als die Aufklärung und Verfolgung von Verbrechen. Vor dem Ausschuss umriss der damalige Abteilungsleiter der Beschaffung das Motto im Umgang mit Trinkaus mit den Worten „Abschöpfen, abschöpfen, Mitarbeit eventuell beenden, Probezeit abwarten". Dabei waren zwei Mitarbeiter des TLfV bereits zuvor zum Schluss gekommen, bei der Zielperson Trinkaus handele es sich „ja um den Betrüger", denn aus den Akten von seinem vorausgegangenen Insolvenzverfahren hätte sich „ein umfassendes Bild (...) zu seinem betrügerischen Verhalten gegenüber öffentlichen Ämtern und Privatpersonen ergeben".

Für die NPD Erfurt kratzen die in dem Bericht veröffentlichten Erkenntnisse deutlich an dem Biedermann-Image, um das sie sich zur Kommunalwahl im Mai 2014 krampfhaft bemühte. In dem Bericht heißt es, Trinkaus habe seinem V-Mann Führer von einem für das Jahr 2007 geplanten Angriff auf das damalige besetzte Haus in Erfurt berichtet, bei dem 100 Hooligans das Gebäude und seine Bewohner überfallen sollten, „zur Not wolle man die Bude abfackeln, da es dort ja ohnehin schon öfter gebrannt habe". Das Training für den Überfall sollte in dem Sportverein „Vorwärts Erfurt e.V." stattfinden, der von Neonazis als „Badminton-Verein" gegründet worden war. Fotos der extrem rechten Kampfgemeinschaft zeigen das Vorwärts-Mitglied Trinkaus und andere Neonazis beim Kickboxen und dem Nahkampf mit dem Messer. Bei einem Gespräch über den geplanten Angriff war nach Trinkaus Angaben unter anderem der damalige Hooligan und Mitglied der „Freien Kameradschaft Erfurt", Enrico Biczysko, anwesend. Der amtierende Ratsherr im Erfurter Stadtrat soll gegenüber Trinkaus auch gesagt haben, es gebe Überlegungen, dem damals engagierten Gewerkschafter Angelo Lucifero „ein paar aufs Maul zu hauen", damit der mal ruhiger werde. Das Innenministerium oder die Polizei wurden nicht über den geplanten Angriff im Rahmen der Aktion „Erfurt is brown Town" informiert. Zu dem „Sturm" auf das besetzte Haus kam es unterdessen nicht, wohl aber 2007 zu einem Brandanschlag auf das Gebäude. Am 20. April, dem Geburtstag von Adolf Hitler, warfen unbekannte Täter mehrere Molotow-Cocktails in das Innere des Hauses. •

NS-SZENE

Der Verleger Dietmar Munier gilt als Herausgeber des unter dem Namen „Weltkrieg-Erlebnisberichte“ erscheinenden Nachfolgers der Landser-Romane.

Landser heißt jetzt Weltkrieg

VON ANDREA RÖPKE

Der Verleger Dietmar Munier aus Martensrade leitet inzwischen ein kleines braunes Zeitungs-Imperium. Dazu gehört das Nachrichtenmagazin „ZUERST! — Die starke Stimme für deutsche Interessen“, die Zeitung „Der Schlesier“ oder auch die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ). Nebenher verfügt er auch über Kontakte in völkische Neonazi-Kreise. Wenn der einflussreiche Schleswig-Holsteiner zur Sonnenwende rief, wie im Jahr 2012, dann erschien nicht nur der international bekannte Holocaustleugner Ernst Zündel, der selbsternannte Anführer der Russlanddeutschen Heinrich Groth oder der Jugendfeuerwehrwart von Hohwacht, sondern auch seine leitenden Mitarbeiter. Zünftig gekleidet in Kniebundhose und weißem Hemd erschien Guido Kraus, der Chefredakteur der DMZ. Mit der kleinen Tochter an der Hand begrüßte der ehemalige Bundeswehrsoldat Munier und reihte sich dann in den Fackelaufzug ein, der sich langsam über einen geschlängelten Pfad bis zur Feuerstelle auf dem Gelände in Martensrade zog. Das Ritual war nur für Eingeweihte und geladene Gäste. Munier scheut die Öffentlichkeit. Der Chef des Verlages „Lesen und Schenken“ agiert nicht nur im Verborgenen, er scheint auch seine Mitarbeiter fester an sich zu binden, als manchen lieb ist. Finanziell sollen sie teilweise von ihm abhängig sein. Doch Munier kauft nicht nur Häuser für seine Untergebenen, er geht auch auf Einkaufstour für das Verlagsimperium. Im Mai 2014 versuchte das NDR-Medienmagazin „Zapp“ den realen Herausgeber der neuen soldatischen Groschenheft-Romane „Weltkrieg“ zu ermitteln und stieß auf Munier. Die ersten roten, blauen oder grünen Heftchen namens „Weltkrieg — Erlebnisberichte“ gehen seit Dezember 2013 in Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien (Südtirol) und Luxemburg in den Handel. Die Romane sind zwischen 1,95 und 3,40 Euro erhältlich und heißen „Weltkrieg Großband“, „Weltkrieg Doppelband“, „Weltkrieg Flieger“ (erscheinen jeweils alle vier Wochen) und „Weltkrieg“ (erscheint 14-tägig). Nur wenige Monate zuvor hatte die Bauer Media Group das Heft „Der Landser“ eingestellt. (Vgl. AIB Nr. 77) Die soldatischen Groschenromane waren für den Hamburger Billig-Illustrierten-Konzern und seine Tochterfirma, den Pawel-Moewig-Verlag, Jahrzehnte lang scheinbar ein gutes Geschäft. Öffentliche Angaben gab es nie, aber umlaufende Zahlen, wonach einzelne der 5000 „Der Landser“-Romane mit bis zu einer halben Million Exemplaren vertrieben worden sein sollen, wurden nicht dementiert. Im Herbst 2013 griff das Simon-Wiesenthal-Center den Bauer-Verlag scharf an und warf der Reihe Verherrlichung des Nationalsozialismus und Verharmlosung von Waffen-SS und Holocaust vor. Ein Verbot wurde gefordert. Medienberichten zufolge gaben sich die Hamburger unbeeindruckt, stellten „Der Landser“ dann aber doch ein, weil es nicht mehr zur „Portfoliostrategie“ passe.



Screenshot von youtube.com

Dietmar Munier bei einem Interview.

„Weltkrieg“ übernahm nach Angaben des im Impressum benannten Verlags Mediavari mit Sitz in der Schweiz die „gewollte Nachfolge“. Doch Redakteure von „Zapp“



Foto: Otto Belina



Screenshot von www.fuer-rostock.de, September 2013

Oben: Der Chefredakteur der DMZ, Guido Kraus (links), bei einer Sonnenwendfeier des Verlegers Dietmar Munier

Links: Beecken (rechts) präsentiert sich als Kandidat der Wählervereinigung „FÜR Rostock — pro OB"

suchten den Verlag in dem Schweizer Ort Sarnen vergeblich. Ihre Recherchen haben ergeben, dass sich allem Anschein nach hinter einer verwinkelten Strohmänner-Camouflage der Verlag Lesen & Schenken des norddeutschen Rechtsextremisten Dietmar Munier versteckt.

Der Mediavari Verlag war zeitweilig nur per Mail zu erreichen. Er wurde dem NDR zufolge von einem Schweizer im Auftrag des Rostocker Rechtsanwalts Volker Beecken gegründet. Beecken will wiederum auch nur treuhänderisch gehandelt haben. Seinen Auftraggeber verschweigt er. „Ich bin nicht als Verleger tätig", sagte der Advokat gegenüber „Zapp" und weiter: er habe weder „Landser" noch „Weltkrieg" jemals gelesen.

So abwegig wäre das aber nicht, denn Beecken verfügt durchaus über eine rechte Vergangenheit. So gehörte zu seinen Mandanten nicht nur eine Rostocker Rotlichtgröße oder der 1. FC Hansa Rostock, sondern auch Dietmar Munier aus Martensrade. Als sein Angestellter weisen das Rechtsanwaltsverzeichnis der Rechtsanwaltskammer von Mecklenburg-Vorpommern und Beeckens Internetseite den Juristen Laurens Nothdurft aus. Der Berliner war im Bundesvorstand der mittlerweile verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ).

Bereits vor knapp 30 Jahren nahmen Beecken und Munier den Recherchen des „blick nach rechts" zufolge am rechtskonservativen „Norddeutschen Forum" in Lüneburg teil. In seiner Studienzeit politisch aktiv, äußerte sich Beecken vor allem zur Vertriebenen-Debatte. Nach Recherchen von Antifaschist_innen tauchte ein Volker Beeken (sic!) als Mitglied der neurechten „Gruppe 146" (1988—1990) an der Universität Hamburg auf[1], deren Namensgebung sich auf den Artikel 146 des Grundgesetzes (GG) beruft, der den Verlust der Rechtmäßigkeit des Grundgesetzes beinhaltet, wenn eine neue Verfassung „vom deutschen Volk" „in freier Entscheidung" beschlossen wurde.[2] Ein Volker Beecken wurde Medienberichten zufolge 1979 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes (ODS) gewählt[3] und saß im Bundesvorstand des Gesamtdeutschen Studentenverbandes.[4] Anwaltlich tätig war Beecken für die Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO), eine vom Verfassungsschutz als rechts eingestufte Organisation. Er selbst publizierte mehrfach im revanchistischen Ostpreußenblatt. 2010 dann trat Beecken schließlich als Experte in Muniers Neonazi-Zeitschrift „ZUERST!" auf. Bis vor kurzem war Beecken, der einer Wählervereinigung angehört, die den parteiunabhängigen Oberbürgermeister Roland Methling stützt, dort Vorstandsmitglied und Mitglied in einem Kommunalausschuss. Nach der Bürgerschaftswahl im Mai diesen Jahres und erneutem Bekanntwerden seiner Verbindungen ins rechte Milieu[5] bekleidet er jedoch keine öffentlichen Ämter mehr. Die Wählervereinigung machte in der Vergangenheit wiederholt im Zusammenhang mit der Veruntreuung von Parteigeldern von sich Reden.

Munier wollte dem NDR auf Anfrage keine Antwort geben. Doch aus seinem Umfeld kam der Hinweis, dass der Verleger „schon immer Gefallen am Landser und seinen Geschichten" gehabt habe. Unverhohlen freute sich dagegen die in seinem „Lesen und Schenken"-Verlag erscheinende extrem rechte „Deutsche Militärzeitschrift" über die Neuerscheinung des „Weltkrieg", das Heft sei „ein würdiger Nachfolger am Markt": „Freunde der ehemaligen Landser-Reihen dürfen sich jedenfalls wieder alle vierzehn Tage auf neue Geschichten freuen." Diese Begrüßung spricht nicht für Konkurrenz. •

1 Antifaschistische Informationen, Rechte Organisationen in Hamburg, Nummer 1, 2.6.1985 www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Organisationen/Hochschulgruppen/AI146.html 2 Artikel 146 im GG 3 Wer mit wem?: Braunzonen zwischen CDU/CSU und Neonazis : ein Nachschlagewerk für Antifaschisten (S. 77) 4 Antifaschistische Informationen, Rechte Organisationen in Hamburg, Nummer 1, 2.6.1985 www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Organisationen/Hochschulgruppen/AI146.html 5 Bereits 2010 war Beecken Teil einer journalistischen Lokal-Posse. Das damalige NPD-nahe Nachrichtenportal MV-regio hatte im Rahmen einer Schmutzkampagne gegen den Rostocker Oberbürgermeister bzw. UFR die Verbindungen von Beecken zu Munier veröffentlicht. www.publikative.org/2010/07/23/mvregio-munier-npd-200/

NS-SZENE

Das Bundesamt für Verfassungschutz schredderte die Akte eines V-Mannes, der führender Neonazi in Nordthüringen war und Hinweise auf die untergetauchten, späteren NSU-Mitglieder gab.

Im Zentrum der Aktion „Konfetti"

Michael Dolsperg alias V-Mann „Tarif"

VON ANDREAS FÖRSTER

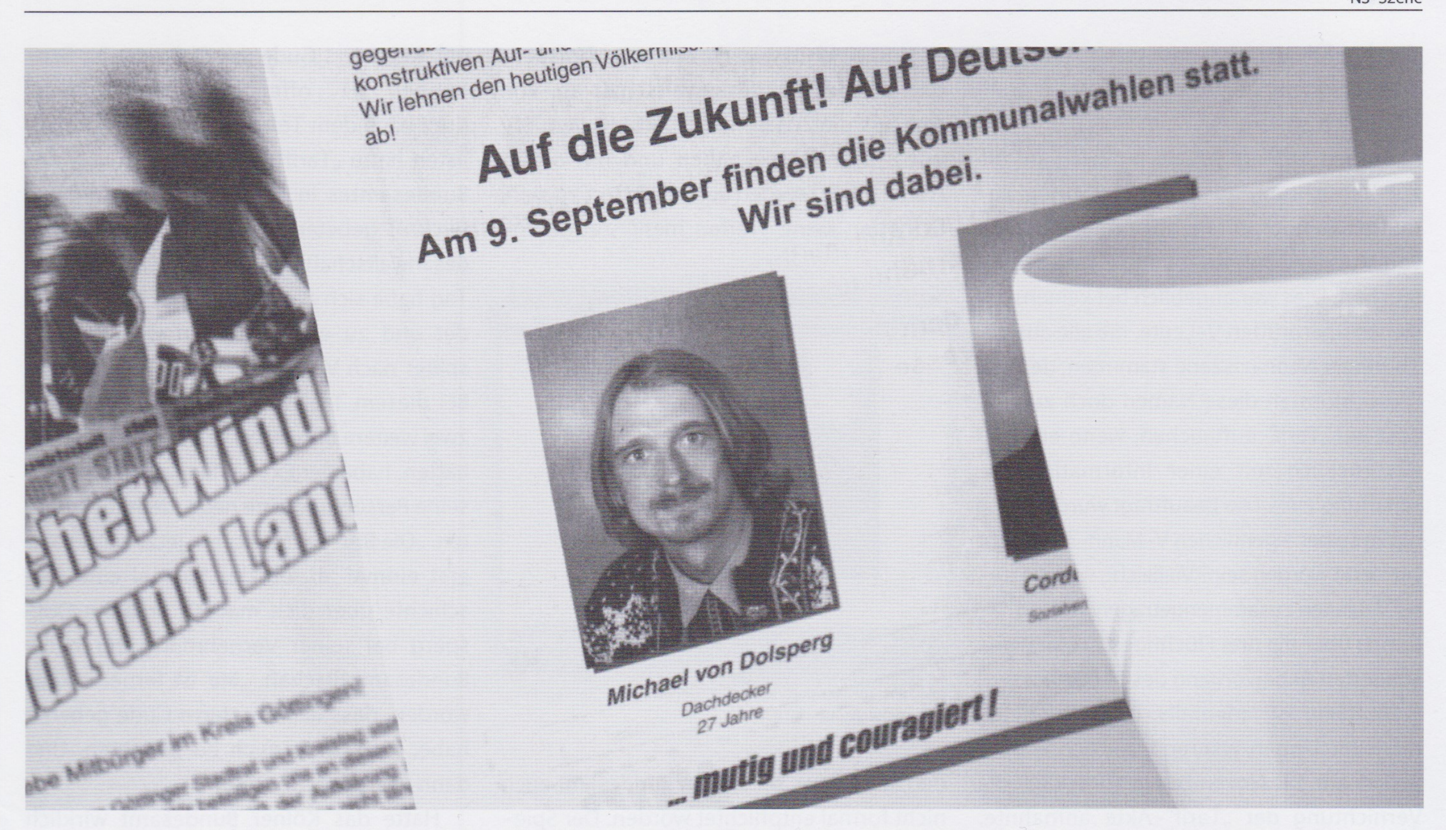
Wer in die Wälder der schwedischen Provinz Värmland aufbricht, um dort eine der schillerndsten Figuren der früheren Thüringer Neonaziszene zu seinen Kontakten zum NSU-Trio zu befragen, kommt zu spät. Michael Doleisch von Dolsperg hat seinen Ökohof „Snaret", was auf Deutsch „Gestrüpp" heißt, verkauft. An einem anderen Ort in Schweden hat er jetzt einen Tischlereibetrieb aufgemacht. Ein neues Leben will er dort beginnen, wieder einmal. Aber die Vergangenheit lässt ihn nicht los — wohl schon bald wird ihn das Oberlandesgericht in München als Zeugen zum NSU-Prozess laden. Und auch ein neuer NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, der immer wahrscheinlicher wird, dürfte sich für den langhaarigen, bärtigen Mann interessieren. Denn Dolsperg, der in den 1990er Jahren Michael See hieß und der führende Neonazi in Nordthüringen war, gehörte als V-Mann „Tarif" zu den Topquellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im Umfeld des NSU-Trios.

Erst Anfang Oktober vergangenen Jahres, nach dem Ende des NSU-Untersuchungsausschusses, war Dolsperg als ehemaliger V-Mann enttarnt worden. Der wegen versuchten Totschlags vorbestrafte Neonazi hatte demnach unter dem Decknamen „Tarif" von 1995 bis mindestens 2001 mit dem BfV kooperiert und soll dafür mindestens 66.000 DM kassiert haben. Faktisch unter den Augen des Verfassungsschutzes publizierte er zudem jahrelang die rassistische Neonazi-Postille „Sonnenbanner". Ein Exemplar dieses Blattes wurde auch in der 1998 ausgehobenen Bombenwerkstatt des Trios in Jena gefunden. In Artikeln des „Sonnenbanner" wird unter anderem das — vom NSU später umgesetzte — Konzept autonomer Kämpferzellen propagiert, die im Untergrund das demokratische System bekämpfen.

In einem von Dolsperg verfassten Text mit dem Titel „Das Ende oder Neuanfang" heißt es: „Daher haben wir den Weg gewählt, der am schwierigsten, am unbequemsten und am steinigsten ist: Den Untergrund, die autonomen Zellen-Strukturen (...) Wir wollen die BRD nicht reformieren — wir wollen sie abschaffen." Für ein Leben in Freiheit „lohne es sich, alles zu opfern, um Sicherheit, Glück und Zukunft unserer Kinder und unserer Rasse zu gewährleisten. Was können wir verlieren außer unserem Leben?"

In einem Schreiben an das Bundeskriminalamt (BKA) vom 13. Februar 2013 zitiert das BfV diese Passage und Ausschnitte weiterer Artikel aus dem vom V-Mann „Tarif" verantworteten „Sonnenbanner". Die Bewertung der Verfassungsschützer: „Bemerkenswert sind die ideologischen nationalsozialistisch motivierten Artikel im ‚Sonnenbanner' zu den Themen Zellenprinzip, Agieren im Untergrund, konspirativem Verhalten und elitärem Selbstverständnis — insbesondere vor dem Hintergrund, dass (vor allen Dingen) MUNDLOS diese Artikel gelesen haben dürfte. Die späteren Taten des NSU weisen zumindest keinen Widerspruch zu diesen o. g. Verhaltensmustern auf."

Die Chuzpe, mit dem das Bundesamt in seinem Bericht an das BKA diese Bewertung trifft, ist verblüffend - nicht nur, weil See alias Dolsperg die rassistischen und mit offen nationalsozialistischen Inhalten gespickten Artikel des „Sonnenbanner" als V-Mann quasi unter den Augen des Bundesamtes publizierte. Folgt man der Darstellung des seit zwölf Jahren in Schweden lebenden Neonazis, dann haben seine Verbindungsführer vom BfV sogar regelmäßig diese Artikel vor Drucklegung redigiert. „Das BfV bekam alle Ausgaben (des ‚Sonnenbanner') von mir vorab", sagte Dolsperg im vergangenen Februar dem Spiegel-Reporter Hubert Gude. Änderungswünsche vom Bundesamt habe es demnach bis auf eine Ausgabe, wo es um die Gestaltung des Ti-



telblattes ging, nie gegeben. Bezahlt habe er die Produktion der Hefte zum Teil von seinen V-Mann-Honoraren, die monatlich zwischen 500 und 600 DM gelegen hätten, fügte Dolsperg hinzu.

In seiner achtstündigen Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft (BAW) am 10. März 2014 ging der ehemalige V-Mann in seinen Aussagen über die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt sogar noch weiter. Demnach habe er 1998, kurz nach dem Abtauchen des Trios, einen wichtigen Hinweis dazu an das BfV weitergegeben, ohne dass dieser weiterverfolgt wurde. Laut Dolsperg habe ihn damals der mit ihm befreundete Jenaer Neonazi André Kapke angerufen. Kapke zählte 1998 wie Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe und dem ebenfalls im Münchner NSU-Prozess angeklagten Ralf Wohlleben zur „Kameradschaft Jena". Gemeinsam mit Wohlleben gehörte er außerdem in den ersten Monaten nach dem Untertauchen des Trios zu deren Fluchthelfern. Dolsperg gab nun in seiner Vernehmung Kapke mit den Worten wieder, dass die drei Gesuchten schnell weg müssten. „Er fragte, ob ich einen Platz wüsste, wo die hin könnten."

Dolsperg will unmittelbar nach dem Anruf seinen Verbindungsführer „Alex" vom BfV angerufen und über die Kapke-Anfrage informiert haben. „Dem habe ich den Inhalt des Telefonats wiedergegeben und ihn gefragt, wie ich mich verhalten soll", sagte Dolsperg laut Vernehmungsprotokoll. Die Namen der Flüchtigen habe er dabei nicht erwähnt, weil sie ihm angeblich auch unbekannt waren. „Alex" habe aber gleich gewusst, um wen es sich handelte, und ihm gesagt, er wolle sich zunächst mit jemand anderem besprechen und dann zurückrufen. „Als mich Alex später zurückrief, teilte er mir mit, dass ich für den Fall eines Rückrufes sagen soll, dass ich für die drei nichts habe." Begründet habe sein Verbindungsführer dies laut Dolsperg mit der Bemerkung: „Da würden sich schon andere drum kümmern."

Ein bis anderthalb Jahre später habe ihn „Alex" dann noch einmal auf das Trio angesprochen und ihn diesmal damit beauftragt Informationen über die Flüchtigen zusammenzutragen. „Ich wies ihn darauf hin, dass er ein Jahr vorher weitere Maßnahmen zu den Dreien durch mich abgelehnt hatte und dass sich andere darum kümmern würden", sagte Dolsperg bei der BAW dazu. „Daraufhin meinte Alex nur, dass er auf die Entscheidung zu diesem Zeitpunkt keinen Einfluss hatte."

Die Aussagen von Dolsperg bringen das BfV in Erklärungsnot. Warum hatte der Verfassungsschutz auf die Möglichkeit verzichtet, über seinen V-Mann „Tarif" dem Trio eine Falle zu stellen? Und bei wem lag damals die Entscheidungshoheit zu dem Fall? Hinweise könnte vielleicht die V-Mann-Akte von Dolsperg geben — aber die wurde am 11. November 2011, nur eine Woche nach dem Auffliegen des NSU-Trios, im BfV vernichtet.

Vor dem Hintergrund von Dolspergs Aussage erscheint nun aber auch diese Aktenvernichtung in einem neuen Licht. Denn schon drei Tage vor der sogenannten „Aktion Konfetti", am 8. November, hatte der für Beschaffung zuständige Referatsleiter im BfV-Bereich Rechtsextremismus, Lothar Lingen, die „Tarif"-Akte zusammen mit sechs anderen, eher unwichtigen V-Mann-Vorgängen zur Vernichtung ausgewählt. Es war der Tag, an dem sich Beate Zschäpe der Polizei gestellt hatte und der damalige BfV-Chef Heinz Fromm eine „detaillierte Aufarbeitung" der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem untergetauchten Trio in Auftrag gab. „Was hat das BfV in den 1990er Jahren in diesem Fall für eine Rolle gespielt, welche Informationen lagen vor und welche Ermittlungen wurden von Seiten des BfV

durchgeführt, insbesondere nachdem die drei Personen flüchtig waren", wies Fromm schriftlich an.

Lingen ordnete jedoch lediglich an, die zur Vernichtung ausgewählten Akten daraufhin zu überprüfen, ob darin die Namen von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe auftauchen. Dies war angeblich bei keinem der sieben überprüften V-Leute, die alle aus der Thüringer Neonaziszene stammten, der Fall. Dabei müssten diese Namen doch zumindest bei „Tarif" auftauchen, wenn er 1999 ausdrücklich mit einer Informationsbeschaffung zum Trio beauftragt wurde. Sollte das in seiner eigentlichen V-Mann-Akte nicht vermerkt worden sein? Vielleicht, weil die unter V-Leuten zusammengetragenen Informationen über die drei Flüchtigen in einen gesonderten Aktenvorgang des BfV einflossen?

Auffällig ist jedenfalls, dass BfV-Referatsleiter Lingen während der Schredderaktion am 11. November ausdrücklich die Vernichtung der „Tarif"-Akte anmahnte. Möglicherweise kannte er deren Inhalte sehr genau, war er doch nachweislich zeitweise selbst direkt mit dem Vorgang befasst. Nach dem Bekanntwerden der Schredderaktion im Juni 2012 durch einen Bericht der „Berliner Zeitung" versuchte das Bundesamt, die vernichteten Akten zu rekonstruieren. Nach offizieller Darstellung sei dies weitestgehend geglückt. Ein vom Untersuchungsausschuss beauftragter Sonderermittler musste allerdings einräumen, dass sowohl Treffberichte als auch Quittungen der V-Leute nicht mehr vorhanden und auch nicht wiederherstellbar seien. Was die Bezahlung der Quellen anbelangt, gebe es allerdings ein Zentralregister. Daraus ließe sich entnehmen, welche Zahlungen an welchem Tag geleistet worden seien — ob dies aber immer stimme, ließe sich wegen der vernichteten Quittungen nicht mehr nachprüfen.

Auch dieses Detail birgt eine gewisse Brisanz. Denn laut Zentralregister soll der V-Mann „Tarif" zwischen 1995 und 2001 insgesamt 66.000 DM kassiert haben, also durchschnittlich rund 9.500 DM pro Jahr. Dolsperg hatte dem Spiegel gesagt, er habe zwischen 500 und 600 DM monatlich vom BfV bekommen — das wären im Jahr aber nur zwischen 6.000 und 7.200 DM Spitzellohn.

Und noch etwas ist seltsam: Dolsperg gab bei der Bundesanwaltschaft an, von sich aus die Zusammenarbeit mit dem BfV 2001 beendet zu haben und mit seiner Frau nach Schweden ausgewandert zu sein. Es hätten keine Treffen mehr stattgefunden, allerdings sei er vom Bundesamt auch nicht formal entpflichtet worden. Der Spiegel-Reporter Gude, der im September 2012 Kontakt mit ihm aufnahm, habe ihm jedoch vorgehalten, bis 2003 als VM gearbeitet zu haben — „was definitiv nicht stimmen konnte", wie Dolsperg in der Vernehmung vom März 2014 sagte. Er, Dolsperg, sei sowieso überrascht gewesen, dass der Spiegel-Reporter ihn mit „unglaublich vielen Details aus meiner Quellentätigkeit überwältigt" habe. „Er hat auch was von einem Auto im Wert von 15.000 DM, das ich vom BfV bekommen haben soll, erzählt, was auch nicht stimmte", sagte der ehemalige V-Mann. „Ich fragte mich, woher er das hat."



Dolsperg präsentiert sich auf der Website seiner Frau. www.naturglaube.de

Wenn die Aussagen von Dolsperg zutreffen sollten, ergibt sich ein ganz neuer Verdacht: Sind unter dem V-Mann-Konto von „Tarif" getarnte Zuwendungen auch an andere Personen — weitere Quellen oder BfV-Mitarbeiter — abgerechnet worden? Und ist das womöglich der Grund für das Schreddern der „Tarif"-Akte? Eine Aufklärung wird schwierig: Die Treffberichte, die Auskunft geben könnten über die tatsächliche Dauer von Dolspergs V-Mann-Tätigkeit, sind ebenso vernichtet wie die Quittungen, mit denen der Empfang der Spitzel-Honorare bestätigt wurde.

Bemerkenswert ist jedenfalls die Aufregung, die die Kontaktaufnahme des Spiegel-Reporters Gude mit Dolsperg im September 2012 offenbar im BfV auslöste. Kurz nach dem Telefonat mit dem Journalisten hatte „Tarif" in der Vermittlung des Bundesamtes in Köln angerufen und um Rückruf gebeten, wie er später der Bundesanwaltschaft schilderte. Noch am selben Tag habe sich dann „Alex" bei ihm gemeldet und zu einem Treffen wenige Tage später nach Volkach in Bayern eingeladen. Bei diesem Treffen, an dem neben „Alex" zwei weitere BfV-Mitarbeiter teilgenommen hätten, habe der Ex-V-Mann um Schutz für seine Person und eine neue Identität gebeten. „Die BfV-Leute sagten, jetzt warten wir erst einmal ab, ob der Spiegel eine Geschichte über dich macht", erzählte Dolsperg bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft. „Mir ist ferner erklärt worden, dass das BfV Herrn Gude gebeten habe, nicht über mich zu berichten. Und dann war tatsächlich Ruhe."

Hatte das Kölner Bundesamt wirklich Einfluss auf die Berichterstattung des Spiegel genommen? Das Nachrichtenmagazin brachte seinerzeit jedenfalls keinen Artikel über „Tarif". Spiegel-Reporter Gude, der im September 2012 mit dem ehemaligen V-Mann gesprochen hatte, erklärte auf Anfrage, man habe auf Bitten von Dolsperg, der um seine Sicherheit fürchtete, von einer Veröffentlichung abgesehen. Ob sich auch das BfV damals in der Spiegel-Redaktion gemeldet habe, wollte Gude jedoch nicht sagen. „Über vermeintliche oder tatsächliche Rechercheinhalte äußert sich der SPIEGEL aus grundsätzlichen Erwägungen nicht", teilte er mit. Der erste Spiegel-Artikel zu Dolsperg erschien im Februar 2014.

Vier Monate zuvor, am 3. Oktober 2013, hatten die Berliner Zeitung und das mdr-Magazin Fakt die Identität des V-Mann „Tarif" enthüllt. Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hatte zu diesem Zeitpunkt längst seine Arbeit beendet. Wäre Dolsperg bereits früher enttarnt worden, hätte sich der Ausschuss ganz gewiss sehr intensiv mit diesem Vorgang befasst und das BfV in neuerliche Erklärungsnöte gebracht. •

BRAUNZONE

Während sich die in dem extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) verbliebenen Burschenschaften im Juni wie gewohnt in Eisenach trafen, versammelten sich unbemerkt von der Öffentlichkeit in Braunschweig rechtskonservative Ex-DB-Bünde, um weiter an einem neuen Dachverband zu feilen.

Deutsche Burschenschaft light

Rechtskonservativer Burschenschaften-Verband in Gründung

VON LUCIUS TEIDELBAUM

Der geplante neue burschenschaftliche Dachverband ist für stramme Burschenschafter gedacht, die sich fürs Vaterland engagieren wollen, denen aber die „Deutsche Burschenschaft“ zu braun geworden ist.

Eigentlich gibt es mit der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ (NDB) bereits eine bestehende Alternative zur DB, doch scheint die 1996 gegründete NDB für viele der Bünde, die in den letzten Jahren die DB verlassen haben, keine attraktive Alternative darzustellen. Die NDB hatte 2013 22 Burschenschaften in 17 Städten und lässt im Gegensatz zur DB teilweise auch Ausländer als Mitglieder zu. Außerdem sind viele ihrer Mitgliedsbünde nicht pflichtschlagend, d.h. das Fechten einer „Mensur“ (spezielle, verbindungsstudentische Variante eines Duells) ist in den NDB-Bünden häufig keine Pflicht mehr. Die NDB ist sicher ein elitärer und konservativer Männerbund, seine Bünde vermeiden aber allzu völkisch-nationalistische Töne und Kontakte mit politischen Rechtsaußen. Die meisten NDB-Bünde verließen die DB bereits bis Ende der 1990er und Anfang der 2000er. Die erst in den letzten Jahren verbandslos gewordenen Ex-DB-Bünde trugen dagegen den völkisch-nationalistischen Kurs des Dachverbandes in Teilen oft jahrelang mit. In ihren Reihen finden sich auch Mitglieder, die in der extremen Rechten aktiv waren oder sind, und in ihren Häusern traten auch immer wieder einschlägig bekannte Referent/innen aus der extremen Rechten auf.



Die NDB ist den Neu-Aussteigern aus der DB offenbar zu lasch. Die DB dagegen ist ihnen inzwischen zu eindeutig extrem rechts dominiert. Darüber hinaus steht die DB seit Jahren im Fokus öffentlicher Kritik. Das gefährdet Karriere und Ansehen der einzelnen Burschenschafter.

Es geht somit nicht nur um Inhalte, sondern auch ums Image, weshalb Bedarf für einen neuen Dachverband zwischen DB und NDB entstand. Die Pläne dazu reifen bereits seit Jahren. Als Kern des neuen Dachverbandes darf die Ende 2011 entstandene „Initiative Burschenschaftliche Zukunft“ (IBZ) gelten. Diese versuchte eine



Zeit lang die rechtskonservative Minderheit in der DB zu organisieren und band auch bereits ausgetretene Bünde mit ein. Inzwischen haben fast alle IBZ-Mitglieder die DB verlassen. Derzeit gehören der IBZ 35 Mitgliedsbünde an. Wichtig ist, dass es sich bei den meisten der „Flüchtlinge" aus der DB um eher mitgliederstarke Bünde handelt, während viele in der DB verbliebene Burschenschaften eher mitgliederschwach sind. Einem Bund mit 200 „Alten Herren" ist es möglich sich besser zu finanzieren, als einem mit 50 Angehörigen. „Alte Herren" sind Mitglieder einer Studentenverbindung nach dem Studium, die ihrer Korporation gemäß dem vorherrschenden „Lebensbund"-Prinzip weiter angehören und ihn durch Beiträge von mehreren hundert Euro pro Jahr finanzieren. So ist gewährleistet, dass das Verbindungshaus finanziert wird und entsprechend mit dem Angebot von billigem Wohnraum neue Mitglieder „gekeilt" (geworben) werden können. Sollte tatsächlich ein neuer burschenschaftlicher Dachverband aus 40 bis 50 mitgliederstarken Burschenschaften gegründet werden, dann wird hier ein neues Elite-Netzwerk entstehen. Zur Erinnerung: Da Burschenschaften Männerbünde sind, werden Frauen von vornherein von diesem Netzwerk ausgeschlossen sein.

Dem Treffen in Braunschweig waren seit 2012 bereits mehrere Treffen mit bis zu 180 Mitgliedern aus 45 Burschenschaften unter dem Namen „Märzgespräche" vorausgegangen. Diese Gespräche sind eine Erweiterung der so genannten „Deutschlandgespräche", die von 2008 bis 2012 immer um den 3. Oktober herum von drei Burschenschaften in Jena veranstaltet wurden. Jene hatten die DB bis spätestens 2007 verlassen und sehen sich als Erben der in Jena 1815 gegründeten Urburschenschaft, was in traditionsbewussten Burschenschafterkreisen von hoher Bedeutung ist. Zu den „Deutschlandgesprächen" wurden gezielt auch die Bünde der DB eingeladen, die nicht der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft" (BG) angehören. Es wurde also anscheinend bewusst ein Keil in die DB getrieben. Die BG und ihre Freunde sind mehr oder weniger für die extrem rechte Dominanz innerhalb der DB verantwortlich.

Rechtskonservative Töne in Braunschweig

Nun traf man sich erneut im Juni 2014 in Braunschweig zur dritten Verbandsgründungstagung, die sich dem Thema „Freiheit" widmete. Laut Einladung waren der „Jenaischer Burschenschafter Convent" und die IBZ die veranstaltenden Organisationen. Man traf sich auf dem Haus der Braunschweiger Burschenschaft Alemannia (bis 2013 DB) und der Braunschweiger Burschenschaft Germania (bis 2012 DB).

Die vier angekündigten ReferentInnen zeigen, dass der neue „schlagkräftige Verband" vermutlich eine rechtskonservative Ausrichtung bekommen soll: Der Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer kommt aus Duisburg und war Kolumnist des nationallibe-

ralen Magazins „eigentümlich frei" (ef). Der Professor Dr. Harald Seubert aus Nürnberg ist seit 2011 Präsident des deutschnationalen „Studienzentrum Weikersheim", einer ursprünglich am rechten Rand der CDU beheimateten Denkfabrik, und war zeitweise Präsident des monarchistischen „Preußeninstituts". Die ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld ist über eine Zwischenstation bei den Grünen zum rechten Flügel der CDU gewandert. Der Fernsehjournalist Armin-Paul Hampel ist nicht nur ehemaliger Chefreporter der ARD, sondern war auch AfD-Kandidat für die Europawahl und ist AfD-Landeschef in Niedersachsen. Dabei sprach er Klartext: „Andere Parteien wollen Zuwanderung nur, damit die Deutschen in einem großen europäischen Brei aufgehen."[1]

DB-Alternative und die „Alternative für Deutschland"

Nicht nur Hampel[2] als Referent verdeutlicht eine gewisse Nähe zwischen der nationalkonservativen AfD und dem rechtskonservativen Burschenschaften-Verband in Gründung. Auch Lengsfeld hatte Sympathien für die AfD erkennen lassen, trotz ihrer CDU-Mitgliedschaft[3].

Burschenschaften und die AfD scheinen sich zu mögen. Laut ihren Semesterprogrammen traten Joachim Starbatty (heute: AfD-MdEP), Martin Renner (Mitglied im Vorstand von AfD-NRW), Brigadegeneral a. D. Dieter Farwick (AfD-Redner), Beatrix von Storch (heute: AfD-MdEP), Dr. Brigitte Stöhr (stellvertretende Vorsitzende und Pressesprecherin der AfD-Bayern), Dr. Marc Jongen (stellv. Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, EU-Kandidat), Prof. Dr. Gunther Nickel (Chef des AfD-Landesverbandes Hessen) und Alexander Gauland (stellvertretender Vorsitzender der AfD) als RednerInnen in den Häusern von Burschenschaften auf, inbesondere bei den Burschenschaften, die erst in den letzten Jahren die DB verlassen haben. Das fußt wohl vor allem auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Da es in Deutschland kein erfolgreiches Pendant zur FPÖ gibt und vielen Burschenschaftern die NPD zu sehr ‚Nazi' ist und zudem ein Karrierekiller, empfiehlt sich neuerdings die AfD als politische Alternative für diejenigen, für die die CDU zu ‚sozialdemokratisch' geworden ist. Eine Partei rechts von der CDU, die wie die Burschenschaften angetreten ist, um Deutschland zu retten („Mut zu Deutschland!"). Hier findet zusammen, was inhaltlich auch zusammengehört. Die stark marktradikale Ausrichtung der von Ökonomie-Professoren wie Bernd Lucke geführten Partei verbindet sich gut mit dem elitären Selbstanspruch der Burschenschaften.

Das scheint besonders für die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland" (JA) zu gelten.

In den Reihen der AfD und der JA finden sich deswegen nicht zufällig Burschenschafter und andere Verbindungsstudenten. Ein Beispiel wäre Benjamin Nolte, der kurzzeitig von Februar bis März 2014 stellvertretender JA-Vorsitzender war, aber nach dem Bekanntwerden seiner Mitgliedschaft bei der berüchtigten Burschenschaft Danubia München und seiner rassistischen Tat — er hatte 2009 in Eisenach Mitgliedern der Alemannia Köln in Anspielung auf deren schwarzes Mitglied eine Banane überreicht — , musste Nolte sein Amt aufgeben, ist aber offenbar weiterhin einfaches Mitglied. Ein weiteres Beispiel wäre Christoph Basedow, ein Beisitzer im Landesvorstand der AfD Mecklenburg-Vorpommern, der auch 2014 auf Platz 1 der Rostocker AfD-Liste zur Wahl der Bürgerschaft kandidierte. Basedow ist Mitglied der Burschenschaft Redaria-Allemannia Rostock und war für diese ab dem 1. Januar 2012 Sprecher der DB. Inzwischen hat die Redaria der DB den Rücken gekehrt. Auch der aktuelle DB-Sprecher von der Dresdner Burschenschaft Cheruscia, Gordon Engler, engagiert sich bei der AfD. Er ist Mitglied des Dresdner AfD-Kreisvorstandes und kandidierte erfolgreich in Dresden für die AfD bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014.

Doch es müssen nicht nur Burschenschafter sein. Sven Tritschler aus Köln ist Mitglied im Landesvorstand der AfD NRW, Vorsitzender der JA NRW und Mitglied der Sängerschaft Leopoldina Breslau zu Köln, zu deren Haus auch die Adresse der JA NRW führte, wie ein Artikel der Wochenzeitung „Der Freitag" thematisiert[4]. Tritschler hatte sich zuvor als Bundesvorsitzender des nationalliberalen „Stresemann-Clubs" betätigt und hat nun offenbar in der AfD seine neue nationalliberale Heimat gefunden.

Fazit: Auch light ist schädlich

Rechtskonservative — sie bezeichnen sich selber gerne als „wertkonservativ" — Burschenschaften sind auf dem besten Weg, einen neuen Dachverband zu gründen. Es handelt sich dabei um eine Art DB light. Die vierte Verbandsgründungstagung der rechtskonservativen DB-Abtrünnigen ist für Oktober in München angesetzt. Die Gründung soll voraussichtlich 2015 vonstatten gehen, vermutlich am 12. Juni, zum 200. Jahrestag der Gründung der Urburschenschaft in Jena.

Die Verhältnisse in der AfD sind bei weitem noch nicht so weit, wie in der Burschenschafter-Partei FPÖ, aber die AfD ist als Rechtsaußen-Partei mit elitärer, bildungsbürgerlicher Kader-Dominanz mit marktradikalen Vorstellungen durchaus für die Angehörigen von elitären Männerbünden attraktiv. Diese könnten der Partei ein weiteres akademisches Rückgrat verpassen, was aber stärker deutschnational eingestellt ist, als die Professoren-Riege.

Während sich NPD und DB munter weiter ins Aus manövrieren, ist die AfD erfolgreicher und bei der kommenden DB light steht ähnliches zu befürchten. Ein Neonazi-Vorwurf greift bei beiden zu kurz, ja wäre falsch und ist auch unnötig. Doch bei beiden bleibt noch genügend Kritikwürdiges übrig: Antifeminismus, Homophobie, Nationalismus, Sozialchauvinismus etc..

Es ist letztlich wie mit Zigaretten, auch die Light-Marken schaden langfristig. Darauf muss aber erst einmal hingewiesen werden. •

1 Zitiert nach: Jan David Sutthoff: 4 Gründe, warum die AfD nun noch unwählbarer ist, HuffPost, 24/03/2014, www.huffingtonpost.de/2014/03/24/afd-unwaehlbar_n_5020087.html
2 Am 19. September war Hampel für die Moderation einer Veranstaltung des Iburger Salons im AfD-Kreisverband Osnabrück vorgesehen, bei dem Thilo Sarrazin einen Vortrag hielt. 3 CDU-Politikerin Lengsfeld unterstützt die AfD, Handelsblatt, 24.05.2013, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/alternative-fuer-deutschland-cdu-politikerin-lengsfeld-unterstuetzt-die-afd/8245342.html 4 Die Junge Alternative und Burschenschaften, Freitag, www.freitag.de/autoren/tobias-raff/die-junge-alternative-und-burschenschaften

BRAUNZONE

Polemiken gegen den „Genderismus" und „political correctness" sind nicht neu, zeugen aktuell jedoch davon, wie ein aggressiver Antifeminismus versucht, politisch an Einfluss zu gewinnen.

Antifeministische Allianzen

VON JULIANE LANG UND ULRICH PETERS

Am 22. Juli 2011 tötete der Rechtsterrorist Anders Behring Breivik aus Norwegen mit einem Bombenanschlag in Oslo acht Menschen und erschoss im Anschluss daran 69 Personen auf der Insel Utøya. Richtete sich sein Fokus bei diesen Taten vordergründig auf staatliche Repräsentant_innen und Teilnehmer_innen eines Zeltlagers einer sozialdemokratischen Jugendorganisation, verdeutlicht der Blick in ein von Breivik verfasstes und kurz vor dem Attentat verschicktes Manifest Einsichten in einen extremen Antifeminismus. Er macht darin u.a. „den Feminismus" als die Bedrohung einer zu verteidigenden westlichen Welt aus und spricht von einer „Feminisierung der europäischen Kultur" sowie dem „radikal-feministischen Angriff auf unsere Werte." Seiner Ansicht nach „hänge das Schicksal der europäischen Zivilisation davon ab, wie standhaft europäische Männer dem politisch korrekten Feminismus widerstehen."

Der „Kampf gegen Feminismus" äußert sich nicht immer so drastisch wie am Beispiel Breivik. AntifeministInnen bedienen sich unterschiedlichster Strategien und Aktionsformen im Ringen um gesellschaftlichen und politischen Einfluss. Deutlich wird dabei aber, dass Antifeminismus einen gemeinsamen ideologischen Bezugsrahmen mit Schnittmengen zwischen Konservatismus, religiösem Fundamentalismus und der extremen Rechten bietet. Diese inhaltlichen Übereinstimmungen führen nicht zwangsläufig zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit, dennoch erlauben sie eine gegenseitige Bezugnahme. Auch nutzen antifeministische AkteurInnen die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) für ihre Veröffentlichungen oder finden sich auf diversen Veranstaltungen, wie jüngst bei den Protesten gegen die Lehrpläne für sexuelle Vielfalt (siehe AIB Nr. 103) oder den „Märschen für das Leben", zusammen.

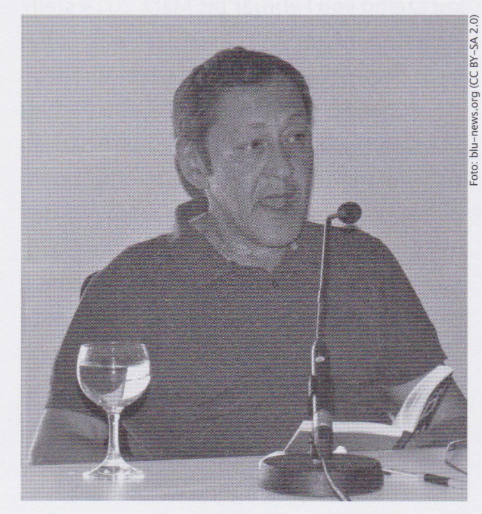


Foto: blu-news.org (CC BY-SA 2.0)

Akif Pirinçci beim Deutschen Sudetentag 2014 in Augsburg

Die Aufwertung des Selbst

Eine solche Gemengelage zeigt sich aktuell in der Auseinandersetzung um den Schriftsteller Akif Pirinçci. Dessen im März 2014 veröffentlichtes Buch „Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer" löste eine erneute Debatte um Integration und den gesellschaftlichen Zustand in Deutschland aus. Türkân Kanbıçak fasst den Inhalt treffend zusammen: „Kein Stammtischthema wird ausgelassen. Denunziativ, kulturrassistisch, homophob, frauenfeindlich und voller Menschenverachtung beschwört er den ‚gegenderten' deutschen Mann, nun endlich wieder ein ‚richtiger Mann' zu werden, seine Angst abzulegen und sich von historischer Schuld zu befreien! Und all dies in obszöner, vulgärer, sexualisierter Sprache, damit ihn auch jeder versteht."[1] Und doch kursierte das Buch, das im für rechtslastige Veröffentlichungen bekannten Manuscriptum-Verlag erschien, über Monate hinweg auf den Bestsellerlisten. Zwar konnte der Autor keine mit der „Sarrazin-Debatte" vergleichbare Präsenz erzielen, dennoch erfreuten sich RassistInnen und deren Internetseiten wie pi-news über dessen Auslassungen, haben sie mit dem in der Türkei geborenen Pirinçci nun endlich wieder einen „authentischen" Kritiker, dem eine Plattform geboten werden kann. Die NPD-Stadtratsfraktion aus Eisenach nahm die Veröffentlichung zum Anlass, Pirinçci für den Preis „Das unerschrockene Wort" vorzuschlagen. Die dahinterstehende Strategie wird deutlich, wenn der Fraktionsvorsitzende Patrick Wieschke diese Entscheidung begründet: „Das Buch ist eine scharfe Abrechnung mit der verordneten politischen Korrektheit, für die man einen Deutschen wie mich sicherlich wieder wegen sogenannter Volksverhetzung abgeurteilt und verfolgt hätte."[2] Pirinçcis extremer Frauenhass, der sich aus einer Überhöhung von Männlichkeit und aggressivem Sexismus speist, fand ebenso schnell Anklang in der antifeministischen Männerrechtsbewegung. In einem Interview auf dem Blog „Männerstreik" äußert er sich u.a. zum Gender Mainstreaming: „Gender Mainstreaming ist ein von geisteskranken und faulen Lesben,

die komplett vom Staat alimentiert werden, erfundener Scheißdreck, der nur einen Zweck verfolgt: Das Männliche aus der Welt zu schaffen. [...] Wenn man sich die Protagonisten und Ikonen der Gender Mainstreamings (alle Lesben) genauer ansieht und ihre Schriften liest, geht es in Wahrheit nur um Homosexualität [...]. Die Eliminierung des traditionellen Familienmodells und der Heterosexualität sind das oberste Ziel."[3] Diese Polemik ist nicht neu, fällt jedoch durch eine drastische Rhetorik auf, wie sie sonst eher in der scheinbaren Anonymität des Internets gepflegt wird.



Birgit Kelle auf der Demo für Alle (Familienschutzdemo am 28.6.2014 in Stuttgart)

Shitstorms

Aktuell ist eine Universitätsprofessorin Zielscheibe von Anfeindungen. Die Soziologin veröffentlichte ein Buch, in dem zeitgemäße Formen von Sexualpädagogik vorgestellt und diskutiert werden. Selbstbestimmte Sexualität oder die Suche nach Lebens- und Beziehungsentwürfen außerhalb der heterosexuellen Norm wirken für AntifeministInnen bedrohlich genug, um aggressiv in die Offensive zu gehen. Nachdem die Antifeministin Birgit Kelle bereits Anfang des Jahres im öffentlich-rechtlichen Fernsehen „gegen die Genderisierung unserer Gesellschaft, gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder in der Schule und insbesondere für die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern" polemisierte und dabei Bezug nahm auf das bereits 2008 erschienene Buch, veröffentlichte Pirinçci im Juli diesen Jahres einen Facebook-Eintrag dazu, der eine Vielzahl persönlicher Beleidigungen aber auch Mord- und Vergewaltigungsaufrufe gegen kritische Wissenschaftler_innen und die sich mit ihnen Solidarisierenden nach sich zog. Diese Art „shitstorm", als Instrument der Einschüchterung, ist exemplarisch für Strategien von AntifeministInnen gegen ihre Gegner_innen vorzugehen. „Es geht nicht darum, mit Argumenten zu gewinnen, sondern darum, die Sympathisant_innen mit einem symbolischen Code zur Gewalt anzustacheln, ihre emotionale Zuneigung zu gewinnen und dem Gegner dauerhaften Schaden zuzufügen. Das Ziel ist der absolute Sieg („ultimate conquer"); die Identität des Gegenübers oder sogar die Person soll zerstört werden."[4] Ein Sexualwissenschaftler, der sich nach einem offenen Brief ähnlich wüsten Beschimpfungen und persönlichen Diffamierungen ausgesetzt sah, erwirkte eine einstweilige Verfügung vor dem Landgericht Berlin: im Fall weiterer Beleidigungen droht Pirinçci ein Ordnungsgeld von 250.000 Euro oder alternativ Ordnungshaft. Pirinçci selbst kündigt derweil ein Buch zum „Genderismus" an.

Rassistische und nationalistische Ressentiments

Die in ihrem Verbalfäkalismus kaum zu überbietenden Angriffe, die sich zuletzt gegen kritische Wissenschaft richteten, führten zugleich zu einer Reihe an Solidarisierungen von Seiten unterschiedlicher Verbände und Fachgesellschaften. Dabei positionierten sich diese gegen den homophoben und frauenfeindlichen Charakter der Angriffe, aber auch offen gegen Rassismus: So benennt etwa die Fachgesellschaft Gender Studies, dass in den Angriffen „nicht nur frauenfeindliche, homo- und transphobe Positionen vertreten, sondern auch gezielt rassistische und nationalistische Ressentiments geschürt"[5] werden. Der Fachverband „Gender_Diversity" verweist darauf, dass die Angriffe „nicht zufällig vielfach positive Aufnahme und Parallelen in politisch rechts bis extrem rechts gerichteten Foren und Positionen finden"[6]. Während die neonazistische Rechte zur Debatte schweigt, ist es die JF, die in den Veröffentlichungen ein ‚Vordringen' eines von ihnen ausgemachten „Genderismus" erkennt. „Diese Doktrin", so heißt es, „ist wider die Vernunft und widerspricht der wahren Anthropologie. Hinter ihr gibt es keine relevante Bürgerbewegung. Der Genderismus ist im wesentlichen ein Produkt von Lobbyarbeit und Medienkampagnen"[7]. In anti-etatistischer Manier inszeniert sich die extreme Rechte als Anwältin der breiten Massen und erhofft sich im Antifeminismus milieuübergreifenden Anschluss an konservative und christlich-fundamentalistische AkteurInnen. •

Juliane Lang ist u.a. im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus aktiv. **Ulrich Peters** ist im Redaktionskollektiv des Antifaschistischen Infoblatt tätig.

1 www.migazin.de/2014/05/02/rezension-akif-pirincci-deutschland-von-sinnen 2 „NPD-Fraktion Eisenach: Türkischer Buchautor für Couragepreis vorgeschlagen", Bericht auf der NPD-Homepage vom 19.07.2014. 3 http://maennerstreik.wordpress.com/2014/03/22/interview-mit-akif-pirincci-zur-veroffentlichung-von-deutschland-von-sinnen-der-irre-kult-um-frauen-homosexuelle-und-zuwanderer 4 Rosenbrock, Heinrich (2012): Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Heinrich-Böll-Stiftung. Band 8 der Schriften des Gunda-Werner-Instituits. Berlin. S. 43. 5 www.fg-gender.de/wp-content/uploads/2014/07/stellungnahme_fg_gender_230714.pdf. 6 Fachverband Gender_Diversity — Fachverband für gender-kompetente Bildung und Beratung e.V.: www.gender-diversity.de/de-de/infosaktuelles.aspx. 7 Junge Freiheit, 04.03.2014, http://jungefreiheit.de/kolumne/2014/dekonstruktion-der-geschlechter-eine-doktrin-gegen-die-vernunft/.

BRAUNZONE

Ist Steffen Königer der Mann des Wahlabends in Brandenburg? Im Fernsehen war der frischgewählte brandenburgische Abgeordnete der „Alternative für Deutschland" (AfD) neben Bernd Lucke zu sehen. Den ehemaligen „Mister Brandenburg" portraitieren Medien als konservativen Jungunternehmer. Königer war einmal Redakteur der Wochenzeitung Junge Freiheit. Nicht nur am Wahlabend war die Wochenzeitung ganz dicht an der Partei dran.

Streitfall AfD

Die JF als Sprachrohr der AfD

„Durchbruch!" titelte die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) bereits nach dem Erfolg der AfD in Sachsen. Seit deren Gründung betätigt sie sich als publizistischer Multiplikator der Partei und begleitet die Entwicklung der AfD von Beginn an mit Interviews, Analysen und Berichten. Bereits im Herbst 2010 hatte die JF angesichts des Aufschwungs rechter Eurokritiker und des Erfolges des ersten Sarrazin-Buches unter dem Titel: „Jetzt kommen die Konservativen!" von einer Aufbruchstimmung im rechtskonservativen Milieu gesprochen. JF-Chefredakteur Dieter Stein sah die Chance, der Union die Deutungshoheit über den Konservatismus von rechts streitig zu machen. Wieder einmal. Denn in den zurückliegenden fünfundzwanzig Jahren gab es keinen Versuch rechts der Union eine Partei zu gründen, in welchem die JF nicht den Vorschein eines Aufbruchs von rechts zu erkennen glaubte. Ob Republikaner, Schill- oder Stattpartei oder der vom ehemaligen FDP-Politiker Manfred Brunner gegründete nationalliberale „Bund freier Bürger"; alle diese Projekte wurden von der JF wohlwollend begleitet und scheiterten.

Seit Gründung der AfD 2013 berichtet das Blatt nun intensiv über deren Prozess der politischen Selbstfindung. Der emphatische Zuspruch der JF ging manchen Lesern offenbar zu weit. Der Vorwurf: die Zeitung agiere inzwischen als Parteiblatt der AfD. In der Tat: bei rechtskonservativen Themen kann die JF als Stichwortgeberin der AfD gelten. Es klingt absurd; mit der Selbstverortung als „christlich" und „konservativ" im Redaktionsstatut ist die JF Richtung Mitte gerückt und hat essentielle Positionen der sogenannten „Neuen Rechten" aufgegeben. Zwar finden sich im Feuilleton der Zeitung nach wie vor Debattenbeiträge, die ihre an Carl Schmitt und dem antidemokratischen Jungkonservatismus der Weimarer Republik geschulte Argumentation nicht verhehlen. Doch im Politikteil der JF dominiert der pragmatisch-konservative Zugriff auf tagespolitische Fragen. Stein ist entschlossen, seine Zeitung aus der elitären jungkonservativ-burschenschaftlichen Nische zu führen. Seit dem Ende des Rheinischen Merkur müht sich die JF erklärtermaßen um dessen geistige Erbschaft. Offenbar mit Erfolg. Seit Jahren steigt die Auflage der JF, freilich von einem geringen Niveau kommend, kontinuierlich.

Streit um den Kurs der Jungen Freiheit

„Wie hältst du es mit der AfD?", angesichts der Wahlerfolge der Partei wird der Ton in dieser Frage im rechtsintellektuellen Milieu schärfer. Die Option realpolitischen Engagements erscheint dem rechten „Institut für Staatspolitik" (IfS) verdächtig. Die AfD erscheint ihnen zu lau. Seit längerem wird der Kurs des Blattes im IfS mit Misstrauen verfolgt. Der mit Stein biographisch eng verbundene Verleger der „Edition Antaios", Götz Kubitschek, bis 2008 organisatorischer Kopf des IfS, sieht sich von der JF isoliert. War die JF früher ein zuverlässiger Multiplikator der Tagungen und Publikationen des IfS, herrscht nun Eiszeit, seit ein Bericht über die rechte Buchmesse „Zwischentag" 2013 erschien, der deren politisches Sektierertum kritisierte. Seitdem wird in der Zeitung offenbar weder für Tagungen des IfS, noch für Bücher der Edition Antaios geworben. Mit keiner Zeile wird der diesjährige „Zwischentag" erwähnt. Der Verlust der JF als Forum dürfte dem IfS-Verlag einen Umsatzverlust bescheren. Dass sich die Wege der Projekte von Stein und Kubitschek trennten, mag auch dem Vorgang geschuldet sein, dass Stein den Einzug der Berliner Dependence des IfS in jenes Haus hintertrieben haben soll, in dem auch die der JF nahestehende „Bibliothek des Konservatismus" ihren Sitz hat.

Rechtsintellektuelle Optionensuche

In der Frage des Umganges mit der AfD kumulieren nun verschiedene Konfliktstränge innerhalb der rechtsintellektuellen Szene. Deutlich wurde dies im Frühjahr 2013 in einem Streitgespräch zwischen Kubitschek und Stein, welches sich im Sonderheft der IfS-Zeitschrift „Sezession" zum Thema AfD fand. Darin positionierte sich Stein klar für die AfD als eine realpolitische Option rechts der Union. Kubitschek hingegen favorisierte damals vehement die „Identitären" als Hoffnung auf eine rechte Graswurzelbewegung. Er erneuerte hier jene Argumente, die sich bereits in einer im Jahr 2007 vom IfS herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Parteigründung von rechts — Sind schlanke Strukturen möglich?" fanden. Darin begründeten die IfS-Autoren ihre kriti-



v.l.n.r.: Die AfD-PolitikerInnen Konrad Adam, Frauke Petry und Bernd Lucke

sche Haltung gegenüber Parteigründungsversuchen rechts der Union. Die Erfahrung mit rechten Parteigründungen der letzten Jahrzehnte habe gezeigt, dass deren Opposition gegen die fortschreitende gesellschaftliche Nivellierung rechter Politikessentials vom parlamentarischen Betrieb absorbiert und restlos aufgesogen würden. Jene jungkonservative Elite, welche IfS-Autoren für eine langfristige Diskursführerschaft berufen sehen, würden in den Apparaten in Parteien und Parlamenten inhaltlich verschlissen und blieben ohne politische Wirkung. Diese Befürchtung hegt das Institut für Staatspolitik nun in Bezug auf die AfD. Die Partei werde, so Kubitschek, mittelfristig dem Konformitätsdruck des Politikbetriebes ihre Inhalte opfern. „Eine Partei [...] hat Erfolg und macht Politik nach den Gesetzen, denen jede Partei unterworfen ist: [...] Postenpolitik im Innern, Abschwächung aller [...] Positionen im selben Moment, da eine Teilhabe an der Macht in Aussicht steht [...]. Oligarchisierung und Korrumpierung [...] durch den Staat, [...] Teilhabe am politischen Theater innerhalb jener post-demokratischen Zeit, in der keine wesentliche Entscheidung mehr von einer Partei getroffen wird.“[1] Nach den Wahlerfolgen in Thüringen und Brandenburg scheint Kubitschek diese Haltung zu relativieren. Der in Ostdeutschland nun in die Parlamente einziehende rechte Flügel der Partei sei Anlass für die Hoffnung, dass dieser im parteiinternen Flügelstreit auch im Westen die Richtung vorgeben und sich gegen die ordoliberale Strömung durchsetzen könne. In der Partei ringen verschiedene Strömungen um die Vorherrschaft. In den Wochen vor den Wahlen hatten Vertreter des ordoliberalen Flügels der AfD das Handtuch geworfen.

Der Abgang Karlheinz Weissmanns

Kern der Kontroverse zwischen JF und IfS im Umgang mit der AfD ist die Frage, ob das Engagement in einer rechten Partei eine reale Chance zur Veränderung der politischen Kultur birgt. Die Frage nach den Handlungsoptionen scheint für die Ausrichtung des IfS so essentiell zu sein, dass der Vordenker des Instituts im Frühjahr 2014 seinen Austritt aus diesem erklärte, und in der AfD-Debatte für die JF Partei ergriff. Über mehr als ein Jahrzehnt hinweg war Weissmann der unangefochtene intellektuelle Kopf des Instituts und stilisierte Erbe Armin Mohlers. Doch offenbar erschien Weissmann die Praxis des Instituts zunehmend als die eines ästhetisierenden politischen Sektenwesens, denn als Basis flexibler rechter Politikoptionen. Weissmann begegnet der AfD mit kühlem Pragmatismus. Aus seiner Sicht erfüllt die Partei nicht alle ideologischen Ansprüche des rechtsintellektuellen Milieus, teile jedoch deren weltanschauliche Grundorientierung, und biete die Chance, die eigenen Inhalte einem breiten Publikum zu servieren. Der Abgang Weissmanns ist ein Verlust, den das IfS nicht einfach kompensieren kann. Kubitscheks Plädoyer für die Sammlung der eigenen Klientel als Vorbereitung auf den „Ausnahmezustand“ eines angeblich unausweichlich kommenden „ethnischen Bürgerkrieges“, steht der Pragmatismus eines Karlheinz Weissmanns entgegen, dem es darum geht, den Resonanzraum eines „konservativen Minimums“ in jener Lücke im Parteienspektrum auszuloten, welche der Modernisierungskurs der Merkel-CDU hinterlassen hat.

Die burschenschaftlich sozialisierte rechtsintellektuelle Bohéme um den „Blaue Narzisse“-Gründer Felix Menzel, die im Wahlkampf der sächsischen AfD offenbar einen Teil der organisatorischen Hintergrundarbeit leistete, wird sich vielleicht schon bald zwischen einem Platz an den parlamentarischen Fleischtöpfen zum Preis politischer Loyalität zur AfD oder einer Fortsetzung rechtsintellektueller Netzwerkarbeit entscheiden müssen. •

1 Vgl. www.sezession.de/40480/die-afd-resonanzboden-energiepumpe-partei.html

ANTIFA

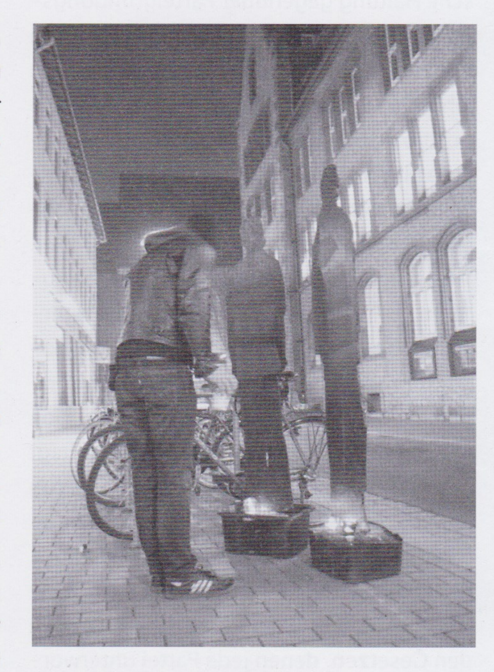
Antifaschistische Geschichtspolitik ist wichtiger denn je. In Zeiten, in denen es von 1998 bis 2005 unter Rot-Grün einen postulierten staatlichen Antifaschismus in der BRD gegeben hat und die Rolle der antifaschistischen Bewegung dadurch uneindeutig wurde. In Zeiten, in denen spätestens zur Fußballweltmeisterschaft der Männer 2006 eine Kampagne betrieben wurde, in denen die deutsche Bevölkerung wieder ein positives Bewusstsein zur deutschen Nation entwickeln sollte. Und in Zeiten, in denen letzte ZeitzeugInnen des deutschen Faschismus als authentische VermittlerInnen jener Zeit sterben.

Antifaschistische Geschichte sichtbar machen!

EIN BEITRAG DER ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN INTERNATIONAL

Wie der Begriff es schon sagt, gründet antifaschistische Politik per se auf einem historischen Bezug zum Antifaschismus der 1920er und 1930er Jahre, der sich gegen den aufkommenden Faschismus in Deutschland und Europa entwickelt hat. Es ist an uns, diese Geschichte als die unsere zu begreifen, kritisch zu hinterfragen und für unsere gegenwärtigen Kämpfe fruchtbar zu machen. Fast 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus in Europa stehen wir vor der Herausforderung, antifaschistische Geschichte zu vermitteln. Dieser Aufgabe müssen sich antifaschistische Strömungen in ganz Europa stellen. In Deutschland stehen wir im Land der TäterInnen dabei vor besonderen Herausforderungen. Als lokal verankerte Gruppe versuchen wir in Göttingen geschichtspolitische Debatten anzustoßen und zu beeinflussen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass wir bundesweit antifaschistische Politik neu ausrichten müssen. In den nächsten Jahren wird sich unserer Einschätzung nach die Identität antifaschistischer Politik zwangsläufig verändern, sobald es keine ZeitzeugInnen des deutschen Faschismus mehr gibt. Nicht zuletzt verweisen die immer größer werdende Schwäche bzw. die Auflösung von bundesdeutschen Antifagruppen auf diese drängenden Aufgaben und Fragen.

Wir nehmen uns als Gruppe seit 2005, seit dem 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus, antifaschistischer Geschichtspolitik an. 2010 haben wir uns mit der Geschichte der deutschen ArbeiterInnenbewegung zwischen 1918 und 1945 beschäftigt. Dabei haben wir den Blickwinkel antifaschistischer WiderstandskämpferInnen, die in Deutschland aktiv waren, eingenommen. 2011 erweiterten wir diesen um eine internationalistische Perspektive, indem wir in Göttingen die Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ vom Rheinischen JournalistInnenbüro präsentierten und entsprechende inhaltliche Auseinandersetzungen initiierten. 2012 lenkten wir unseren Blick auf die lokale antifaschistische Geschichte in Göttingen. Wir führten historische, regionale Recherchen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Göttingen durch. Dabei stellten wir kommunistische Strukturen und Aktivitäten in den 1930er Jahren in den Mittelpunkt. Diese Geschichte wird in den bisherigen lokalpolitischen Diskussionen kaum gewürdigt. 2013 fingen wir an, uns mit der Vermittlung antifaschistischer Geschichte zu beschäftigen und probierten verschiedene Aktionsformen und Medien dafür aus. Unsere geschichtspolitischen Vorschläge sind:



Begegnung mit den letzten lebenden ZeitzeugInnen organisieren

In diesen Jahren bieten sich die wahrscheinlich letzten Gelegenheiten der Begegnung mit den ZeitzeugInnen des historischen antifaschistischen Widerstands. 2012 führten wir ein öffentliches Gespräch mit Karin Rohrig, deren Großeltern Karl und Louise Meyer in den 1920-40er Jahren als KPDlerInnen und Rote HelferInnen in Göttingen aktiv waren. Von Karin erfuhren wir, dass Karl Meyer während seiner Verhaftung



1935 noch einen Geldboten der Roten Hilfe, der auf dem Weg zu Meyers Wohnung war, mit einem Zeichen warnen konnte. Karins Großmutter Louise und ihre Mutter Else hielten 1945 den Kommunisten Willy Eglinsky in ihrer Scheune versteckt, nachdem er aus dem KZ Buchenwald geflohen war. Karin erinnerte sich, wie sie als Kind damals die Scheune nicht betreten durfte. Von einem jüngeren Zeitzeugen wissen wir, dass Eglinsky nach dem Faschismus Gewerkschaftszeitungen vor Göttinger Werkstoren verteilt hat. Als ZeugInnen der ZeitzeugInnen ergibt sich für uns durch solche Puzzlestücke ein größeres und v.a. lebendigeres Bild, als nur durch trocken geschriebene Worte.

Authentische Orte der Erinnerung und des Gedenkens gestalten

In Göttingen entwickelt sich seit 2012 eine konstruktive Diskussion um die Würdigung antifaschistischer WiderstandskämpferInnen im öffentlichen Stadtbild. Speziell geht es um die heutige Stadtbibliothek in der Gotmarstraße 8. In diesem Gebäude residierte während des deutschen Faschismus u.a. die Polizei. Über 100 AntifaschistInnen, u.a. Karl und Louise Meyer, wurden in das Gebäude verschleppt und z.T. von hier weiter in KZs deportiert. Karl und Louise wohnten nur drei Häuser von der damaligen Polizeiwache entfernt. Im Keller der Wache befand sich auch der Luftschutzbunker für die umliegenden Straßenzüge. Die Meyers trauten sich wegen der Bedrohung durch die Polizei nie hinein — nur einmal, als tatsächlich ein Granatsplitter die Wohnung der Meyers traf und in Louises Nähmaschine stecken blieb.

Die öffentliche Lage des Gebäudes bietet sich für einen regionalen Erinnerungsort zum antifaschistischen Widerstand an. Bei einer Gestaltung dieses Ortes, an dem wir mitwirken, ist es uns wichtig, dass Namen und Zusammenhänge benannt werden, damit historische Tatsachen nicht hinter nichtssagenden Formulierungen verwischt werden, wie es oft der Fall ist.

Die eigene Bewegungsgeschichte recherchieren und aufbereiten

Um authentische Orte der Erinnerung gestalten zu können, muss die Geschichte dazu auch bekannt sein und mit Leben gefüllt werden. Zur Geschichte des ehem. Polizeigefängnisses liegen erst Informationen vor, seitdem wir sie aufgespürt haben. Wir recherchierten, indem wir verschiedene Stadt-, Landes-, Staats- und Bundesarchive kontaktierten und dort Polizei-, Entschädigungs- und Meldeakten durcharbeiteten. Wir wälzten alte Adress- und Telefonbücher. Seitdem können wir fundierte Einschätzungen zur Qualität des Widerstands geben. So waren KommunistInnen die einzigen in der Göttinger ArbeiterInnenbewegung, die sich bewaffnet haben. Aus Akten wissen wir, dass die drei KPDler Gustav Kuhn, Gustav Weiss und Adolf Reinicke eine selbstgezimmerte Waffenkiste vergruben. Das Geld dafür hatte Kuhn noch aus seiner Zeit als Rote-Hilfe-Kassierer übrig. Zumindest auf der regionalen Ebene können durch eigene Recherchen neue Widerstandsgeschichten erzählt werden.

Medien für die Zukunft entwickeln

Welches sind die Medien, die zukünftige Generationen nutzen werden? Wir videografieren nicht nur unsere ZeitzeugInnenverstanstaltungen, sondern haben auch selbst Video- und Audiodateien produziert, die wir bei einer geschichtspolitischen Kunstaktion einsetzten: Das ehemalige Stadthaus versetzten wir durch bewegte Silhouetten in die Vergangenheit und bereiteten exemplarische Biographien von ehemaligen gefangenen AntifaschistInnen durch gleichzeitig realistische und fiktionale Biographien auf, die wir mit Musik untermalt im öffentlichen Raum abgespielt haben: „Mein Name ist Adolf Reinecke. Ich war als Kommunist ziemlich bekannt in Göttingen. Ich brannte für die Sache, wollte nichts unversucht lassen, gegen die Nazis zu kämpfen. Ich hasste sie (...). Wir wollten bereit sein, wenn es an der Zeit sein würde, es ernsthaft mit den Nazis aufzunehmen. Den Zeitpunkt haben wir verpasst. (...) Ich komme ins KZ Sachsenhausen und friste dort mein Leben bis zur Befreiung durch die Sowjets. An meine Frau Frida schreibe ich 1942 aus dem Konzentrationslager: ‚... nichts ist gestattet, das einzige, was man hier darf und was gestattet ist, ist sterben.‘ Tausende sterben um mich herum. Aber ich schaffe es, zu überleben."

Wir hoffen, durch unsere Vorschläge und Beispiele weitere Diskussionen in der radikalen Linken um antifaschistische Geschichtspolitik führen zu können — nächstes Jahr, 2015, jährt sich die Befreiung vom Faschismus zum 70. Mal und sollte Anstoß dazu geben. •

Weitere Infos und Kontakt:

www.ali.antifa.de | www.inventati.org/ali | ali@inventati.org

GESELLSCHAFT

Bunt und entspannt

Die Ideologie des deutschen „Post-Nationalismus"

VON SEBASTIAN FRIEDRICH

Es dürfte hierzulande wohl ausreichen, „vierundfünfzig" zu sagen, um bei den meisten Menschen den gleichen Film zu starten: „Aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen. Rahn schießt. Tor." 1954 durfte Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals wieder an einer WM teilnehmen — und wurde zum ersten Mal Fußball-Weltmeister. Der Triumph war Grundstein für den deutschen Nationalmythos der Nachkriegszeit. „Das Wunder von Bern" war Balsam für die Seelen, denn „man war wieder wer". Man war das Wohlstandswunder-Land mit Alleinernährer-Modell, in dem scheinbar alle im Sommer nach Italien fuhren, die Väter Samstagnachmittag ihre Autos wuschen — und viele einfache Arbeiter nicht zuletzt aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes auf Kosten weitgehend prekär beschäftigter Arbeitsmigrant_innen aufstiegen. Es dominierte die Vorstellung von Deutschland als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft", in denen das Leben zwar etwas eintönig, der Wohlstand aber relativ vorhanden und die Arbeitsplätze samt Zukunftsplanungen sicher waren. Mit Politik und auch mit dem expliziten Bezug auf die Nation hatte man es freilich nicht so. Es lässt sich nicht so unbeschwert Fahneschwenken, wenn die Frage gestellt werden könnte, wo man denn so gut Schwenken gelernt habe. Alles in allem war es ein gediegener deutscher Fußball-Nationalismus: weiß, deutsch, männlich, spießig und verklemmt zurückhaltend.

Die WM 2006, als die „Welt zu Gast bei Freunden" war, ist gewiss nicht die Geburtsstunde des heiteren Partypatriotismus. Geschwenkt wurde bereits 1990 eifrig, Public Viewing gab es im größeren Maße auch schon 2002, aber die WM im eigenen Land war zweifelsohne die Reifeprüfung für einen entspannten Umgang mit der Nation. Noch konnte dieser entkrampfte Nationalismus seine volle Kraft nicht entfalten. Der Nationalmythos war noch weitgehend frei von deutschen (Wirtschafts-)Großmachtphantasien, was wesentlich auf die sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Krise befindende Wirtschaftskraft Deutschlands zurückzuführen sein dürfte. Auch war der Arbeitsmarkt noch nicht auf dem heutigen Niveau „reformiert". Anders im Jahr 2014, in dem die goldene Generation endlich den Titel geholt und damit das Sommermärchen 2006 vollendet hat — und schon wird fleißig an einem neuen Nationalmythos gearbeitet.

Wenig überraschend wurde der WM-Sieg sofort verallgemeinert. In der Berliner Morgenpost betonte Hajo Schumacher am Tag nach dem WM-Sieg, dieser sei ein typisch deutsches Produkt, „zu verdanken dem Beharrungsvermögen einiger unerschrockener Köpfe". Der Erfolg zeige: „Wer gut ist, der kann hier was werden, wenn viele daran glauben und mitarbeiten. Dieser Geist ist mehr wert als jede Trophäe." Es ist der neue Geist des deutschen Nationalmythos, der sich hier zeigt: Deutschland ist die Nation der Leistungsgesellschaft, in der alle alles schaffen können, sofern sie es richtig wollen. Die hier zum Ausdruck kommende Leistungsideologie ist kein Novum, doch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war sie so eng verbunden mit dem nationalistischen Diskurs. Und noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik befand sich Deutschland wirtschaftlich und politisch weltweit und vor allem in Europa in solch hervorragender Position.

Dazu passt, dass besonders die Bescheidenheit und der Respekt betont wird, mit dem das D-Team auftrat. Auf ZEIT ONLINE wurde das neue deutsche Selbstbewusstsein gefeiert, das so frei sei von Arroganz und Häme. Der Tanz einiger siegestrunkener DFB-Kicker, die bei der Ankunftsfeier am Brandenburger Tor die unterlegenen Argentinier verhöhnten, wurde rasch öffentlich skandalisiert. Was 2008 von teilweise den gleichen Spielern an gleicher Stelle vorgeführt wurde und seinerzeit niemanden empörte, schickt sich heute nicht mehr, denn der Respekt gegenüber den Unterlegenen ist Teil des neuen Nationalismus. Köpfe tätschelt man in der Regel von oben.

Hinzu kommt: Es sind nicht mehr nur typisch weiß-deutsche Brehmes, Völlers und Klinsmänner, die den Titel holten, sondern nun heißen die Helden auch Khedira, Boateng und Özil. Laut einem SPIEGEL-Titelbeitrag sei Deutschland auch deshalb so locker, weil wir ein buntes Volk seien, ein „modernes Einwanderungsland". Der neue deutsche Nationalmythos hat die Realität der Einwanderungsgesellschaft in sich aufgenommen: Schwarz-Rot-Gold ist bunt.

Der deutsche Nationalismus nach 1945 hatte immer ein zentrales Problem: Was tun



mit dem Nationalsozialismus? Die Problemlösungsstrategien waren dabei vielseitig und reichten von Leugnung über Schuldumkehr bis zu Relativierung. Bei allen Strategien war der Nationalsozialismus allerdings ein Dämpfer für den Nationalmythos, auf den reagiert werden musste. Der neue Geist nimmt hingegen die Nazi-Vergangenheit Deutschlands selbstbewusst in sich auf. Im SPIEGEL-Beitrag erfahren wir, dass kein anderes Volk der Welt „so grässliche Dinge angetan" habe. Nur durch ein Komma getrennt, wird fortgefahren: „kein anderes Volk hat sich so schuldbewusst und intensiv mit der Geschichte seiner Verbrechen befasst". Will heißen: Auschwitz ist singulär, die Bewältigung von Auschwitz ist es aber auch. Plusminusnull — die Rechnung ist beglichen. Der neue Geist ist geläutert und „antifaschistisch".

Es zeigt sich noch ein weiteres Element. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass Deutschland und die Deutschen auf einem guten Weg sind zu einem entspannten Nationalbewusstsein, aber an einem Punkt bräuchte es noch etwas Nachhilfe. ZEIT ONLINE meint, die Nationalelf habe den Deutschen voraus, dass sie wüsste, was sie wolle: „Den aufgeregten Debatten über die Euro- und Europapolitik, über den Umgang mit Russland oder die Auslandseinsätze der Bundeswehr fehlt manchmal das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Wer sich dagegen bewusst macht, was er kann, und dann wie diese Spieler handelt, wird seine Fähigkeiten nicht leichtfertig einsetzen, sondern professionell." Noch deutlicher gauckelt es im SPIEGEL-Titelbeitrag. Im Gegensatz zu 1954 seien die Deutschen nun auch politisch selbstbewusst, fraglich sei nur, was wir damit machten. Die Kanzlerin wird als Vordenkerin hervorgehoben, denn sie denke „expansiv", beispielsweise wenn sie auf europäischer Ebene strikt den „nationalen Interessen" folgt und anderen Staaten ihre Politik nahelegt.

Der alte BRD-Nationalmythos war weiß, deutsch, männlich, spießig und verklemmt, der neue Geist ist leistungsorientiert, bescheiden, entspannt, bunt, geläutert und dominant. Der neue deutsche Nationalismus behauptet keiner zu sein, er ist postnationalistisch. Müßig zu erwähnen, dass der neue Geist nicht darüber hinweg täuschen sollte, dass er nichts anderes als Nationalismus ist. Das Credo ist ein altbekanntes: Wir sitzen alle in einem Boot, alle packen mit an, um den Standort nach vorne zu bringen. Was Deutschland nützt, nützt allen — alle die Gesellschaft in Deutschland durchziehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen werden auf diese Weise nivelliert. Damit erfüllt der neue Geist die klassische ideologische Funktion, aber er drückt sich anders aus und hat weniger zu tun mit dem (alten) völkischen Nationalismus, dafür viel mit (modernem) Standortnationalismus.

Der postnationalistische Nationalismus, der sich anhand der Reaktionen auf den WM-Titel abzeichnet, stellt Linke vor besondere Aufgaben. Die Auseinandersetzungen um überhebliche, siegestrunkene Tänze einiger Fußballspieler führen ebenso in eine Sackgasse wie das Ausrufen des #mobwatch bei Twitter, um nationalistische und rassistische Übergriffe in der Nacht des WM-Sieges aufzudecken. Der neue Geist kann entsprechende Vorwürfe leicht abblitzen lassen, denn er kann nicht zu ganz Unrecht behaupten, damit nix zu tun zu haben, denn seine Stärke besteht darin, die antifaschistische und antirassistische Kritik in sich aufgenommen zu haben. Der neue Geist des postnationalistischen Nationalismus ist nicht nur gegen die alte Kritik resistent, er kann sie für sich nutzen. •

RASSISMUS

Mit folgendem Text wollen wir einige Überlegungen zur italienischen Marineoperation Mare Nostrum und somit zur aktuellen Situation im zentralen Mittelmeer zur Debatte stellen. Es sollte immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass erst ab 1993 durch politische Entscheidungen all jene tödlichen Bedingungen erschaffen wurden, die von heute auf morgen wieder verschwinden könnten. Dass sich dies allein durch nachhaltigen Druck von unten durchsetzen lässt, ist zentraler Ausgangspunkt der folgenden sieben Thesen.

Mare Nostrum

Widerstand von unten zwingt Europa zur Rettung

VON AKTIVEN DER FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FLUCHT UND MIGRATION, AFRIQUE EUROPE INTERACT, WELCOME TO EUROPE UND TRANSACT

1. Von den Zielen der Militarisierung...
Auf Anordnung der italienischen Regierung begann das italienische Militär Ende Oktober letzten Jahres mit der Operation „Mare Nostrum". In Reaktion auf die „Tragödie" vom 3. Oktober 2013 vor Lampedusa startete die Marine einen Großeinsatz, um Boatpeople frühzeitig auf See zu retten bzw. abzufangen. Eine ganze Flotte inklusive Aufklärung aus der Luft wurde bis nahe der libyschen Küste in Bewegung gesetzt, um eine lückenlose Überwachung zu gewährleisten.

Dieser neue Schritt der Militarisierung des Grenzregimes zielte auf Abschreckung durch vorverlagerte Präsenz, unter anderem indem Fluchthelfer noch auf See identifiziert und festgenommen werden sollten. Darüber hinaus wurden Flüchtlinge und MigrantInnen auf den Schiffen registriert, zur Abnahme der Fingerabdrücke gezwungen und nach Herkunftsländern „gescreent". Menschen aus Eritrea, Somalia oder Syrien wurden aufgenommen und in Lagern untergebracht; NigerianerInnen erhielten eine Ausreiseaufforderung und landeten auf der Straße; tunesische und ägyptische MigrantInnen sahen sich verschärften Rückschiebungen ausgesetzt. Dass anfangs auf einem der Schiffe auch libysche Offiziere an Bord waren (vorgeblich „zur Beobachtung"), zeigt, dass Mare Nostrum von Anfang an unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt hat.

2. ... zu den Realitäten der Rettung
Alle „Kooperationsbemühungen" mit Libyen scheiterten, weil es die Machtkämpfe verunmöglichten, verlässliche Partner zu finden — mittlerweile gilt das Land als Failed State. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen mussten alle Boatpeople nach Sizilien transportiert werden. Selbst in den Winter- und Frühjahrsmonaten hatten sich die Überfahrten fortgesetzt, seit März starten immer mehr Boote. Statistisch gesehen ist das laufende Jahr bereits Ende Juli ein Rekordjahr. Außerdem gab es im Verhältnis zu den Ankunftszahlen weniger Todesfälle im zentralen Mittelmeer — jedenfalls bis Mai 2014. Mare Nostrum sollte das Sterben reduzieren, um einer handfesten Legitimationskrise des Migrationsregimes vorzubeugen. Das sollte als zentraler und kaum zu überschätzender Erfolg der Entwicklung der letzten Monate gesehen werden.

3. Die Bewegung der Migration schleift die militarisierte Festung
Trotz aller Abschreckung durch kalkuliertes Sterben-Lassen, trotz systematischer Menschenrechtsverletzungen mittels Rückschiebungen: es ist und war in erster Linie die Hartnäckigkeit der sozialen Bewegung der Migration, die dem unerbittlichen EU-Grenzregime diesen Erfolg abgerungen hat. Auch haben vor allem Gruppen syrischer und eritreischer Flüchtlinge in den letzten Monaten kollektiv die Abgabe der Fingerabdrücke verweigert. Sie kannten bereits die Gefahr, mit diesem Fingerabdruck an Italien als Land der Asylantragstellung gebunden zu bleiben und die damit verbundene drohende Obdachlosigkeit und mangelnden Perspektiven. Deshalb wurden sie durch Aufstandsbekämpfungseinheiten zunächst auf Lampedusa und später auf Sizilien zur Abgabe gezwungen. Dabei wurden dehydrierte und entkräftete Flüchtlinge wiederholt teils mit Elektroschockern, teils mit roher Gewalt (bis hin zu Knochenbrüchen) ruhiggestellt. Ergebnis dieser Auseinandersetzungen ist, dass Italien mittlerweile tausendfach auf biometrische Kontrollen und somit auf den „Fluch des Fingers", d.h. Dublin III, verzichtet — was allerdings nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass sich die italienische Regierung auf diese Weise auch ihrer Verantwortlichkeit in der Flüchtlingsfrage zu entziehen und das übrige Europa unter Druck zu setzen versucht.

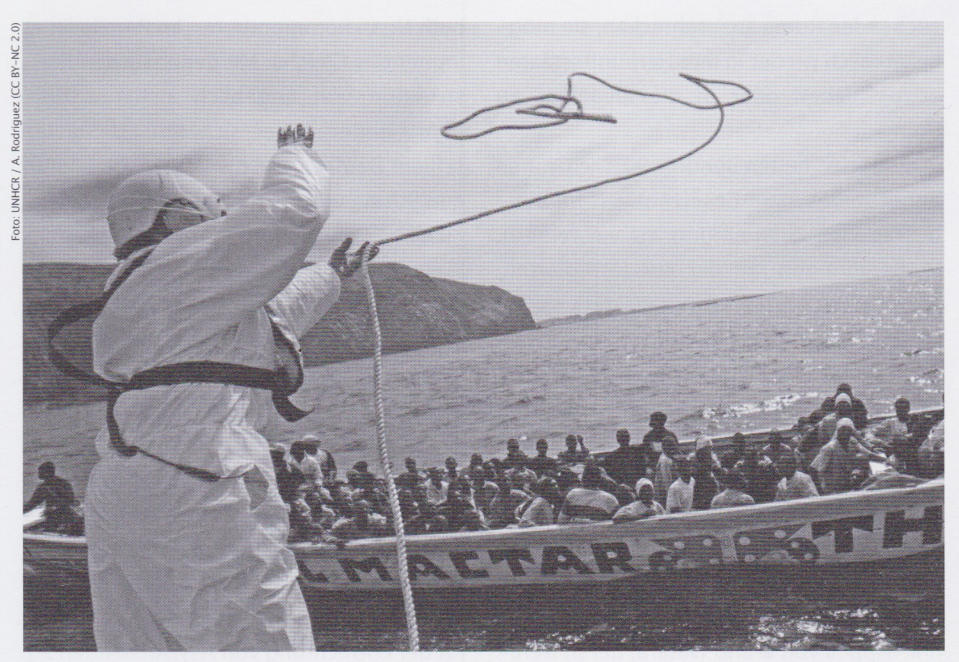


Foto: UNHCR / A. Rodriguez (CC BY-NC 2.0)

4. Nachwirkung der Aufstände in Nordafrika

Mit den Aufstandsbewegungen zunächst in Tunesien, dann in Ägypten und in Libyen sind 2011 kurz nacheinander drei sogenannte Wachhundregime der EU in Nordafrika weggebrochen. Vom arabischen Frühling ist heute allenfalls in Tunesien noch etwas zu spüren. Dennoch ist es der EU bislang nur teilweise gelungen, ihr Ziel einer vorverlagerten Migrationskontrolle neu zu verankern. Zwar funktioniert die Rückschiebung tunesischer und ägyptischer Harragas („Grenzverbrenner") aus Italien längst wieder, zudem sind Flüchtlinge und MigrantInnen aus Subsahara-Afrika mit massiver Entrechtung in Tunesien konfrontiert, aber die Einbindung in eine umfassendere Externalisierungsstrategie, die insbesondere die subsaharische Migration ausbremsen soll, funktioniert weniger reibungslos, insbesondere im krisengeschüttelten Libyen.

5. Widerstand und kritische Öffentlichkeit in Europa

Ein dritter Faktor hat mit dem 3. Oktober 2013 maßgeblich an Gewicht gewonnen: Quer durch Europa und besonders in Deutschland war die mediale Berichterstattung kritischer denn je. Niemals in den letzten 20 Jahren wurde die EU-Migrationspolitik derart grundsätzlich in Frage gestellt. Bereits 2004 bis 2006 waren im Atlantik Tausende von MigrantInnen ertrunken, ohne dass es eine breitere Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hätte. Und auch in den letzten Jahren gab es einzelne „Bootstragödien" mit noch mehr Toten als am 3. Oktober, ohne dass es zu einem vergleichbaren Aufschrei gekommen wäre. Tausendfache Proteste und Gedenkveranstaltungen zu den Opfern an den Außengrenzen, hundertfache Aktionen gegen Abschiebungen und nicht zuletzt die zunehmende Selbstorganisierung von Flüchtlingen — all dies hat dazu beigetragen, dass die Verantwortlichen für die Opfer des Grenzregimes unter massiven Druck geraten sind und dass Slogans wie „Refugees Welcome" und „kein Mensch ist illegal" mittlerweile auf neuem Niveau unterstützt werden.

6. Rückkehr zum Massensterben?

Während die internationale Presse regelmäßig über die Flüchtlinge berichtet, die durch Mare Nostrum gerettet werden, herrscht in den letzten zwei Monaten ein zensurähnliches Schweigen über die zunehmenden Schiffskatastrophen zwischen Libyen und Sizilien. Seit Mai 2014 gibt es kleine Meldungen darüber, dass sich die italienischen Militärschiffe immer wieder aus der See vor Libyen zurückziehen und immer größere Lücken lassen, die auch die italienische Küstenwache auf SOS-Anruf nicht mehr schließen kann. Einige Schiffskatastrophen haben sich daher trotz SOS-Alarm ereignet. Über 1000 neue Opfer sind die Konsequenz dieses Teilrückzuges, während in der italienischen Öffentlichkeit die zu hohen Kosten der Operation beklagt werden und die EU — allen voran die deutsche Regierung — alle Forderungen nach einer europaweiten Beteiligung strikt zurückweist. Überlegungen, dass Frontex das Rettungsprogramm übernehmen solle, erscheinen absurd: Die EU-Grenzschutzagentur hat weder die Ausstattung noch die Kapazitäten und noch weniger das Interesse. Frontex steht vielmehr für Flüchtlingsabwehr und Migrationskontrolle mit allen Mitteln.

7. Forderungen und Perspektiven

Retten mit allen Mitteln, im gesamten Mittelmeer und auch vor der libyschen Küste: das ist das dringende Gebot der Stunde! Denn das Leben im libyschen Transit wird für Flüchtlinge angesichts der Folter in den Lagern und dem Rassismus sowie den kriegerischen Auseinandersetzungen auf den Straßen immer unerträglicher. Selbst der UNHCR hat sich vollständig aus Libyen zurückgezogen. Auf das SOS der Boatpeople muss überall umgehend reagiert werden. Es müssen die ersten Ansätze selbstorganisierter Alarmnetzwerke mit Notruftelefonen weiterentwickelt werden, um sofortigen Druck auf die Verantwortlichen ausüben zu können, wenn die Rettung unterbleibt oder hinausgezögert wird. Und: Fähren für die Bedürftigen hatte der Papst angemahnt, humanitäre Korridore oder legale Einreisemöglichkeiten fordern verschiedene Menschenrechtsgruppen. Das sind sinnvolle Zwischenschritte, wenn sie nicht mit der Etablierung eines reformierten neuen Grenzregimes einhergehen, sondern mit einer grundsätzlichen Kritik an der EU-Migrationspolitik verbunden werden. Die Visaverfahren und das gesamte Instrumentarium der Ausgrenzung müssen fallen, um das universelle Recht auf Schutz und Bewegungsfreiheit durchzusetzen. Freiheit statt Frontex bleibt die zugespitzte richtige Parole, und der Weg zu dieser Freiheit muss mit dem verstärkten Aufbau von Strukturen der Selbstorganisierung und Unterstützung entlang der gesamten Route gebahnt werden. •

RASSISMUS

In Riesenschritten: Noch mehr Entrechtung von Asylsuchenden

VON DOROTHEA LINDENBERG

Am 19. September entschied der Bundesrat über eine Verschärfung des Asylrechts. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden per Gesetz zu „sicheren Herkunftsstaaten" erklärt, obwohl besonders Roma und LGBT in diesen Ländern erheblicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Laut Bundesregierung soll mit diesem Gesetz darauf reagiert werden, dass Asylsuchende aus diesen Ländern nur eine sehr geringe Anerkennungsquote haben. Angesichts stark gestiegener Flüchtlingszahlen wolle man gegen „offensichtlich unbegründete" Asylanträge vorgehen, um dem Schutzanspruch anderer Asylsuchender gerecht werden zu können.

„Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma," kommentiert der Bundes Roma Verband e.V. „Wir haben in den vergangenen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt — und auch keine Perspektive darauf."

Auch andere Stellungnahmen u.a. von Amnesty International und PRO ASYL haben deutlich gemacht, dass es massive Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung von Roma und anderen Minderheiten, insbesondere von LGBT in diesen Ländern gibt. Trotzdem wird die bisherige, rechtlich fragwürdige Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, im Schnellverfahren fast alle Asylsuchenden aus diesen Ländern abzulehnen, nun legitimiert.

KritikerInnen, wie der Flüchtlingsaktivist Bruno Watara sahen deshalb als Ziel des Gesetzentwurfes, „die unerwünschten asylsuchenden Roma abzuschrecken, sie möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben oder in die Illegalität zu drängen."

Zunächst hatten Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, dem Gesetzentwurf im Bundesrat ihre Zustimmung zu verweigern. Verhandlungen mit der Bundesregierung ließen jedoch bald vermuten, dass sie im Tausch gegen Zugeständnisse im Sozialrecht oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende zur Zustimmung bereit sind.

Darüber waren viele empört: „Wir Flüchtlinge lassen uns nicht spalten in richtige und falsche Asylsuchende, in erwünschte und unerwünschte Asylsuchende. Wir haben alle ein Recht auf Schutz," so der Online-Appell von Bruno Watara, der in wenigen Tagen von rund 750 Flüchtlingen und Menschenrechtsaktivist*Innen unterzeichnet wurde.

Die Flüchtlingsfrauengruppe „Women in Exile", die gerade den taz-Panter-Publikumspreis erhielt, wies darauf hin, was der Gesetzentwurf für Flüchtlingsfrauen bedeutet: Serbien und Mazedonien sind (neben der Russischen Förderation) die Herkunftsländer von Asylsuchenden mit den höchsten Frauenanteilen und gleichzeitig mit den niedrigsten Schutzquoten. Elisabeth Ngari kommentierte: „Im Prinzip ist es immer das Gleiche. Mit der absurden Konstruktion von angeblich sicheren Herkunftsländern oder sicheren EU-Staaten schiebt Deutschland die Verantwortung für den Schutz von Frauen vor Verfolgung einfach ab." Deshalb forderte sie anlässlich der Preisverleihung am 13. September 2014 zum Aktiv werden auf: „Wir bitten alle, die uns dabei unterstützt haben, den taz-Panterpreis zu gewinnen: Bitte nutzen Sie alle ihre Einflussmöglichkeiten, um die Unterzeichnung dieses Gesetzes im Bundesrat zu verhindern."

Diese und zahlreiche andere Proteste und Appelle verhallten ungehört: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) stimmte im Bundesrat der Entrechtung von Asylsuchenden zu.

„Ausgehandelt" wurden im Gegenzug ein paar Lockerungen für andere Asylsuchende. Die nächsten Entrechtungen für Asylsuchende sind bereits geplant: Mehr Inhaftierung von Flüchtlingen, Arbeitsverbote, Wiedereinreisesperren für abgelehnte Asylsuchende… All das sieht ein neuer Gesetzentwurf vor, über den als nächstes entschieden wird. •

11. September 2014: Etwa 100 Flüchtlinge und Unterstützer besetzen eine Kirche in Berlin-Kreuzberg.



RASSISMUS

Abschiebungshaft reloaded

Zur grenzenlosen Kreativität des Bundesinnenministeriums in Grenzfragen

Der Beschluss des Bundesgerichtshof (BGH) vom 26. Juni, dass die Abschiebungshaft im Dublin-Verfahren überwiegend rechtswidrig ist und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), dass es rechtswidrig ist, Abschiebehäftlinge in normalen Justizvollzugsanstalten gemeinsam mit Strafhäftlingen einzusperren, lässt leicht den Eindruck aufkommen, das Ende der Abschiebungshaft wäre nah. Wer sich dieser Naivität hingibt, kennt die Kreativität des Bundesinnenministeriums (BMI) schlecht. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des BGH-Beschlusses am 23. Juli erklärte das BMI am 25. Juli in einer Presseerklärung: „Das Bundesministerium des Innern hat bereits in seinem Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung eine Definition der Fluchtgefahr im Sinne der Dublin III-Verordnung vorgesehen. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs bestärkt die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung".

Dies klingt zuerst einmal nicht wirklich bedrohlich. Warum in der Süddeutschen Zeitung vom 9. Mai der Gesetzentwurf des BMI „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung" nicht nur als „das Schärfste und das Schäbigste, was einem deutschen Ministerium seit der Änderung des Asylgrundrechts vor 21 Jahren eingefallen ist" bezeichnet wird, sondern auch als „Perfidie in Paragrafenform"[1], wird klar bei genauerem Hinsehen. Die bisherige hemmungs- und maßlose Verhängung von Abschiebungshaft soll nicht etwa beendet werden oder entsprechend der bisherigen gesetzlichen Richtlinien drastisch eingeschränkt werden — in faszinierender Unverschämtheit konterkariert er das Urteil des BGH, indem er die Haftgründe derartig ausweitet, dass sich für so gut wie jeden Fall einer finden ließe. Da steht das Verlassen eines anderen EU-Landes neben anderen Haftgründen wie etwa der besonders niederträchtigen Generalklausel ‚Fluchtgefahr', die schlicht jedem ‚Flüchtling', der nicht unter Vorweisen eines gültigen Passes mit bezahltem Ticket direkt aus dem Flugzeug seines/ihres als nicht sicherem Herkunftsstaat[2] anerkannten Landes ohne Zwischenlandung in einem sicheren Drittstaat[3] mit im Herkunftsstaat behördlich attestierter Verfolgungsbestätigung während der Öffnungszeiten einer bundesrepublikanischen Grenzkontrolle einreist. Zwar vermutet PRO ASYL: „Vor dem Hintergrund des BGH-Urteils darf allerdings bezweifelt werden, dass die geplanten Generalklauseln einer rechtlichen Überprüfung standhalten würden"[4], aber wie lange eine derartige rechtliche Überprüfung sich hinziehen kann, war gerade wieder zu sehen. Und eine von Nichtstun und Ideenlosigkeit geprägte Beamtenmentalität ist den Innenministerien von Bund und Ländern bei diesem Bereich absolut nicht zu attestieren. Da liegen Initiative und Ideenvielfalt in grenzbereichigen Höhen, so dass hier wirklich Leidenschaft und unermessliches Engagement bei der Sorge um unbedingte Reinhaltung der BRD von 'betrügerischen Asylerschleichern' bescheinigt werden kann — die daraus resultierenden Toten: Kollateralschaden.

Auch dass auf die Kreativität der Bundesländer auf dem Gebiet der Aufrechterhaltung des Repressionsapparats Verlass ist, kann an der fieberhaften Suche nach Möglichkeiten, die Haftentlassungen zu vermeiden, gesehen werden. So wird anscheinend darüber nachgedacht, das Ingelheimer Abschiebegefängnis zur gemeinsamen Flüchtlingshaftanstalt ganz Südwestdeutschlands zu machen und auch die gewohnt und zuverlässig auftauchende spezielle bayrische Idee einer Art ‚Hausarrest' in Pensionen hat Freunde bei den zuständigen Organen. Da auch die sogenannte ‚bauliche Trennung' von Abschiebungshaft und Strafhaft wie in der JVA Büren nach dem BGH nicht gesetzeskonform ist, wird dort der Ausbau zum reinen Abschiebungsgefängnis überlegt. Die eigentlich erwartbare Entlassungswelle wurde bisher jedenfalls nicht registriert, vielmehr scheint eine Reisewelle der besonderen Art organisiert zu werden: Ein Transportaktionismus in die nach dem BGH zulässigen ausschließlichen Abschiebungshaftanstalten.[5] Das könnte zwar ebenso wie der Gesetzentwurf des BMI als Unterlaufen des BGH-Beschlusses aufgefasst werden, aber wer würde so etwas unterstellen? •



1 www.sueddeutsche.de/politik/gesetzentwurf-zur-asylpolitik-perfidie-in-paragrafenform-1.1955012 2 Als „sichere Herkunftsstaaten" gelten zur Zeit die Mitgliedstaaten der EU sowie Ghana und Senegal. www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364198&lv3=1504416 Nach einem Gesetzentwurf des BMI sollen Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden (die Zustimmung des Bundestages erfolgte am 3. Juli, die Zustimmung des Bundesrats erfolgte am 19. September mit Unterstützung der Grünen aus Baden-Württemberg), um Asylanträge von Roma trotz des grassierenden Antiziganismus pauschal ablehnen zu können. 3 Derzeit „sichere Drittstaaten" sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Norwegen und die Schweiz. www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2= 1364198&lv3=1504418
4 www.proasyl.de/de/news/detail/news/ nach_eugh_und_bgh_urteil_ende_der_abschiebungshaft _oder_neues_inhaftierungs-programm/ 5 Zur Zeit befinden sich in Berlin 28 Personen in Haft, in Vergleich zu einer Person im vergangenen Jahr.

GESCHICHTE

Waldemar Pabst steht exemplarisch für die Kontinuität der antidemokratischen Rechten in Deutschland. Als Generalstabsoffizier der Garde-Kavalerie-Schützen-Division (GKSD) war er im Jahr 1919 der Organisator der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Nie musste er sich dafür vor Gericht verantworten. In der Weimarer Republik wurde Pabst zu einem Netzwerker der antidemokratischen und nationalistischen Rechten. Die von ihm gegründete „Gesellschaft zum Studium des Faschismus" (GSF) versammelte Militärs, Wirtschaftsfunktionäre und national-konservative Politiker. Die „Gesellschaft" war Teil einer Idee von Pabst, eine „faschistische Internationale" zu schaffen. Über Waldemar Pabst und die antirepublikanischen rechten Netzwerke der Weimarer Republik sprach das AIB mit Dr. Manfred Wichmann, dessen Dissertation zum Wirken Pabsts kürzlich erschien.

Waldemar Pabst – „Netzwerker im Hintergrund"

Interview mit Dr. Manfred Wichmann

Waldemar Pabst ist nur einer Fachöffentlichkeit historisch interessierter Menschen ein Begriff. Weshalb schenkte dieser Schlüsselfigur der Geschichte der deutschen extremen Rechten kaum jemand Aufmerksamkeit?

Waldemar Pabst war unzweifelhaft eine Person von historischer Bedeutung und seine Aktivitäten haben vor allem in der Zwischenkriegszeit die deutsche Geschichte mit beeinflusst. Dennoch wurden seine Rolle und Bedeutung lange Zeit kaum beachtet.

Drei Gründe sind wohl dafür zu nennen: Erstens gehörte Pabst keiner der sozialen Gruppen an, die lange Zeit vorrangig im historischen Forschungsinteresse standen, nämlich den Politikern oder Intellektuellen. Dass ein Berufsoffizier aus eigenem Antrieb einen solchen Wirkungskreis entwickeln konnte, ist tatsächlich eine Ausnahme.

Zweitens gehört Pabst zu einer Kategorie, von der auch schon Armin Mohler in seiner „Konservativen Revolution" gesprochen hat, nämlich „Netzwerker im Hintergrund". Es liegt im Wesen dieser Netzwerker, dass sie Kontakte vermitteln, durch Gespräche lenken und als personelle Verknüpfung zwischen verschiedenen Interessengruppen fungieren, und das hinterlässt keine klassischen schriftlichen Quellen.

Drittens hat Pabst immer selber versucht, seine Aktivitäten geheim zu halten, Spuren zu verwischen und die Informationen über ihn zu kontrollieren. Seine engen Verbindungen zum Militär und den Geheimdiensten waren ihm dabei sehr hilfreich, und Pabst behielt stets auch seine eigene Sicherheit im Blick. Er war zudem, wie schon die Zeitgenossen bemerkt haben, ein brillanter Organisator und von hoher Intelligenz, aber ohne große persönliche Ausstrahlungskraft.

In Ihrem Buch schreiben Sie, die von Pabst gegründete GSF sei nur der Torso einer von ihm geplanten „weißen Internationale", also einer politischen Vernetzung der europäischen Faschismen gewesen. Weshalb kam diese nicht zu Stande ?

Pabst hatte noch in Österreich als Stabschef der Heimwehren die Idee einer „Weißen Internationale" entwickelt. Für Pabst hatte die Mobilisierung aller Kräfte gegen den Bolschewismus die höchste Priorität. Daher setzte er auf eine internationale Kooperation der antisozialistischen Kräfte. Pabsts militärischer Ansatz drückte sich auch in seiner Anerkennung für die straffe, länderübergreifende Organisation seines Hauptgegners aus, und mit der Weißen Internationale wollte er im Prinzip die Waffen des Gegners übernehmen. Für sein Vorhaben bemühte er sich ab 1930 in zahlreichen Anschreiben um Unterstützung und Förderer vor allem in Österreich, Deutschland, Ungarn und Italien.

Das Scheitern seines ambitionierten Vorhabens ist auch dem Dilemma geschuldet, eine internationale Organisation zu begründen, die ideologisch auf dem exklusiven Nationalismus und der absoluten Superiorität der Nation beruht. Diesen Widerspruch konnte Pabst nicht auflösen, und so setzte er nach seiner Rückkehr nach Deutschland dann konsequent auf die nationale Karte. Direkt nach Bildung der Harzburger Front im Oktober 1931 formte er seine Planungen für eine „Weiße Internationale" nun in die im Dezember 1931 gegründete GSF um und verzichtete fortan bewusst auf den Begriff „Weiße Internationale". Mit der Einbindung von Giuseppe

Renzetti, Mussolinis inoffiziellem Kontaktmann zur deutschen Rechten, war aber der internationale Ansatz durchaus noch präsent. Er plante sogar einen Ableger der Studiengesellschaft in Österreich.

Mit dem Machtantritt des Nationalsozialismus agierte Pabst „nur noch" als Waffen-Lobbyist. Während der „Röhm-Affäre" war er einige Wochen in Haft. War Pabst ein Kritiker des Nationalsozialismus von rechts, den die Nazis als Konkurrent ansahen?

Pabst verlor zwar nach dem 30. Januar 1933 rapide an Einfluss, zumindest im politischen Bereich. Er selber aber war zunächst vom Gegenteil überzeugt, er dachte, nun sei die Stunde seiner GSF gekommen. Mit einem im März 1933 eingesetzten Aktionsausschuss wollte Pabst die Studiengesellschaft als faschistischen „think tank" für die Beratung der neuen Regierung in Wirtschaftsfragen etablieren. Damit scheiterte er aber auf ganzer Linie, denn sehr schnell wurde deutlich, dass die neuen Machthaber ihre eigenen Vorstellungen von der Umgestaltung Deutschlands hatten. Auch innerhalb der GSF bestimmten nun eindeutig die NSDAP-Mitglieder deren Ausrichtung und trieben gezielt die Kontrolle und Entpolitisierung der Studiengesellschaft voran.

Denn die NSDAP-Führung verweigerte sich den beiden wichtigsten Merkmalen, welche die Besonderheit der GSF ausmachten, nämlich dem Bezug auf eine ideologische Führerschaft Mussolinis und den Ansätzen eines universal verstandenen Faschismus. Daher waren die Nationalsozialisten und auch die zahlreichen Überläufer aus dem rechtsnationalistischen Lager schon bald überzeugt, dass die Studiengesellschaft nun komplett auszuschalten sei. So erlebte die GSF, wie sie durch ein Regime entmachtet und aufgelöst wurde, dessen Entstehung sie selbst mit aller Macht betrieben hatte.

Als einen Kritiker des Nationalsozialismus sollte man Pabst also nicht bezeichnen, es sind eher graduelle Unterschiede im Ansatz und in der Zielsetzung. Pabst war als Absolvent der Kadettenschule in Lichterfelde und als kaiserlicher Offizier so fixiert auf das Prinzip des Kadergehorsams, dass er dem Phänomen einer Massenbewegung eher verständnislos gegenüberstand. Er sah zwar durchaus deren Potenzial, konnte oder wollte sie aber nur als Hilfstruppe ansehen. Für Pabst waren die Führungseigenschaften einer Elite und die militärische Durchsetzungskraft bewaffneter Verbände die entscheidenden Faktoren für die Durchsetzung seiner politischen Ziele.



Foto: Bundesarchiv / Bild 183-2005-0413-500

Waldemar Pabst — Organisator der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Das Leben der GSF war vergleichweise kurz. Fanden Aspekte, die in der GSF diskutiert wurden später Eingang in die politische Praxis des NS-Systems?

Die GSF war tatsächlich eine kurzlebige Erscheinung, was sicher einer der wichtigsten Gründe ist, warum sie keine direkte politische Bedeutung erlangen konnte: Sie wurde da in gewisser Weise von der aus ihrer Sicht erfolgreichen politischen Entwicklung überrollt. Damit war die Funktion der GSF als oppositionelles Netzwerk auf einen Schlag hinfällig geworden, und andere Einflussmöglichkeiten fehlten ihr nun, wie etwa eigene Publikationsmöglichkeiten.

Wichtiger aber erscheint mir, dass die Mehrheit der Mitglieder die politische Aufgabe der GSF als erfüllt ansah. Wenn man sieht, wie viele ihrer Vertreter direkt 1933 in höchste Führungspositionen aufrückten, wird verständlich, warum sie auf das durchaus illustre Netzwerk der GSF verzichten konnten. Die Mitglieder aus Wirtschaft, Medien und den Interessenverbänden konnten auf die GSF ebenfalls verzichten, da sie ihre Ansprechpartner nun direkt in der Regierung hatten.

Auf der anderen Seite ist die Kurzlebigkeit der GSF aber keineswegs schon ein Zeichen geringer historischer Relevanz. Denn über die eben genannte biographische Schiene fanden viele Ideen und Vorstellungen auch indirekten Eingang in das NS-Regime.

Allerdings wurde die eigentliche Grundidee der Studiengesellschaft durch die Nationalsozialisten sehr schnell verdrängt. Die historische Bedeutung der GSF bezieht sich also vorrangig auf den 30. Januar 1933: Mit ihrer Einbindung der Nationalsozialisten in die antidemokratische Opposition hat sie die Akzeptanz des NS sowohl bei den führenden Vertretern der Groß- und Agrarindustrie als auch bei den Berufsoffizieren und Wehrverbänden gefördert und mit der Orientierung am italienischen Vorbild jenes philofaschistische Klima in Deutschland mitgestaltet, das die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung ermöglichte. Sie ist damit eindeutig als Wegbereiterin der NS-Diktatur zu sehen. •

(Das vollständige Interview erscheint demnächst auf www.antifainfoblatt.de)

Dr. Manfred Wichmann
Kurator Sammlungen und Archiv der Stiftung Berliner Mauer

- Geboren 1971 in Rotenburg/Wümme
- Studium der Geschichte, Politologie und Kommunikationswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen, an der Universität La Sapienza Rom und an der Humboldt-Universität sowie der Freien Universität Berlin.
- Promotion an der Freien Universität Berlin bei Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, Dissertation: „Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (1931—1934)".

Berufslaufbahn
- 1998 bis 2000: Autor und Gestalter beim Internetprojekt „Lebendiges Museum Online (LeMO)" am Deutschen Historischen Museum
- 2002 bis 2012: Archivar und stellv. Archivleiter am Jüdischen Museum Berlin
- 2008 bis 2010: Projektleiter und Kurator der Dauerausstellung „Jüdisches Leben in Rotenburg" in der Kulturwerkstatt Cohn-Scheune in Rotenburg
- Seit 2012: Kurator Sammlungen und Archiv der Stiftung Berliner Mauer

Forschungsschwerpunkte
- Ideen- und Organisationsgeschichte des Konservativismus
- Beziehungen zwischen der deutschen Rechten und dem italienischen Faschismus
- Jüdische Familien-, Alltags- und Sportgeschichte
- Mediale Geschichtsdidaktik und Archivpädagogik in Museen/Gedenkstätten

GESCHICHTE

Die politischen Kräfteverhältnisse zeigen sich in Spanien besonders deutlich im Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit. Jahrzehntelang wurde über die Verbrechen während der franquistischen Diktatur (1939—1975) geschwiegen, dies änderte sich erst in den 2000er Jahren vor allem durch Druck von unten. Allerdings ist die Erinnerungspolitik bis heute ein umkämpftes Terrain. Insbesondere die regierende rechts-konservative Partido Popular (PP), die katholische Kirche und die ihnen nahe stehenden Medien stellen sich einer Aufarbeitung entgegen.

Überwindung des Schweigens

Erinnerungspolitische Bewegung im spanischen Staat

VON SILKE HÜNECKE

Die Aufarbeitung der Diktatur weist noch heute, fast vierzig Jahre nach dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975, unglaublich viele Leerstellen auf. Ein zentraler Grund dafür ist der fehlende offene Bruch mit dem Franquismus. Nach 1975 kam es zu einem paktierten Übergang von der Diktatur in eine parlamentarische Monarchie, der von allen parteipolitischen Kräften[1] mitgetragen wurde. Teil dieses Paktes war eine Einigung darüber, die ‚Vergangenheit ruhen zu lassen und den Blick nach vorne zu richten'. Die Generalamnestie von 1977 war die einzige erinnerungspolitische Maßnahme, galt jedoch für Opfer und Täter/innen gleichermaßen. So konnten franquistische Kräfte weiter in allen gesellschaftlichen Positionen bleiben. Exemplarisch dafür steht der ehemalige Propagandaminister Manuel Fraga, der 1976 zusammen mit 12 von 19 Kabinettsmitgliedern der letzten franquistischen Regierung die Alianza Popular (AP), den Vorläufer der heutigen PP, gründete. Während sich die Franquist/innen in der ‚neuen' Gesellschaft ‚neu' einrichteten, brach der breite antifranquistische Widerstand spätestens nach dem Militärputschversuch von 1981 zusammen. Viele Aktivist*innen wendeten sich enttäuscht über den fehlenden Bruch mit der Diktatur und dem Verhalten der eigenen Parteien wie der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) und der Partido Comunista de España (PCE) von der Politik ab. Vor diesem Hintergrund wurde fast ein Vierteljahrhundert über die II. Republik, den Spanischen Bürgerkrieg und die Diktatur geschwiegen.

Auslöser für die Entstehung des movimiento memorialista (Erinnerungsbewegung) und die Überwindung des Schweigens war die Suche des Journalisten Emilio Silva nach seinem verschwundenen Großvater und die erste öffentliche Exhumierung eines anonymen Massengrabes von Verschwundenen. Spanienweit begannen Angehörige jetzt nach ihren Verschwundenen zu suchen und dafür Vereine zu gründen. Viele von ihnen nannten sich nach dem Verein von Silva auch „Asociación para la Recuperación de la Memoria Historica" (ARMH). Langsam entstand eine Soziale Bewegung, die sich aus verschiedenen Kollektiven, Vereinen und Organisationen zusammensetzt. Zentrale Akteure sind die ARMH-Vereine, ihr Anliegen ist vor allem persönlich-familiär geprägt und entsprechend greifen sie in ihrem Diskurs stark auf die Allgemeinen Menschenrechte zurück. Demgegenüber steht das Foro por la Memoria[2], welches von PCE-Mitgliedern 2002 gegründet wurde und sich als linke Organisation begreift. Ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit ist die Sichtbarmachung von Widerstandsgeschichten. Bereits vor 2000 gab es einige erinnerungspolitische Vereine. Diese waren jedoch dermaßen marginalisiert, dass noch nicht von einer Sozialen Bewegung gesprochen werden konnte. Als Pioniere der Bewegung können die bereits zum Teil noch während des Franquismus als klandestine Gruppen entstandenen Vereine der ehemaligen politischen Gefangenen angesehen werden. Diese kämpfen noch heute für die Rechte und Anerkennung von Gefangenen. In den 1990er Jahren entstanden aus linken Strukturen wie beispielsweise der anarchosyndikalistischen Confederación General del Trabajo (CGT) heraus Vereine, deren Anliegen die Aufarbeitung der eigenen linken Historie waren. Neu sind die von Betroffenen in den 2010ern gegründeten Vereine, die sich explizit dem Problem der geraubten Kinder stellen, wie die Asociación Nacional de Afectados por las Adopciones Irregulares.

Auf vielfältige Weise setzen die vielen Vereine ihre erinnerungspolitische Arbeit um. Neben der Verschwundenenproblematik geht es um die (Re-)Konstruktion an-



derer Verbrechen wie Verfolgung, Stigmatisierung, (soziale und ökonomische) Ausgrenzung, Enteignungen, erzwungenes Exil, geraubte Kinder, Inhaftierung in Gefängnissen, Internierungslagern oder Konzentrationslagern, Zwangsarbeit, Folter und (extralegale) Hinrichtungen. Zunehmend wird von der Bewegung von einem Genozid am politischen Gegner gesprochen, der ideologisch durch einen übersteigerten Nationalismus und einen rigiden Antikommunismus gerechtfertigt wurde. Ein anderes zentrales Anliegen ist es, die vielfältigen Widerstände sichtbar zu machen: wie die Kämpfe der maquis (Partisan*innen), die nach dem Bürgerkrieg 1939 bis in die 1950er Jahre hinein aus den Bergen heraus kämpften. Oder der breite antifranquistische Widerstand der 1960er-1970er Jahre, der von Arbeiter*innen-, Studierenden-, und Nachbarschaftsbewegungen in den Städten getragen wurde. In diesem Kontext stehen die Forderungen nach Entschädigung, die Durchführung von Gedenkveranstaltungen oder die Errichtung von Denkmälern für die Kämpfer*innen und Opfer. Eine andere Problematik ist die bis heute[3] überall im öffentlichen Raum vorhandene franquistische Symbolik in Form von Plaketten, Denkmälern und Straßennamen. Hier legen die Aktivist*innen zusehends selbst Hand an, um diese Symbolik zu entfernen.

Im letzten Jahrzehnt ist der Druck hinsichtlich der zentralen Forderungen der Bewegung nach Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit und Würde stetig gestiegen. Vor diesem Hintergrund griff die PSOE (nicht ganz uneigennützig) die Anliegen der Bewegung auf. Neben dem berechtigten Anliegen der PSOE, auch an ihre Opfer zu erinnern — was sie als Regierungspartei von 1982—1996 weitestgehend ignoriert hatte — dient ihnen die Erinnerungspolitik auch als Angriff auf die PP. Immer wieder weist die PSOE in Wahlkämpfen auf die personelle und inhaltliche Nähe der PP zum Franquismus hin. Allerdings machte es ihr die PP dabei nicht schwer: Als Regierungspartei (1996—2004) fuhr sie einen ultranationalistischen Kurs, subventionierte die profranquistische Stiftung Fundación Nacional Francisco Franco und ließ die sterblichen Überreste der Freiwilligen der Division Azul, die die Wehrmacht gegen die Sowjetunion unterstützt hatten, exhumieren. Im Wahlkampf 2004 versprach die PSOE schließlich ein Erinnerungsgesetz einzuführen, welches nach deren Wahlsieg 2007 erlassen wurde. Allerdings fällt das Gesetz weit hinter die Forderungen der Bewegung zurück. Deren zentrale Kritikpunkte sind die fehlende Annullierung der franquistischen Urteile, die fehlende staatliche Verantwortung für die Verschwundenen und geraubten Kinder sowie die fortwährende Straflosigkeit der Täter/innen.

Um den Druck zu erhöhen, hatten 13 Vereine bereits 2006 beim Nationalen Gerichtshof eine Klage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Es ging konkret um die Verschwundenen und geraubten Kinder. Ende 2008 eröffnete der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón das Verfahren, welches sich auch gegen franquistische Entscheidungsträger richtete. Daraufhin zeigten rechte Gruppen, unter ihnen Manos Limpias, im April 2009 den Richter an. Sie warfen ihm Rechtsbeugung vor, weil er mit seinen Ermittlungen gegen das Amnestiegesetz verstoßen hätte. Im April 2010 stand deswegen ein Suspendierungsverfahren gegen Garzón an. Kurz vorher demonstrierten allein in Madrid 100.000 Menschen ihre Solidarität mit Garzón, forderten Gerechtigkeit für die Opfer und die Aufhebung der Straflosigkeit für die Täter/innen.

Seit Ende 2011 regiert erneut die PP, seitdem wurden die erinnerungspolitischen Subventionen extrem gekürzt und das staatliche Büro für die Opfer des Franquismus geschlossen. Noch heute wartet die ARMH Madrid auf rund 60.000 Euro, die ihnen für Exhumierungs- und DNA-Untersuchungen 2011 zugesagt wurden. Während die PP bis 2008 damit argumentiert hatte, niemand würde Interesse an einer Erinnerungspolitik haben, wird jetzt die Krise als Begründung dafür herangezogen, dass kein Geld für diese „unnützen" Projekte, so die PP, vorhanden sei. Trotz dieser Gegenwehr ist die Erinnerungspolitik nicht mehr von der gesellschaftspolitischen Agenda wegzudenken. Allerdings kämpft die Bewegung wieder unter ähnlichen Bedingungen wie vor dem Erinnerungsgesetz. Nur in Andalusien und Katalonien, wo eigene Erinnerungsgesetze erlassen wurden, sieht die Situation besser aus. Eine positive Entwicklung ist jedoch, dass inzwischen verschiedene soziale Bewegungen die Anliegen des movimiento memorialista aufgreifen. So gab es innerhalb der Krisenbewegung M-15 eine eigene erinnerungspolitische Kommission und auch Antifagruppen beschäftigen sich zunehmend mit dem Thema. Beispielsweise beteiligt sich die Coordinadora Antifascista de Madrid seit Jahren an den Protesten gegen das Gedenken an Franco am 20. November bei seinem gigantischen Mausoleum im „Valle de los Caídos" (Tal der Gefallenen) bei Madrid. •

Demnächst erscheint das gleichnamige Buch der Autorin beim Verlag Edition Assemblage.

1 vom franquistischen bis antifranquistischen Lager **2** bzw. deren Abspaltung Federación de los Foros por la Memoria **3** trotz gegenteiliger Gesetzeserlasse

GESCHICHTE

Vor 40 Jahren starb Joseph Wulf — Widerstandskämpfer, Auschwitz-Überlebender, Historiker und Pionier der Holocaust-Forschung

„Ich bin objektiv, aber nicht neutral"

Am 10. Oktober 1974 nahm sich Joseph Wulf das Leben. Er sprang aus dem Fenster seiner Wohnung in Berlin-Charlottenburg. Die Hintergründe des Suizids waren vermutlich vielschichtig. Im Jahr zuvor war seine Ehefrau Jenta gestorben. Von dem Schock und der Trauer über den Verlust seiner langjährigen Weggefährtin, die wie er die Shoah überlebt hatte, vermochte sich Wulf nicht mehr zu erholen. Zudem verzweifelte der Publizist, der in der Öffentlichkeit als streitbarer Charakter galt und sich nicht selten mit offenen oder unterschwelligen Anfeindungen konfrontiert sah, am Desinteresse und an der Indifferenz, die seiner Beobachtung nach den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im überwiegenden Teil des bundesdeutschen Gesellschaft, aber auch in den Medien, der Politik und in der Geschichtswissenschaft prägten. In einem Brief an seinen Sohn David konstatierte Wulf Anfang August 1974 desillusioniert: „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht und das alles hatte keine Wirkung. Du musst dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratische Regierung sein — und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihre Häuschen und züchten Blumen."

„Ich bin objektiv, aber nicht neutral" — Joseph Wulf und seine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

Diese Wahrnehmungen teilten freilich viele Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung. Hierfür war nicht nur die Feststellung ausschlaggebend, dass sich die juristische Vergangenheitsbewältigung überwiegend als „Desaster" (Norbert Frei) erwiesen hatte und die vielfach dokumentierten bis in die NS-Zeit zurückreichenden personellen Kontinuitätslinien in Politik und Verwaltung einen fortwährenden Skandal darstellten. Als besonders kennzeichnend für die Geschichts- und Erinnerungskultur der Bundesrepublik bis zum Ende der 1970er Jahre erwies sich jedoch die weitgehende Ausblendung der Perspektiven und Erfahrungen jüdischer Shoah-Überlebender, Publizist_innen, Schriftsteller_innen und Historiker_innen, deren Stimmen kaum Beachtung fanden. Während etwa vormalige hochrangige NS-Eliten wie beispielsweise Rüstungsminister Albert Speer mit seinen im Jahr 1969 veröffentlichten „Erinnerungen" zu Bestsellerautoren avancierten, fand Raul Hilberg, der 1941 als Kind von Wien in die USA emigriert war, für sein 1961 erstmals in den USA erschienenes Standardwerk „The Destruction of the European Jews" über zwei Jahrzehnte lang im deutschsprachigen Raum keinen Verleger. Nicht zuletzt in der deutschen Geschichtswissenschaft, selbst bei jenen Vertreter_innen, die sich die Aufklärung über den Nationalsozialismus zur Aufgabe gemacht hatten, stießen jüdische Autor_innen, auf Skepsis und bisweilen kühle Distanz.

Diese Erfahrung musste auch Joseph Wulf machen. In zermürbenden Kontroversen sah sich der Auschwitz-Überlebende immer wieder mit dem ausgesprochenen oder unausgesprochenen Verdikt angeblicher Subjektivität und Unsachlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus konfrontiert. Ein Vorwurf, der Wulf schwer traf und gegen den er sich beharrlich in seinen Forschungen und in umfangreichen Korrespondenzen mit seinen Kritikern verwahrte. „Ich bin objektiv, aber nicht neutral" beschrieb Wulf sein wissenschaftliches und publizistisches Selbstverständnis — womit er gleichwohl die Ressentiments jener Historiker kaum entkräften konnte, die sich selbst mit dem „Pathos der Nüchternheit" (Nicolas Berg) zu inszenieren versuchten und auf diese Weise die Deutungshoheit über den historischen Nationalsozialismus gegenüber jüdischen Perspektiven für sich reklamierten. In der Fachwissenschaft blieb ihm, dem „galizischen Juden", wie er sich selbst bezeichnete, der nie Geschichte studiert hatte und darauf verwies, dass seine „eigentliche Universität" Auschwitz gewesen sei, bis an sein Lebensende die Anerkennung verwehrt.

Erst seit der Jahrtausendwende wurde Joseph Wulf auch im Kontext der einsetzenden kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle der Geschichtswissenschaft in Deutschland vor und nach 1945 als „Pionier der Holocaustforschung" (wieder-) entdeckt und gewürdigt. Mit seinen akribisch rechechierten Veröffentlichungen zu unterschiedlichen Aspekten der nationalsozialistischen Herrschaft, wie auch durch

sein damals vergebliches Engagement für die Einrichtung eines Internationalen Dokumentationszentrums in der Villa am Wannsee, in der im Januar 1942 die berüchtigte „Wannsee-Konferenz“ stattgefunden hatte, setzte er wissenschaftliche und erinnerungskulturelle Impulse, die allerdings erst lange nach seinem Tod tatsächlich aufgegriffen werden sollten — zu einem Zeitpunkt freilich als der kämpferische Historiker bereits weitgehend in Vergessenheit geraten war.

„Erinnere dich an die sechs Millionen“ — Die Dokumentation der Shoah als Lebensaufgabe

Joseph Wulf, im Dezember 1912 als Sohn einer Kaufmannsfamilie in Chemnitz geboren, widmete sich schon früh der Literatur. Sein erstes Buch mit in jiddisch verfassten Miniaturen erschien im Jahr 1939 in Warschau. Nach dem deutschen Überfall auf Polen schloss er sich in Krakau, dem Sitz des von Hans Frank geführten „Generalgouvernements“, der zionistischen Widerstandsgruppe Akiba an, für die er Botendienste übernahm. Zudem beteiligte er sich an der Produktion einer Untergrundzeitschrift. Im März 1943 wurde Wulf festgenommen und ins Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz verschleppt, wo er unter katastrophalen Bedingungen Zwangsarbeit beim Aufbau des Buna-Werks der IG Farben leisten musste.

Als das Lager im Januar 1945 angesichts der sich nähernden Roten Armee geräumt wurde, gelang ihm die Flucht. Er, Jenta und sein Sohn hatten somit auf unterschiedlichen Wegen die Shoah überlebt, große Teile seiner Familie — Vater, Mutter, Bruder, Schwägerin und Nichte waren hingegen ermordet worden.

Von nun an machte Joseph Wulf die Dokumentation und Erforschung der präzedenzlosen Verbrechen zu seiner Lebensaufgabe. „Erinnere dich an die sechs Millionen“ lautete sein Leitspruch, den er in hebräischer Schrift über seinem Schreibtisch angebracht hatte. Bereits im Februar 1945 beteiligte er sich an der Gründung der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Polen, die sich bemühte das Geschehen in den Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern umfassend zu dokumentieren und Überlebende nach ihren Erfahrungen zu befragen. Nach Zwischenstationen in Schweden und Paris zog Wulf 1955 nach West-Berlin.



Screenshot von www.hagalil.com

Joseph Wulf am Schreibtisch in der Giesebrechtstraße in Berlin mit der Mahnung: „Erinnere Dich an die sechs Millionen“. Quelle/Copyright: In Privatbesitz

Joseph Wulf wurde am 22.12.1912 in Chemnitz als Sohn eines wohlhabenden polnisch-jüdischen Kaufmanns in Chemnitz geboren. Als er fünf war zog seine Familie nach Krakau, wo er auch sein

Dort begann er, teilweise in Kooperation mit Léon Poliakov, der während der NS-Zeit in der französischen Résistance aktiv gewesen war, eine rege Publikationstätigkeit. In schneller Folge erschienen umfangreiche Quellendokumentationen über „Das Dritte Reich und die Juden“ (1955), „Das Dritte Reich und seine Diener“ (1956), „Das Dritte Reich und seine Denker“ (1959) sowie über „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker“ (1960). Die Bände versammelten äußerst heterogene Dokumente und Quellengattungen. Insofern zeichneten sie ein vielschichtiges Bild nationalsozialistischer Herrschaft und standen somit in auffälligem Kontrast zu den während der 1950er Jahre dominierenden Deutungs- und Darstellungsmustern, die in personalisiernder, nicht selten dämonisierender Weise in erster Linie Adolf Hitler und andere führende Protagonisten des Regimes für Krieg, Terror und Massenmord verantwortlich machten. Wulf und Poliakov hingegen widmeten sich gleichermaßen dem „Hinnehmen und Mitmachen“ (Alf Lüdtke) mittlerer und untergeordneter Akteure in unterschiedlichen gesellschaftlichen und administrativen Bereichen. Ebenfalls ungewöhnlich für die Bundesrepublik zur damaligen Zeit: In den Bänden wurden vielfach die Namen von Tätern und Mitläufern genannt, was durchaus auch an prominenter Stelle für Unruhe sorgte.

In der Dokumentation „Das Dritte Reich und die Juden“ veröffentlichten Wulf und Poliakov etwa ein Quellenexzerpt, das den seit 1954 als Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes fungierenden Otto Bräutigam als Mitwisser und Mittäter der Shoah auswies. Während des Nationalsozialismus hatte der nunmehrige Ministerialdirigent im „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ gearbeitet und in diesem Kontext an Planungsrunden teilgenommen, bei denen die Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung in seinem Zuständigkeitsbereich besprochen wurde. Nachdem die Enthüllungen von Wulf und Poliakov politische und mediale Wellen geschlagen hatten, veröffentlichte des Auswärtige Amt ein von einem pensionierten Richter, der im „Dritten Reich“ seinerseits über 2000 Urteile in politischen Strafsachen gefällt hatte, verfasstes Gutachten, das Bräutigam auf fragwürdige Weise entlastete, so dass dieser, zudem ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz, seine Karriere als Generalkonsul der Bundesrepublik in Hongkong fortsetzen konnte.

Mit der Unterstützung durch andere historische Forschungseinrichtungen konnten Wulf und Poliakov kaum rechnen. Im Gegenteil: Martin Broszat vom Münchner Institut für Zeitgeschichte, das sich schwerpunktmäßig und durchaus verdienstvoll der Erforschung des Nationalsozialismus wid-

mete, reagierte auf die Veröffentlichungen dem Historiker Nicolas Berg zufolge „regelrecht allergisch". Der Dokumentation „Das Dritte Reich und seine Diener" attestierte er Polemik und Unwissenschaftlichkeit, ihr fehle die „Distanziertheit wissenschaftlich-historischer Quellenpublikationen", die Verwendung von Fotomaterial berge zudem die „Gefahr suggestiver Überredung anstatt rationaler Überzeugung".

Den Vorwurf emotionalisierend und somit nicht mit der gebotenen „Objektivität" zu argumentieren, erhob Broszat gegenüber Wulf erneut in einer Kontroverse am Beginn der 1960er Jahre. Den Kern der Auseinandersetzung bildete die Erwähnung Wilhelm Hagens in der Dokumentation „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker", in der dessen Rolle als Leiter des Warschauer Gesundheitsamtes während der deutschen Besatzung kurz geschildert und auf die Mitverantwortung des Mediziners für die katastrophalen Zustände im Warschauer Ghetto eingegangen wurde. Hagen, der seine Karriere in der Bundesrepublik fortsetzen konnte und seit Oktober 1958 zum Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes aufgestiegen war, verwahrte sich gegen seine Erwähnung in dem Band. Seiner Interpretation zufolge, habe er sich „um die Durchführung einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik" bemüht. Im April 1963 drohte er Wulf mit einer Unterlassungsklage und verlangte ultimativ, sämtliche noch nicht verkauften Bücher einzuziehen, die entsprechenden Passagen zu korrigieren und seinen Namen in den Neuauflagen zu streichen. Hagen wandte sich zudem an Martin Broszat mit der Bitte, ihn in der Auseinandersetzung mit Wulf durch seine geschichtswissenschaftliche Expertise zu unterstützen.

Der Münchner Zeithistoriker bezog in der Angelegenheit eindeutig Position. In einem Schreiben an Hagen erklärte Broszat: „Ich darf Ihnen versichern, dass wir selbst entsetzt sind, über den Missgriff in Wulfs Buch. Unsere methodischen Einwände gegen diese Art grobflächiger und zusammenhangloser Dokumentation sind dadurch aufs neue bestärkt worden." An Hagens „integeren Haltung während der NS-Zeit als Amtsarzt in Warschau" gebe es „auch nach der Dokumentation von Wulf keine Zweifel." Gleichzeitig richtete sich Broszat an Wulf mit der im anklagenden Tonfall gehaltenen Einschätzung, dass er „die ganze Angelegenheit im Interesse der Sauberkeit zeitgeschichtlicher Dokumentation und Publizistik für außerordentlich bedauerlich" halte und forderte ihn auf,


Screenshot von www.ushmm.org

Joseph Wulf (links) mit Simon Wiesenthal

„Herrn Prof. Hagen Genugtuung" zu verschaffen. Wulf wies dieses Ansinnen ebenso zurück, wie den Vorwurf „unsauber" im wissenschaftlichen Sinne zu arbeiten.

Durch das Verdikt Broszats sah er sich zudem herausgefordert, seine Position als Überlebender der Shoah zu thematisieren und die nicht wörtlich formulierte, aber doch implizit mitschwingende Unterstellung, subjektiver Befangenheit zu widerlegen: „Sie dürfen mir glauben, ich wollte jahrelang keine Zeile über das Dritte Reich schreiben, weil ich selbst kaum annahm, dass ein ehemaliger Ghetto-Insasse und Auschwitz-Häftling, der Sohn ermordeter Eltern, objektiv sein kann. [...] Immerhin hat mir aber bis jetzt noch niemand den Vorwurf ressentimentgeladenen Denkens gemacht. Andererseits sehe ich nicht ein, warum ein Jude des ehemaligen Generalgouvernements subjektiver sein sollte als jedes Behördenmitglied dieses Generalgouvernements."

Die in einem Briefwechsel ausgetragene Kontroverse zog sich über mehrere Jahre hin, ohne dass es dabei zu einer Annäherung zwischen den Kontrahenten kam. Broszat hielt an seinen methodischen Einwänden gegen die Dokumentation „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker" grundsätzlich fest und insistierte darauf, dass Hagen allenfalls in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik „verstrickt" gewesen sei. Daran änderte auch ein von Wulf im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung vorgelegtes, von Hagen unterschriebenes Dokument nichts, in dem vorgeschlagen wurde, im Rahmen der „Fleckfieberbekämpfung" im Warschauer Ghetto auf „vagabundierende Juden" zu schießen. Broszat räumte eher widerwillig die mögliche Relevanz der neuen Quellenfunde ein und beharrte auf seinem Eindruck der „Flüchtigkeit und Vergröberung", die Wulfs Dokumentation kennzeichnen würde.

„Makabre Kultstätte"? — Die Auseinandersetzung um ein Internationales Dokumentationszentrum

Die wenig wertschätzende, häufig unverhohlene arrogante Haltung mit denen nicht nur Broszat, sondern auch andere Vertreter der etablierten Geschichtswissenschaft dem fachlichen Außenseiter begegneten, wurde nicht selten auf anderer Ebene von offenen Anfeindungen mit bisweilen antisemitischen Untertönen flankiert. Diese zeigten sich besonders deutlich in der Auseinandersetzung um die Einrichtung eines Internationalen Dokumentationszentrums im vormaligen Haus der Wannseekonferenz. Die Initiative für das Projekt ging maßgeblich auf Joseph Wulf zurück, der zusammen mit anderen im Sommer 1966 erstmals mit der Idee an die Öffentlichkeit getreten war, in West-Berlin ein Forschungsinstitut zu errichten, das die Aufgabe haben sollte, in internationaler Perspektive Dokumente zum Nationalsozialismus zu sammeln und für die wissenschaftlich-pädagogische Arbeit verfügbar zu machen.

Die Initiative konnte auf eine Reihe prominenter Unterstützer_innen im In- und Ausland zählen, etwa den Philosophen Karl Jaspers oder den Rektor der FU Berlin Hans-Joachim Lieber. Auch Willy Brandt (SPD), zum damaligen Zeitpunkt Regierender Bürgermeister von West-Berlin, schien dem Projekt zunächst aufgeschlossen gegenüber zu stehen. Heftige Kontroversen

entzündeten sich jedoch schon bald an der Frage des Standorts für das Dokumentationszentrum. Paul Wulf, als treibende Kraft der Initiative drängte darauf die Einrichtung in den Räumen der Wannsee-Villa unterzubringen. Diese wurde jedoch bereits als Schullandheim des Bezirks Neukölln genutzt. Obgleich die Initiative um Paul Wulf betonte, dass zunächst ein Ersatzobjekt für das Schullandheim gefunden werden müsse, bevor die Eröffnung des Dokumentationszentrums konkret in Erwägung gezogen werden könne, entbrannte in der Öffentlichkeit nun eine Debatte, in der nicht zuletzt von notorischen Gegner_innen des Projekts die Schulkinder des Bezirks Neukölln gegen die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ausgespielt wurden.

Die von Gerhard Frey herausgegebene extrem rechte „Deutsche National- und Soldatenzeitung" titelte etwa „Berlins Tribut für Judenmorde — Sollen Berliner Kinder für NS-Verbrechen büßen?" Und die ebenfalls extrem rechte „Deutsche Wochen-Zeitung" machte mit der Schlagzeile auf: „Rachedenkmal statt Kinderheim. Ein neues Haus des Hasses in Berlin". Doch auch in der „Mitte der Gesellschaft" stieß das Projekt zunehmend auf Ressentiments und Ablehnung. Der seit September 1967 amtierende Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) warnte etwa im Zusammenhang mit dem geplanten Dokumentationszentrum von der Errichtung einer „makabren Kultstätte". Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) sprach von einem „Denkmal deutscher Schande". Die verbalen Angriffe richteten sich jedoch oftmals auch gegen Wulf direkt. Während ihn die extrem rechte Presse als „fanatischen Initiator" und „politischen Bußapostel" denunzierte bedienten sich auch andere Gegner des Projekts einer mit antisemitischen Stereotypen angereicherten Rhetorik. Der evangelische Theologe Heinrich Grüber, selbst Verfolgter des NS-Regimes und nach dem Zweiten Weltkrieg Gründungsmitglied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, mokierte sich beispielsweise über die „Geschäftstüchtigkeit" Wulfs und forderte den Regierenden Bürgermeister auf, dessen „Machenschaften [...] ein Ende zu bereiten." Zudem kolportierte er das Klischee, das es besonders die (wie Wulf) aus Galizien stammenden Menschen durch ihr Verhalten vor 1933 dazu beigetragen hätten, das Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland zu fördern. Die Errichtung des Dokumentationszentrums scheiterte schließlich. Im Dezember 1967 teilte Klaus Schütz der Initiative mit, dass die Wannsee-Villa als Standort für die Einrichtung nicht in Frage komme. Bemühungen das Dokumentationszentrum an einem anderen Ort in West-Berlin zu verankern verliefen im Sande.

Pionier der Holocaustforschung — eine späte Würdigung

Nicht zuletzt das Scheitern dieses von ihm mit großer Energie betriebenen Projektes verstärkte die zunehmende Desillusionierung von Joseph Wulf. Obgleich er für sein Engagement durchaus Anerkennung erfuhr — im Jahr 1970 wurde ihm etwa die Ehrendoktorwürde der FU Berlin verliehen, fühlte sich Wulf doch zunehmend isoliert. Auch von der Student_innenbewegung versprach er sich keine Impulse für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen. „Die studentische Jugend", resümierte Wulf, interessiere sich kaum für Probleme, „die für mich wesentlich sind." Tatsächlich dominierten in den Diskursen der Neuen Linken nach „1968" oftmals ökonomistisch verkürzte Faschismustheorien, während die Beschäftigung mit den konkreten Aspekten der NS-Vernichtungspolitik allenfalls eine untergeordnete Rolle spielte.

Erst seit dem Ende der 1970er Jahre setzte ein allmählicher erinnerungskultureller Wandel ein. Alltagsgeschichtliche Zugänge sowie die Aktivitäten der an zahlreichen Orten entstehenden Geschichtswerkstätten stellten neue Fragen an die Geschichte des Nationalsozialismus. Auf lokaler und regionaler Ebene rückten nunmehr die vielfach vergessenen Opfer des Regimes in den Mittelpunkt des Interesses. Die im Jahr 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlte US-amerikanische Fernsehserie „Holocaust" stieß zudem erstmals eine breite gesellschaftliche Debatte, um die Partizipation „ganz normaler" Deutscher an der Entrechtung, Ausplünderung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in Deutschland und Europa während der NS-Zeit an. Die Perspektiven jüdischer Überlebender der Shoah, aber auch die Sichtweisen und Erfahrungen anderer durch den NS-Terror Verfolgter fanden sowohl in der Öffentlichkeit, der Geschichtswissenschaft und in der historisch-politischen Bildung stärkere Beachtung. An zahlreichen Orten entstanden, wenn auch nach wie vor vielfach in zähen Auseinandersetzungen Gedenkstätten und andere Erinnerungszeichen. Im Januar 1992 wurde schließlich in der Wannsee-Villa die „Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz" eröffnet.

Zwar waren (und sind) Schlussstrichbestrebungen, Schuldabwehr und die Versuche, die präzendenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus durch unangemessene historische Analogien und totalitarismustheoretische Deutungsmuster zu nivellieren auch weiterhin Kristallisationspunkte heftiger erinnerungskultureller Auseinandersetzungen, gleichzeitig entzündeten sich besonders seit den 1990er Jahren wiederholt öffentliche Debatten, etwa um die so genannten „Wehrmachtsausstellungen" des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die Beteiligung „ganz normaler Männer" (Christopher Browning) an der Shoah oder an der Rolle des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus. Indes: Vieles, was in diesen Kontroversen auf Grundlage scheinbar neuer Erkenntnisse verhandelt wurde war eigentlich so neu nicht, hatte doch bereits Joseph Wulf in seinen Veröffentlichungen und öffentlichen Intervention Jahrzehnte zuvor ähnliche Fragen gestellt. Seine „Revolte gegen das Schweigen" (Raul Hilberg) endete gleichwohl tragisch, sie kann daher kaum als Beleg einer anfänglich defizitären, letztendlich aber vermeintlich erfolgreichen „Vergangenheitsbewältigung" gelten. Die Geschichte von Joseph Wulf erzählt vielmehr von der Kälte und der Ignoranz mit der sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Perspektiven und Deutungsmustern (nicht nur) der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus verschloss. Sie erzählt aber auch von einem Menschen, der sich damit nicht abfinden konnte und wollte. •

REPRESSION

Ein typisches Beispiel für den Einsatz des §129 StGB gegen Antifaschist_innen

Erste Einstellungen im „Antifa-Sportgruppe"-Verfahren in Dresden

VON PEER STOLLE

In dem umfangreichen Ermittlungsverfahren gegen Antifaschist_innen aus Dresden und Umgebung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gem. §129 StGB wurde Ende Mai 2014 das erste Verfahren gegen einen Betroffenen eingestellt. Im September 2014 wurden dann gegen die übrigen mindestens 21 Beschuldigten die Verfahren eingestellt.

Die „Antifa-Sportgruppe" — Ein Hirngespinst von Neonazis und Staatsanwaltschaft

In den Jahren 2008 bis 2010 soll es in Dresden eine Reihe von gewaltsamen Übergriffen von vermeintlichen oder tatsächlichen Antifaschist_innen auf Neonazis gegeben haben. Laut Zeug_innenaussagen sollen die Täter_innen in der Regel schwarz angezogen und vermummt gewesen sein. Tatverdächtige konnten nicht namentlich bekannt gemacht werden. Im Rahmen dieser Verfahren wurden unter anderem stadtbekannte Dresdner Neonazis von der Polizei vernommen, die behauptet haben sollen, dass sie über Informationen zu den Übergriffen verfügen würden, insbesondere Personen namhaft machen könnten und diese Informationen an die Polizei weiterleiten würden. Einer der vernommenen Neonazis habe auch behauptet, dass diese Leute von seinen Freunden „Sportgruppe-Antifa" genannt werden.



Diese nicht näher belegten Behauptungen und Vermutungen nahmen das LKA Sachsen, die KPI (Kriminalpolizeiinspektion) und die Staatsanwaltschaft Dresden zum Anlass, von der Existenz einer kriminellen Vereinigung „Antifa-Sportgruppe" auszugehen, die für sämtliche gewalttätigen Übergriffe auf Neonazis in Dresden verantwortlich zu machen sei. Daraufhin wurde im Mai 2010 seitens der Staatsanwaltschaft Dresden ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet, mit dem die bisherigen Einzelverfahren zusammengeführt worden sind.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens wurde — für ein §129er-Verfahren üblich — eine Reihe von sehr grundrechtsintensiven Ermittlungsmaßnahmen ergriffen. Es wurden Telefonüberwachungen geschaltet, vermeintliche Treffpunkte mit Videokamera über mehrere Wochen überwacht, Beschuldigte observiert und Wohnungen durchsucht. In der Öffentlichkeit wurde dieses Verfahren das erste Mal bekannt, nachdem am 19. Februar 2011 in Dresden in dem gesamten Bereich, in dem die Proteste gegen den alljährlichen Naziaufmarsch stattfanden, Funkzellenabfragen erfolgt sind.

Permanente Ausweitung des Beschuldigtenkreises

Ins Fadenkreuz der Ermittler konnte Jede_r geraten. Es reichte aus, wenn die Staatsanwaltschaft davon ausging, dass die Person der sächsischen Antifa-Szene angehören würde. Es war egal, ob es sich um Aktionen handelte, die spontane Reaktionen auf vorangegangene Provokationen von Neonazis

darstellten, ob überhaupt Vermutungen bezüglich des Täter_innenkreises vorlagen oder ob es sich bei den Sachverhalten überhaupt um strafbares Verhalten gehandelt haben könnte. Die Behauptung, dass sämtliche Straftaten von Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung begangen worden sein sollen, wurde mit einer angeblich augenscheinlichen körperlichen Fitness der vermeintlichen Täter_innen begründet. Außerdem könne man von einem „Kennverhältnis" ausgehen, da bei den Taten keine Kommandos gegeben worden sein sollen. Der Umstand, dass auch der 60-jährige Jenaer Jugendpfarrer Lothar König nach Ansicht der Ermittlungsbehörden Mitglied dieser kriminellen Vereinigung sein soll, der zwar nicht für seine körperliche Fitness, aber für seine Megafon- und Lautsprecherdurchsagen bei Demonstrationen bekannt ist, belegt die Absurdität der Ausgangsthese der Ermittler.

Von den eigentlichen Voraussetzungen, die ein Verfahren gem. §129 StGB rechtfertigen könnten, ließ sich die Staatsanwaltschaft Dresden nicht beirren. Bei einer Vereinigung im Sinne dieses Paragraphen muss es sich um eine feste Organisation handeln, der Zusammenschluss von mindestens drei Personen muss auf einige Dauer angelegt sein und darf sich nicht in der Vereinbarung eines einmaligen Zwecks erschöpfen. Die Ermittler konnten lediglich zusammentragen, dass sich einige der Beschuldigten untereinander kennen und gelegentlich auch miteinander telefonieren. Dabei konnte noch nicht einmal festgestellt werden, dass sich sämtliche Beschuldigte untereinander kennen. Als Beleg für die Existenz einer kriminellen Vereinigung wurde schon der Besitz von Flyern, Fahnen, Zeitschriften und Büchern herangezogen, die einen Bezug zu einer antifaschistischen Grundeinstellung indizieren — offenbar in Sachsen ein Indiz für kriminelle Energie.

Informationssammlung und Einschüchterung sind das eigentliche Ziel

Dem Antifaschisten, dessen Verfahren jetzt im Mai eingestellt wurde, wurde vorgeworfen, in einem Auto, in dem sich ein weiterer Beschuldigter befunden haben soll, von der Polizei kontrolliert worden zu sein. Außerdem habe er telefonischen Kontakt zu einem weiteren Beschuldigten gehabt. Des weiteren soll er versucht haben, Proteste gegen eine Aktion von Neonazis auf dem Dresdner Altmarkt zu organisieren. Schließlich soll sein Mobilfunkgerät zu einem Zeitpunkt in einer Funkzelle eingeloggt gewesen sein, zu dem einerseits ein Straßenfest mit mehreren tausend Besucher_innen und andererseits eine Auseinandersetzung mit Neonazis stattgefunden habe soll. Das war's. Das reichte.

Diese, noch nicht mal im Ansatz die Annahme eines irgendwie gearteten Verdachts auf eine Straftat belegenden Indizien reichten nicht nur aus, gegen den Antifaschisten ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung einzuleiten und ihn mit einer Vielzahl von grundrechtsintensiven Maßnahmen zu überziehen. Er wurde auch kurzerhand zum „Rädelsführer" dieser kriminellen Vereinigung gemacht; getreu nach dem Motto, wer noch nicht mal ansatzweise mit Straftaten, die der kriminellen Vereinigung zugerechnet wurden, in Verbindung gebracht werden kann, muss daher der „Hintermann" und „Strippenzieher" sein — in Mafiakreisen würde man ihn als Paten bezeichnen.

Dieses Verfahren zeigt mit aller Deutlichkeit, dass es sich bei dem §129 StGB um einen reinen Ermittlungsparagraphen handelt, der das Ziel hat, politische Szenen auszuforschen und ihre Arbeit zu behindern. Schon Spekulationen und Behauptungen reichen aus, um schwer wiegende Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen. Das Vorgehen der Dresdner Staatsanwaltschaft bestätigt mal wieder die Notwendigkeit der Abschaffung dieses Paragraphen.

Erhebliche Distanz zu Recht und Gesetz

Nach Erhebung mehrerer Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den ermittlungsführenden Staatsanwalt und seinen Abteilungsleiter wurde nun das Ermittlungsverfahren gegen den Betroffenen nach mehr als drei Jahren eingestellt. Aufgrund der Nichtexistenz von belastbaren Indizien war die Einstellung des Verfahrens wegen mangelnden hinreichenden Tatverdachts gem. § 170 Abs. 2 StPO zwingend. Stattdessen wurde das Verfahren wegen angeblich geringer Schuld gem. § 153 Abs. 1 StPO eingestellt.

Eine solche Einstellung dient eigentlich der Verfahrenserledigung in Fällen von Bagatellkriminalität. Mit der Auffassung, dass die Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung auf die gleiche Stufe zu stellen wäre wie Ladendiebstahl, steht die Staatsanwaltschaft Dresden wohl alleine. Diese Begründung steht auch im krassen Gegensatz zu dem erheblichen Ermittlungsaufwand, den die sächsischen Ermittlungsbehörden an den Tag gelegt haben und der zu keinerlei Bestätigung der imaginären Vereinigung geführt hat. Dass die Ermittlungsergebnisse nicht einmal dazu reichen, die Staatsanwaltschaft zur Anklage des vormals als Rädelsführer der angeblichen kriminellen Vereinigung Beschuldigten zu bewegen, ist bemerkenswert. Hier haben die Dresdner Behörden ein Zeichen gesetzt, das darauf hindeutet, dass das komplette „Sportgruppen"-Verfahren vorrangig dem Ausspähen antifaschistisch engagierter Personen dient und tatsächliche Strafverfolgung nur eine Nebenrolle spielt.

Würde sich die Dresdner Staatsanwaltschaft an Recht und Gesetz halten, hätte sie das Verfahren wegen mangelnden hinreichenden Tatverdachts einstellen müssen. Das wäre die einzige richtige Konsequenz gewesen. Dass sie das nicht getan hat, zeigt ein weiteres Mal, dass die Staatsanwaltschaft Dresden scheinbar rechtliche Vorgaben für sich als nicht bindend ansieht. Mit dieser Vorgehensweise will sie vermeiden, die Haltlosigkeit der von ihr erhobenen Vorwürfe einzugestehen. Durch diese rechtswidrige Vorgehensweise erschwert sie dem Betroffenen, ihm zustehende Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Dies zeigt zum wiederholten Mal, dass die sächsischen Ermittlungsbehörden bei der Verfolgung von Antifaschist_innen scheinbar zu jeder Verletzung von Recht und Gesetz bereit sind. •

Peer Stolle ist Rechtsanwalt in Berlin und Mitglied im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) und hat den Beschuldigten, von dessen Einstellung hier die Rede ist, verteidigt.

SCHWEDEN

Rechtspopulistische Schwedendemokraten werden drittstärkste Partei im Parlament

In der rassistischen Realität angekommen

Noch vor vier Jahren waren sich politische Kommentator_innen, Forscher_innen und Aktivist_innen recht einig: Die rechte Partei „Sverigedemokraterna" (Schwedendemokraten, SD) war zwar mit 5,7 Prozent der Stimmen erstmals im Parlament vertreten, was als ärgerlich und schockierend genug angesehen wurde — eine Wiederwahl schien aber niemandem wahrscheinlich. Erstens wurden die SD kaum ernst genommen: zu unprofessionell, personell schlecht ausgestattet und wie die meisten „Ein-Punkt-Parteien" mies informiert in allen Themen außer ihrer Herzensangelegenheit, der Immigration. Zweitens war auch die letzte rechtspopulistische Partei, „Ny demokrati", die es in den 1990er Jahren ins Parlament geschafft hatte, eine Ein-Legislaturperioden-Fliege geblieben. Drittens konnte sich kaum jemand so recht vorstellen, dass die schwedische Bevölkerung ein ähnliches rassistisches Potential aufbringt wie die meisten anderen. All diese Überlegungen wurden am 14. September als fromme Wünsche entlarvt: SD erreichten landesweit 13,3 Prozent der Stimmen und wurden zur drittstärksten Partei in Schweden. Was ist passiert in der skandinavischen Vorzeige-Wohlfahrts-Demokratie?

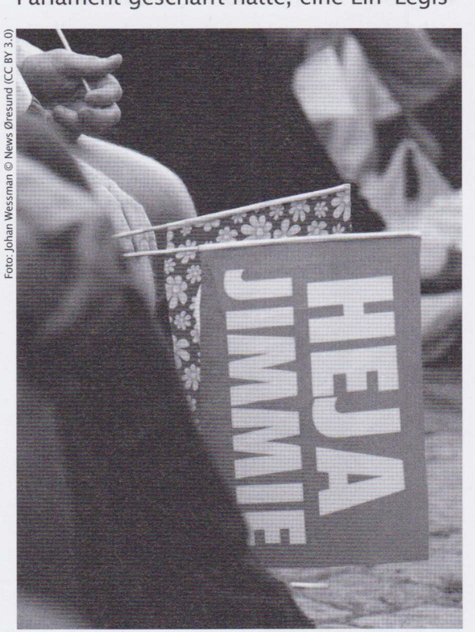


Foto: Johan Wessman © News Øresund (CC BY 3.0)

Acht Jahre bürgerliche Koalition: Fortführung des sozialdemokratischen Ausverkaufs

Seit der Finanzkrise Ende der 1990er Jahre haben zunächst die sozialdemokratische, nun seit acht Jahren die bürgerlich-liberale Regierung eine Privatisierung des staatlichen Sektors betrieben, die in ihrer Radikalität in Europa ihresgleichen sucht. Kindergärten, viele Schulen, der gesamte Pflege- und Gesundheitsbereich, sogar der Notruf sind privat. Statt der erhofften Steigerung der Effektivität hat die Qualität des Ausbildungs- und Gesundheitswesens abgenommen, Skandale über Wartezeiten in Krankenhäusern oder grobe Vernachlässigung von alten Menschen in Pflegeeinrichtungen häufen sich. Vor allem die bürgerlich-liberale Regierung wurde angeklagt, den staatlichen Besitz spottbillig an Risiko-Kapitalgesellschaften verkauft zu haben, deren vornehmliches Ziel nicht gerade die Einhaltung von Mindeststandards in der Altenpflege ist. Die Linkspartei trat auch diesmal im Wahlkampf mit der Parole „Keine Gewinne in der Wohlfahrt" an — nicht ganz realistisch angesichts der breiten Unterstützung aus allen politischen Lagern für die Privatisierung seit 20 Jahren. „Wohlfahrt" steht dabei für ein Bündel an ehemals staatlichen Leistungen und Einrichtungen, die immer weiter gekürzt und die sowohl von der Linken als auch etwa von SD mit den Verhältnissen der 1960er und 1970er Jahre verbunden werden — dies ist einer der Aspekte, mit denen sich SD als „weder rechts noch links" präsentieren möchten, denn der Wunsch, zum Wohlfahrtsstaat von vor 40 Jahren zurückzukehren, ist in Schweden eine linke politische Utopie, der sich SD in Teilen anschließen. Eine Utopie in weiter Ferne, die sich laut SD mit einer Einschränkung von Immigration und Familiennachzug um 90 Prozent verwirklichen lassen würde.

Bürgerlich-liberale Migrationspolitik: „Öffnet eure Herzen!"

Schweden ist Mitglied im Schengen-Verband und teilt insofern die europäische Grenz- und Asylpolitik in all ihren schrecklichen Konsequenzen. Dennoch ist Schweden beliebt als Fluchtpunkt, mit Abstand gibt es hier die meisten Asylsuchenden relativ zu den Einwohner_innen. 2013 erhielten rund 50 Prozent der Asylsuchenden in erster Instanz eine Aufenthaltserlaubnis — mit riesigen Schwankungen je nach Herkunftsland, nach Afghanistan und in den Irak etwa wird auch aus Schweden abge-



Jimmie Åkesson,
Chef der „Sverigedemokraterna“

schoben. Diejenigen, die es bis in den Norden geschafft haben und nicht per Dublin-Verordnung sofort abgewiesen werden, können während und nach ihrem Asylverfahren eine große Neuerung der abgewählten Koalition genießen: Asylbewerber_innen haben in Schweden während der Dauer ihres Verfahrens eine Arbeitserlaubnis, und wird ihr Asylgesuch abgelehnt, können sie noch zwei Wochen danach ein Arbeitsvisum beantragen, ohne das Land verlassen zu müssen. Auch die Einreise nach Schweden mit einem neu ausgestellten Arbeitsvisum ist vergleichsweise einfach. Die Mindestanforderungen (relativ niedriges Gehalt, aber gemäß Tarifvertrag, Sozialversicherung, gültiger Pass) sind oft zu erreichen, insbesondere dann, wenn jemand in Schweden bereit ist zu helfen. Gleichzeitig liegt in Schweden die Arbeitslosigkeit bei etwa 8 Prozent, bei den unter 25-Jährigen sogar bei 25 Prozent.

Einen Monat vor der Wahl, nach einem Sommer voller Kriege weltweit, thematisierte Staatsminister Fredrik Reinfeldt (Moderaterna, „Die Gemäßigten“) die Situation und kündigte an, dass die stark steigenden Flüchtlingszahlen in Schweden den Spielraum für staatliche Investitionen in naher Zukunft weiter einschränken würden. „Öffnet eure Herzen“, bat er die Schwed_innen, und mahnte Geduld an, bis die Migrant_innen voll integriert und nicht mehr nur ein Kostenfaktor sein würden. Was als Erklärungsversuch für die miserablen Staatsfinanzen und als offenes Wort zur Migrationspolitik gemeint war, erwies sich als taktischer Fehler: die Mehrheit derjenigen, die zum ersten Mal SD wählten, kam von der Regierungspartei Moderaterna (das war allerdings schon vor Reinfeldts Rede absehbar) und wollte offenbar ihre Herzen und Geldbeutel nicht öffnen.

Als eine weitere Konsequenz der bürgerlich-liberalen Regierung mit ihrer relativ europa-freundlichen Politik wird die Zunahme von EU-Migrant_innen gesehen. Bis zu ihrer Ankunft gab es in Schweden kaum sichtbare Armut und Obdachlosigkeit — nun werden die Bettler_innen immer wieder Opfer von tätlichen Angriffen. Es fehlt an einer offiziellen Statistik, aber es ist bereits mehrmals vorgekommen, dass Zeltlager zerstört und die zugehörigen Autos verbrannt wurden. SD ist die einzige Partei, die offen ein Verbot von Bettelei fordert, und damit den Nerv vieler Großstadtbewohner_innen trifft, die kein Elend sehen wollen.

SD und die anderen

SD haben im Gegensatz zu den meisten rechtspopulistischen Parteien ganz klare Wurzeln in der extremen Rechten. Doch die verschiedenen Richtungswechsel, personellen Säuberungen und Abgrenzungsversuche gegen „Rassisten und Extremisten“ scheinen Wirkung zu zeigen — jede siebte Person in Schweden findet nun ein ehemaliges Sammelbecken für rechte Skinheads und Altnazis wählbar. Das wiederum ist für viele schwer zu akzeptieren. Entsprechend thematisierten die meisten der Kampagnen, Zeitungsartikel, Demoaufrufe etc. gegen SD deren Rassismus und, wie einige gar meinen, „Faschismus“ sowie diverse Skandale wie tätliche Angriffe von SD-Mitgliedern, Veruntreuung von staatlichen Mitteln und personelle Verbindungen zu volksverhetzenden Internetseiten. Dabei sind SD ein Paradebeispiel dafür, wie eine Abkehr von klar neofaschistischer Ideologie und Praxis hin zum Rechtspopulismus rassistische Parolen salonfähig macht und damit einem vorhandenen rassistischen Potential eine Plattform bietet.

Ein weiterer Aspekt ist die neue Stärke der extremen Rechten, von deren Gewalttätigkeit sich SD distanzierten, während sie gleichzeitig deren Themen in die etablierten Medien tragen. Vor allem Mitglieder der „Svenskarnas parti“ (Partei der Schweden, SvP) und von „Svenska motståndsrörelsen“ (Schwedische Widerstandsbewegung) haben im vergangenen Jahr durch tätliche Übergriffe auf linke Personen und Veranstaltungen auf sich aufmerksam gemacht; zudem nehmen die Aufmärsche von SvP in den Städten deutlich zu, was regelmäßig zu Straßenschlachten führt. SD, von eben dieser extremen Rechten als zu weich und zu israelfreundlich beschimpft, scheinen von diesen Manifestationen rechter Gewalt zu profitieren.

Wie weiter?

Die Tatsache, dass eine Partei, die das politische Establishment als undemokratisch ansieht, demokratisch gewählt wurde, scheint die politische Landschaft grundlegend zu verändern. Die bisherige Politik der weitgehenden Isolation von SD im Parlament wird sich in der Praxis kaum konsequent weiterführen lassen. Die schwierige Regierungsbildung ist noch nicht abgeschlossen — wie sehr eine starke rechtspopulistische Partei die Politik einer Minderheitenregierung beeinflussen kann, hat zuletzt das Beispiel Dänemark gezeigt. •



INTERNATIONAL

Der rechte Traum von einem deutsch-russischen Bündnis

Als Josef Stalin im März 1952 Frankreich, Großbritannien und den USA Verhandlungen über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Festlegung eines neutralen Status Deutschlands anbot, schlug dies hohe Wellen. Die Adenauer-Regierung hatte sich früh auf die so genannte ‚Westintegration' festgelegt und lehnte die ‚Stalin-Note' ab. Eine politische Minderheit trat dafür ein, den Vorschlag genauer zu prüfen. Auch die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland (alt) war an der Frage der Bewertung der ‚Stalin-Note' gespalten. Dominierte bei vielen der dogmatische Antikommunismus, so gab es andere, für die die ‚Einheit der Nation' vorgängige Zielsetzung war. Zwar sollte mit einem Friedensvertrag auch die deutsch-polnische Grenze entsprechend der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz entlang Oder und Neiße endgültig festgelegt werden, der geplante Abzug aller Streitkräfte der Besatzungsmächte sowie eine Ende der Entnazifizierung und die Möglichkeit der Aufstellung einer Armee und der Produktion von Kriegsgerät in Deutschland konnten von der extremen Rechten positiv bewertet werden.

In den folgenden Jahrzehnten blieb es in der extremen Rechten stets umstritten, wie dem gemeinsam vertretenen Ziel der ‚Wiedervereinigung' bzw. der ‚Wiedererrichtung des Reiches' näher zu kommen sei: als Teil eines militärisch starken ‚Westens' oder unabhängig und außerhalb der NATO (und hinsichtlich der DDR vom Warschauer Pakt). Die Kontroverse führte zu zahlreichen Büchern, wie beispielsweise ‚Deutschland von Russlands Gnaden' (Emil Maier-Dorn, 1972) oder ‚Zur Feindschaft verdammt? Die deutsch-russischen Beziehungen gestern — heute — morgen' (Osswald Feller, 1977). Die Fokussierung von Teilen der extremen Rechten auf Russland brachte zeitweise auch Gruppen wie die Deutsch-Russländische Gesellschaft e.V. (1957—1996) hervor, die sich in ihren Aktivitäten (u.a. Preisverleihungen) und ih-

rer Zeitung ‚Russland und Wir' positiv auf die reaktionäre Russisch-Orthodoxe Kirche sowie die Wlassow-Armee bezog. Die sogenannte Wlassow-Armee war ein russischer Freiwilligenverband, der ab Ende 1944 an der Seite der Nazi-Wehrmacht kämpfte. In jüngerer Zeit trat vereinzelt die vom österreichischen Altnazi Herbert Schweiger gegründete Deutsch-russische Friedensbewegung europäischen Geistes e.V. in Erscheinung.

Der Machtverlust der Kommunistischen Partei sowie der Zerfall der Sowjetunion wurden von der extremen Rechten zunächst begrüßt, letzteres als Durchsetzung des ‚völkischen Prinzips' (ein Volk = ein Nationalstaat) interpretiert. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Aufhebung der letzten besatzungsrechtlichen Beschränkungen durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag 1991 sah die extreme Rechte Deutschland wieder ‚auf die Bühne der Weltpolitik' zurückgekehrt. Zahlreicher waren daher in den frühen 1990er Jahren die Überlegungen, wie Deutschland seine angeblich geopolitisch bedingte Rolle als Ordnungsmacht in Europa wieder wahrnehmen könne.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion setzte sich in der extremen Rechten endgültig ein scharfer Antiamerikanismus durch. Die herausgehobene weltpolitische Rolle der USA — historisch in zwei Weltkriegen gegen den deutschen Imperialismus, aktuell als stärkste Militärmacht — sowie die durch den Verzicht auf das völkische Prinzip konstituierte Gesellschaft machen die USA (neben Israel) zum Hauptfeind der extremen Rechten. Zur Überwindung der US-Hegemonie und zur Etablierung Deutschlands als führende Macht in einem weite Teile Europas umfassenden Großraums strebt die extreme Rechte auch den Zugriff auf Atomwaffen an.

Sie ist sich zugleich bewusst, dass es zur Durchsetzung dieser Politik Verbündeter bedarf. Dabei wird insbesondere an Russland gedacht, das man sich mindestens als starken Akteur gegenüber den USA und der NATO wünscht. Darüber hinaus werden jene politischen Kräfte in Russland favorisiert, die gegen ‚westliche' Einflüsse auftreten und anti-liberale Konzepte vertreten. Entsprechend wurde die Regierungszeit Boris Jelzins in den 1990er Jahren kritisch bewertet, habe sie doch dem Organisierten Verbrechen — hier wird etwa Michail Chodorkowski genannt — durch eine ‚Politik des Ausverkaufs' großen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ermöglicht. Demgegenüber wird die Regierung Putin insbesondere mit Blick auf das weltpolitische Handeln weitgehend positiv gesehen. Zugleich wird aber auch kritisiert, dass es der Putin-Regierung an der Bereitschaft mangele, eine weltweite Front anti-amerikanischer und anti-liberaler Kräfte zu schaffen.

Bereits anlässlich des Kaukasuskrieges 2008 hat die extreme Rechte in Deutschland weitgehend das Handeln der russischen Regierung einschließlich des Einmarsches russischer Truppen nach Georgien begrüßt. Diese Position wurde regelmäßig — etwa in der NPD-Parteizeitung ‚Deutsche Stimme', in ‚Nation & Europa' oder im ‚Euro-Kurier' aus dem Grabert-Verlag — durch antisemitisch grundierte Verweise auf enge georgisch-israelische Beziehungen und die Behauptung, insbesondere Israel profitiere von dieser Auseinandersetzung, unterfüttert. Darüber hinaus wurde das Recht Russlands betont, in ‚seinem Großraum' als Ordnungsmacht auftreten zu dürfen — insbesondere wenn es zugleich um die Zurückdrängung des Einflusses anderer Großmächte geht. Der von maßgeblichen Teilen der deutschsprachigen extremen Rechten favorisierten Vision eines Bündnisses Deutschlands mit Russland soll durch zahlreiche historische Verweise auf enge Beziehungen zwischen den beiden Ländern Plausibilität verliehen werden. Hierzu gehört die regelmäßige positive Erwähnung von Katharina der Großen, die — in Preußen geboren — seit Juli 1762 Zarin von Russland war und den Machtbereich des Landes insbesondere nach Westen (Teilungen Polens 1772, 1793, 1795) sowie im Zuge der beiden russisch-türkischen Kriege (1768—1774; 1787—1792) nach Süden (Zugang zum Schwarzen Meer) ausweitete.

Ähnlich häufig finden sich in den Texten der extremen Rechten positive Verweise auf die ‚Konvention von Tauroggen' aus dem Jahr 1812. In dieser schlossen die russische Armee und das preußische Hilfskorps, das nach der Niederlage Preußens gegen Frankreich (1806/07) Teil der Streitkräfte Napoleons in dessen Feldzug gegen Russland war, einen separaten Friedensvertrag. Die preußischen Truppen wurden mit sofortiger Wirkung für neutral erklärt, die Konvention trug maßgeblich zum Abschluss des russisch-preußischen Bündnisvertrages von Kalisch (Februar 1813) bei und in Folge der Niederlage Napoleons konnte Preußen einen erheblichen Gebietszuwachs verzeichnen, der auf dem Wiener Kongress (September 1814 bis Juni 1815) vertraglich fixiert wurde.

Mit Blick auf das 20. Jahrhundert wird eine positive Darstellung der militärischen Kooperation zwischen der Sowjetunion und der Reichswehr in der ersten Hälfte der 1920er Jahre verbreitet. Während Deutschland den Aufbau einer wehrtechnischen Industrie und die Generalstabsausbildung unterstützte, konnte das Deutsche Reich – unter Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages — Rüstungsgüter aus der Sowjetunion beziehen und auf dortigem Territorium Truppen ausbilden und chemische Kampfstoffe herstellen.

Neben der Würdigung einer ‚Politik zu beidseitigem Vorteil' finden sich insbesondere bei denjenigen Vertretern der extreme Rechten, die sich an der Bestimmung ‚völkischer Zugehörigkeit' entlang von Kriterien wie Siedlungsraum, Sprache und Kultur versuchen, auch die These einer ‚Verwandtschaft von Germanen und Slawen'. Hierzu gehört etwa der Unterzeichner des rassistischen Heidelberger Manifestes Helmut Schröcke mit seinem Buch ‚Germanen — Slawen. Vor- und Frühgeschichte des ostgermanischen Raumes'. Ziel entsprechender Behauptungen seitens der extremen Rechten ist die Markierung ‚germanischen [sprich: deutschen] Lebensraums'.

Der damit verbundene Anspruch wird noch immer gegenüber den ‚ehemaligen deutschen Ostgebieten' erhoben. Insofern bleibt die Rückführung der zum russischen Staatsgebiet gehörenden Oblast Kaliningrad (‚Ostpreußen') ein weiterhin bestehendes Ziel der extremen Rechten Deutschlands. •

ÖSTERREICH

Anfang 2013 hob die österreichische Kriminalpolizei ein kriminelles Netzwerk aus, auf dessen Konto zahlreiche Verbrechen wie etwa Brandstiftung oder schwerer Raub gehen. Seinen Ausgang hatte das österreichisch-deutsche Netzwerk im neonazistischen „Kulturverein“ Objekt 21 im oberösterreichischen Desselbrunn.[1] Dessen Anführer wurden mittlerweile verurteilt[2], von einer vollständigen juristischen Aufarbeitung des Falles kann aber noch lange nicht die Rede sein.

Das Objekt 21

Ein österreichisch-deutsches Neonazi-Netzwerk vor Gericht

VON HERIBERT SCHIEDEL

Prozessreigen

Im bisher letzten Verfahren gegen die Objekt 21-Bande wurden Mitte August diesen Jahres mit Jürgen Windhofer und Manuel Spindler dessen führende Köpfe zu sechs Jahren und neun Monaten bzw. zu vier Jahren und acht Monaten verurteilt. Während in diesem Prozess nur die rein kriminellen Machenschaften zur Sprache kamen, wurden einige der zahlreichen Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz bereits im November 2013 vor einem Welser Geschworenengericht verhandelt. Damals setzte es für Windhofer sechs und für Spindler vier Jahre Haft, fünf mitangeklagte Neonazis kamen mit teilbedingten und bedingten Haftstrafen[3] zwischen 18 und 30 Monaten davon. Auch diese Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Am Anfang des sich über vier Jahre hinziehenden Verfahrens nach dem Verbotsgesetz stand ein Zufallstreffer: Im Mai 2009 wurden bei einer Polizeikontrolle des Autos von Windhofer verbotene Waffen und zahlreiche NS-Devotionalien gefunden. Am Steuer saß damals Spindler, der spätere formale Objekt 21-Anführer. Ebenfalls dabei war der im Juni 2013 verhaftete deutsche Neonazi Philip Tschentscher, dem die Justiz in einem gesonderten Verfahren Anfang 2014 nachwies, seit 2009 als „Reichstrunkenbold“ die Szene mit härtestem NS-Gesang versorgt zu haben. Trotz dieser belastenden Funde sah die Vereinsbehörde im März 2010 keinen Anlass, die Zulassung des von Spindler angemeldeten und geführten „Kulturvereins“ Objekt 21 zu untersagen.



Teilnehmer eines „Balladenabends“ im Objekt 21 — links Jürgen Windhofer und rechts Manuel Spindler.

Auch ansonsten haben sich die oberösterreichischen Behörden nicht gerade durch besonderen Ermittlungseifer ausgezeichnet. Ein Objekt 21-Aktivist wusste vor Gericht etwa zu berichten, dass man bei einer Hausdurchsuchung die Polizei einfach eine Stunde lang vor verschlossener Türe warten ließ und so belastendes Material verstecken konnte. Und der Besitzer des Bauernhofes, in dem sich die Neonazis Anfang 2009 eingemietet hatten und der als Veranstaltungsort von Konzerten mit so einschlägigen Bands wie Gigi und die brau-

nen Stadtmusikanten diente, sagte aus: „Es gab mehrere Razzien im Haus, bei denen die Polizei nicht viel gefunden hat. Die Mieter haben mir dann auch zu verstehen gegeben, dass sie mit der Exekutive unter einer Decke stecken und dort Freunde haben. Sie haben behauptet, dass sie Tage vorher immer schon gewusst haben, wenn eine Hausdurchsuchung stattfindet. Das hat mein Vertrauen in die Polizei immens erschüttert."

Erst nachdem engagierte Antifaschist_innen auf die neonazistischen Umtriebe im gemieteten Desselbrunner Bauernhof hingewiesen und politischen Druck aufgebaut hatten, kam es Ende 2010 zum Verbot des Vereins Objekt 21, der es mittlerweile auf mehr als 200 Mitglieder gebracht hatte. Ihre kriminellen Aktivitäten im Zuhältermilieu setzten die Neonazis danach mit noch größerer Intensität fort. Erst das Geständnis eines verhafteten Auftraggebers führte Anfang 2013 zum Auffliegen des kriminellen Netzwerkes. Von den 35 Personen, gegen die ursprünglich Ermittlungen eingeleitet worden waren, mussten sich neben dem Auftraggeber bis dato erst acht Männer vor Gericht verantworten. Etwas weiter fortgeschritten ist die strafrechtliche Ahndung der neonazistischen Betätigung seitens der führenden Objekt 21-Kader: Von den ursprünglich elf Personen, gegen die nach dem NS-Verbotsgesetz ermittelt worden war, sind bereits sieben verurteilt (s. o.).

Deutsche Neonazis in Österreich

Zahlreiche Delikte, die dem Objekt 21-Netzwerk zur Last gelegt wurden, waren von deutschen Neonazis begangen worden. Insbesondere zur ähnlich gestrickten Hausgemeinschaft Jonastal (Crawinkel) bestanden beste Kontakte. Im März 2014 wurde Steffen Mäder aus Thüringen wegen mehrerer Einbrüche, Beteiligung an einem versuchten Brandanschlag und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung von einem Welser Gericht zu drei Jahren unbedingter Haft verurteilt. Mäder war einer jener deutschen Neonazis, die von Andreas P. für die Machenschaften von Objekt 21 rekrutiert wurden. Der ebenfalls aus Thüringen stammende P. wiederum soll 2008 von Tschentscher mit den österreichischen Kameraden bekannt gemacht worden sein. Im November 2012 wurde P. in Gotha verhaftet und nach Österreich ausgeliefert. Im August 2013 wird auch Mäder verhaftet und nach Österreich überstellt. Die beiden wurden im März diesen Jahres gemeinsam verurteilt[4], wobei die Anklage maßgeblich auf den Geständnissen von P. aufbaute. Auch andere ehemalige Kameraden waren von P. schwer belastet worden, was ihm massive Drohungen aus der deutsch-österreichischen Neonaziszene einbrachte. Im Zuge von Mäders Verhaftung kam es auch zu Hausdurchsuchungen in Crawinkel, wo er als einer der führenden Aktivisten der Hausgemeinschaft Jonastal agiert hatte. Auch in Ballstädt wurde eine Immobilie durchsucht, an deren Kauf Mäder beteiligt war. Bei den Razzien wurde auch ein illegales Waffenlager ausgehoben.



Philip Tschentscher versorgte unter dem Namen „Reichstrunkenbold" die Szene mit härtestem NS-Gesang.



Neben dem in Ungnade gefallenen P. gilt Tschentscher als zentraler Verbindungsmann zwischen der österreichischen und deutschen Neonazi-Szene. Der politische Ziehsohn von Manfred Roeder war nicht nur als Handlungsreisender in Sachen Nazi-Devotionalien unterwegs, sondern versuchte sich auch als „Liedermacher". Die CD, die Tschentscher alias „Reichstrunkenbold" unter dem bezeichnenden Titel „Der Untergrund stirbt nie" 2010 rausgebracht hatte, war im Objekt 21-Vereinslokal aufgenommen und von Windhofer sowie einem Mitangeklagten, der auch das Cover gestaltet hatte, vertrieben worden. Während Tschentscher den im November 2013 nach dem Verbotsgesetz angeklagten „Kameraden" beim Rausgehen aus dem Gerichtssaal noch zurief: „Lasst euch nicht unterkriegen! Alles für Deutschland!", gab er sich im eigenen Verfahren Anfang 2014 plötzlich geläutert: In der Haft sei ihm das Unrecht seiner Taten bewusst geworden und darum möchte er künftig ein „unpolitisches Leben" führen. •

1 Vgl. AIB Nr. 98 2 Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig 3 „teilbedingte" und „bedingte" Haftstrafen entsprechen der deutschen Bewährungsregelung 4 Auch dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

BULGARIEN

Der damals 21-jährige Australier Jock Palfreeman reiste 2007 nach Bulgarien, um dort Urlaub zu machen. Am 28. Dezember wurde er in Sofia Zeuge eines rassistischen Übergriffs. Eine Gruppe rechter Hooligans attackierten einen Roma. Er tat, was leider zu wenige tun: Er griff ein. Bei der anschließenden Auseinandersetzung wurde einer der Angreifer, Andrej Monov, Sohn eines ranghohen Regierungsmitarbeiters und früheren Polizeibeamten, durch einen Messerstich tödlich verletzt. Jock sitzt seitdem in einem bulgarischen Gefängnis, zeitweilig in Isolationshaft, verurteilt zu 20 Jahren wegen Mordes. Er kämpft gegenwärtig für eine Revision und für die Verlegung nach Australien.

„Schließlich waren es zu viele“

Interview mit Jock Palfreeman

Hallo Jock. Wir haben schon mehrfach über deinen Fall berichtet, er ging uns sehr nahe. Erstmal vorweg: Wie geht es dir?

Als erstes möchte ich mich bei den europäischen Antifaschist_innen für ihre kontinuierliche Unterstützung bedanken. Ich selbst bin in Form und bereit für die Auseinandersetzung mit dem bulgarischen Staat für weitere 14 Jahre.

Wie ist dein Alltag hier im Gefängnis? Wie begegnen dir die Insassen und die Wärter? Hast du Probleme mit Neonazis oder Rassisten unter ihnen, die deinen Fall kennen?

Mein Alltag ist relativ einfach. Um 6.30 Uhr und 8.30 Uhr gibt es Anwesenheitskontrollen, die von den Schließer_innen als Möglichkeit zur Provokation genutzt werden. Sie holen uns aus den Betten und lassen uns in einer Reihe aufstellen. Wenn es keine Zwischenfälle gibt, gehe ich um 9 Uhr in den Computerraum, um für mein Geschichts- und Politikstudium zu arbeiten. Der Zugang zum Computer ist sehr wichtig für mich, weil ich unter Dyslexie leide und mir deshalb handschriftliches Arbeiten schwer fällt. Die Zeit im Computerraum bedeutet für mich Freiheit für den Geist, in der meine Finger über die Tastatur tanzen können. Die anderen Gefangenen verstehen sich gut mit mir, sie schätzen meinen Humor und meine Moral. Ich bin bekannt für meinen Gerechtigkeitssinn, weshalb ich auch in die Gefangenenvertretung gewählt wurde. Diese dient in der Regel als Mittel der internen Unterdrückung der Gefangenen und das ist keine Übertreibung. Wenn z.B. ein Häftling in den Hungerstreik tritt, wird die Gefangenenvertretung von den Schließer_innen beauftragt zu intervenieren. Das bedeutet nichts anderes, als den Protestierer einzuschüchtern, entweder durch die Androhung von Gewalt oder das Verstecken von Drogen in seiner Zelle und Alarmieren der Schließer_innen. Beides passiert regelmäßig. Während des Massen-Hungerstreiks von syrischen Refugees im Sommer 2013 hat ein Mitglied der Gefangenenvertretung einen syrischen Refugee (welcher der illegalen Grenzüberschreitung beschuldigt wird) zusammengeschlagen und ihm Stift und Papiere — wichtige Arbeitswerkzeuge, z.B. zum Verfassen von Beschwerden — gestohlen.

Ich versuche, dieser Art von Unterdrückung entgegenzutreten. Da ich für meinen Zellenblock in der Gefangenenvertretung bin, können die Häftlinge fordern, dass ich bei Durchsuchungen anwesend bin. Auch helfe ich ihnen z.B. bei der Abfassung von Zeugenaussagen oder Beschwerden. Einige Schließer_innen versuchen, mich daran zu hindern. Es gibt auch ein paar Neonazis im Gefängnis. Aber wie in Russland werden die Neonazis vom Staat geschützt und in der Regel nicht verurteilt. Die Insassen sind zu 70 Prozent Roma. Ich werde nicht von Rassisten belästigt, obwohl die weiße Mehrheit der Bulgaren äußerst rassistisch ist. Meistens betrachten sie mich mit Mitleid. Sie denken, dass ich naiv war, weil ich mein Leben für einen „dreckigen Zigeuner“ verschwendet habe.

Kannst du für die jüngeren Leser_innen unseres Blattes noch einmal kurz berichten, was am 28. Dezember 2007 passiert ist? Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?

Am 28. Dezember 2007 sah ich, wie 12 Neonazis des Fußballclubs Levski Ultra einen jungen Roma die Straße entlang jagten und schlugen. Als ich zu seiner Unterstützung hinrannte, griffen die Neonazis mich an. Als Warnung habe ich ein Messer über meinen Kopf gehalten, um sie damit von ihrem Angriff abzuhalten. Dann haben sie Pflastersteine, Zement und Ziegel nach mir geworfen. Ich war komplett eingekreist, sodass ich in Bewegung bleiben musste, um mich zu schützen. Schließlich waren es

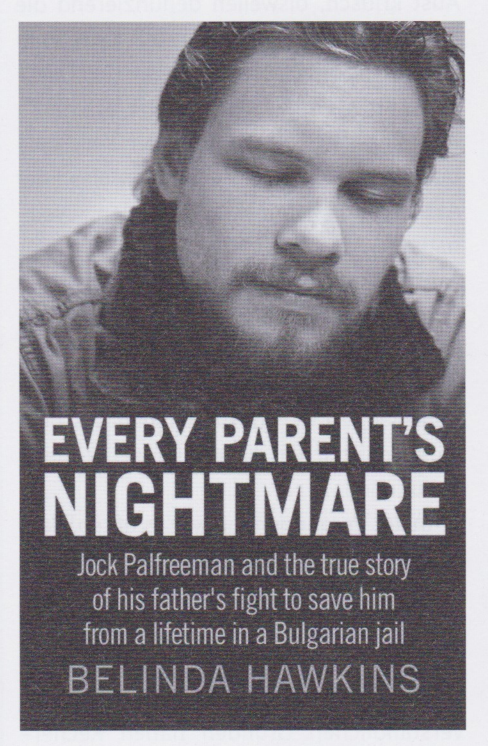
zu viele. Durch einen Treffer am Kopf wurde ich bewusstlos. Als ich aufwachte, hatte die Polizei mich festgenommen. Sie sagte, dass ein Neonazi angestochen wurde und gestorben war. Er hieß Andrej Monov und war der Sohn von Hristo Monov, einem derzeitigen Abgeordneten der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP).

Mein Verfahren entspricht keinem legalen Vorgang- Nichts geht voran, obwohl meine Familie Druck ausübt, damit ich nach Australien verlegt werde. Aber der leitende Staatsanwalt in Bulgarien wird zu stark von der Regierung kontrolliert, in der Hrivo Monov ein führender Politiker ist, und von ihm dahingehend beeinflusst, generell keine Verlegungen nach Australien zu genehmigen.

Die BSP bildet seit Mai 2013 eine Koalition mit der nationalistischen Partei Ataka unter dem Vorsitz von Volen Siderov[1]. Seit meiner Verhaftung wurden mehrere Söhne bekannter BSP Politiker wegen Mordes angeklagt. Besonders krass ist der durch den Sohn eines BSP Politikers begangene Mord an zwei Männern, nur weil sie Englisch gesprochen hatten. Der Täter wurde vom Gericht aus dem Gefängnis entlassen, so dass er das Land verlassen konnte. Dieser Vorfall ist ein weiteres Zeichen für den Einfluss der Regierung auf die Justiz.

Die australische Journalistin Belinda Hawkins[2] hat ein Buch über deinen Fall, genauer über den Kampf deines Vaters geschrieben. Was bedeutet dir dieses Buch persönlich und inwiefern hat es über deinen Fall hinaus politische Bedeutung?

Das Buch bedeutet mir sehr viel, da es meinen Fall grundlegend darlegt. Dennoch kritisiere ich daran die Entpolitisierung meines Falls und dass es nicht die Verbindung zwischen Neonazis und Fußball erklärt, die für Nicht-Europäer schwer zu verstehen ist. Es gibt viele kulturelle Unterschiede zwischen Bulgarien und Europa, die meiner Meinung nach im Buch nicht ausreichend erklärt werden. Die Neonazi-Ideologie der Angreifer wird gänzlich ignoriert und der ganze Vorfall als Kneipenschlägerei bagatellisiert, anstelle eines kalt kalkulierten, rassistischen Angriffs von Menschen, die einen Genozid dulden.



Du hast den „Bulgarischen Gefangenen Rehabilitations Verbund" (BPRA) mitgegründet. Was sind die Ziele des BPRA?

Der BPRA setzt sich für Reformen des bulgarischen Gefängnissystems und Strafrechts ein. Solidarität ist ein Ziel des BPRA. Allerdings schränken Rassismus und Drogenkonsum die Einheit der Häftlinge stark ein. Der BPRA nutzt die European Recommended Prison Rules als Satzung[3]. Momentan werden in bulgarischen Gefängnissen nicht einmal 1 Prozent der empfohlenen Regeln umgesetzt.

Wie sieht die Unterstützung aus, die du von außerhalb bekommst?

Ich erhalte Geld von meiner Familie. Davon abgesehen bekomme ich wenig Unterstützung. Momentan finde ich nicht einmal jemanden, der meinen Blog ins Bulgarische übersetzt. Bezüglich des BPRA sammeln wir Geld für Rechtsberatungen und richten dafür gerade ein Konto ein. Mit 200 bis 300 Euro im Monat können 6 bis 12 Häftlinge juristisch vertreten werden. Die meisten Gefangenen sind der Willkür der Gefängnisverwaltung ausgesetzt, die häufig illegale Maßnahmen anordnet. Aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung müssen diese Maßnahmen widerstandslos hingenommen werden. Ich denke, dass es mit einer weltweiten Unterstützung realistisch ist, 300 Euro im Monat zu sammeln.

Neben der praktischen Hilfe für Gefangene hoffen wir, die Solidarität im Gefängnis zu erhöhen. Wenn wir uns kollektiv verteidigen können, werden Einzelne weniger Angst haben, für ihre Rechte und die von anderen Gefangenen einzustehen. Ohne eine stabile Solidarität unter Gefangenen sehe ich keine Möglichkeit, Reformen im Gefängnis durchzusetzen.

Ende 2011 schriebst du uns in einem Brief: „I'm putting out a call to action to all those opposed to racism both on the street and in it's institutionalised form of fascism." Was möchtest du unseren Leser_innen gerne noch sagen? Und wie können sie dich und deine politische Arbeit unterstützen?

Wir haben die Taktik bezüglich meines Falls geändert. Statt Freiheit fordern wir nur noch die Verlegung nach Australien. Zu Zeiten der CCCP wurden ausländische Gefangene nach vier bis fünf Jahren in ihre Herkunftsländer überstellt. Obwohl Bulgarien jetzt in der EU ist, verweigert es meine Verlegung nach Australien. Es hat sogar zwei Jahre gedauert, bis der leitende Staatsanwalt auf meinen Antrag geantwortet hat.

Schließlich hat Bulgarien das Abkommen zur Verlegung von verurteilten Personen unterzeichnet. Es würde sehr helfen, wenn sich Europäer für die Einhaltung dieses Abkommens einsetzen würden.

Vielen Dank für das Interview! Wir wünschen dir viel Kraft und Solidarität!

Vielen Dank für Euer kontinuierliches Interesse. Ich habe das Gefühl, dass wir in Europa einen harten Weg vor uns haben. •

1 http://de.wikipedia.org/wiki/Wolen_Siderow: Er ist bekannt für Angriffe auf bulgarische Journalisten und xenophobe Meinungsäußerungen gegen ethnische Minderheiten. 2 Titel des Buchs: „Every Parent's Nightmare: Jock Palfreeman and the True Story of His Father's Fight to Save Him from a Lifetime in a Bulgarian Jail" 3 Unverbindliche Empfehlung des Ministerrats des Europarats zur Behandlung von Gefangenen in Europa, https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=Rec%282006%292&Language=lanGerman&Ver=original&Site=COE&BackColorInternet=DBDCF2&BackColorIntranet=FDC864&BackColorLogged=FDC864, Stand 07.09.2014.



Heimatschutz

VON FABIAN KUNOW

Mittlerweile sind eine Vielzahl von Publikationen rund um die Enthüllungen zum NSU, deren Umfeld sowie den helfenden Händen von V-Leuten der verschiedenen Ämter erschienen. Unter diesen Monographien und Sammelbänden sticht ein Buch besonders hervor. Mit „Heimatschutz — Der Staat und die Mordserie des NSU" haben die Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs das Standardwerk zum NSU-Komplex veröffentlicht.

Mehrere Gründe lässt „Heimatschutz" zur Pflichtlektüre für alle Antifaschist_innen werden. Einer ist der Umfang von 864 ausrecherchierten Seiten. Die Lektüre wird durch den locker geschriebenen journalistischen Stil der beiden Autoren nicht ermüdend, was Fachbücher und wissenschaftliche Abhandlungen oder gar die Berichte der verschiedenen Untersuchungsausschüsse oft auszeichnet. So kann man sich die Tatorte und handelnden Personen beim Lesen bildlich vor dem geistigen Auge vorstellen.

Mit Stefan Aust ist bei diesem Buchprojekt einer der bekanntesten Journalisten Deutschlands an Bord. Der derzeitige Herausgeber der konservativen Zeitung „Die Welt" erwarb sich sein Renommee u.a. mit dem 1985 erschienenen Buch „Der Baader-Meinhof-Komplex". In diesem zeichnet Aust kritisch, bisweilen denunzierend die Entstehungsgeschichte der RAF nach. Vom Schreibstil und Aufbau ähneln sich „Heimatschutz" und „Der Baader-Meinhof-Komplex". Viel Raum wird der Beschreibung der Psyche und Verhaltensweisen der Akteure eingeräumt, was bisweilen voyeuristische Züge annimmt.

Dass auf Aust die Charakterisierung „Staatsschutzjournalist" eher als die des linken Journalisten zutrifft, machte es ihm wahrscheinlich leichter, Quellen zu erschließen, zu denen Autor_innen aus dem antifaschistischen Milieu schwer Zugang bekommen.

In der Vergangenheit war es oft so, dass anlässlich eines Versagens oder gar krimineller Handlungen von Geheimdiensten Informationen darüber gerade aus diesen Institutionen oder durch konkurrierende Stellen an die Öffentlichkeit sickerten. Aus verständlichen Gründen haben Rechercheure aus der antifaschistischen Bewegung ein schlechtes Verhältnis zu Polizei und Geheimdiensten.

Die Beschreibung des V-Leute-Systems der verschiedenen Verfassungsschutzämter ist die große Stärke von „Heimatschutz". Dieses wird nicht nur abstrakt beschrieben, mit Vor- und Zunamen sowie dem genutzten Decknamen werden Ross und Reiter genannt.

Im Buch wurden auch Informationen publiziert, die in anderen Medien noch nicht zu lesen waren oder in der Flut der Berichterstattung untergegangen sind. Vieles besitzt für sich alleine schon Skandalpotenzial. Es ist der Verdienst dieses lesenswerten Buches, einer breiteren Öfentlichkeit erneut deutlich gemacht zu haben, dass immer, wenn sich Neonazis bewaffneten, V-Leute der verschiedenen Dienste nicht weit weg waren. •

Aust, Stefan; Laabs Dirk (2014):
„Heimatschutz — Der Staat und die Mordserie des NSU".
Pantheon Verlag, München.
864 Seiten, 22,99 EUR



Geheimsache NSU

Wer Interesse an einer kritischen Zwischenbilanz des bisherigen staatlichen Umgangs mit den Taten des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) hat, kommt um die von Andreas Förster herausgegebene Beitragssammlung nicht herum. Das zehnköpfige Autor_innen-Team sieht seine Aufgabe in der Kontrolle von Politik und Staat, mit dem Ziel, die umfassende Aufklärung der Taten des NSU einzufordern. Wohltuend wirken sich dabei die journalistischen Qualitätsstandards aus. Denn bei aller geäußerten Skepsis und ausgeführter Verdachtsmomente gegen staatliche Institutionen und Personen finden sich keine unbelegten Behauptungen oder gar haltlose Spekulationen — mit denen letztlich ohnehin nichts Vernünftiges anzufangen wäre. Bei der Lektüre bleibt vielmehr immer klar, was das Misstrauen des_r jeweiligen Autors_in gegenüber der offiziellen Erzählung erregt hat und warum. Konkret abgearbeitet wird sich unter anderem an der offiziellen Version des Tathergangs beim Mordanschlag auf zwei Polizist_innen in Heilbronn, an der wegen plausibel wirkender Zeugenaussagen über einen tatsächlich größeren Täter-



kreis erhebliche Zweifel bestehen. Auch wurde bei den Ermittlungen möglicherweise eine Spur zu potentiellen Tatzeugen der US-Bundespolizei FBI ignoriert. Fast schon obligatorisch ist die Beschäftigung mit dem hessischen Verfassungsschützer Andreas Temme, der am Kasseler NSU-Tatort zum Tatzeitpunkt anwesend war, aber nichts mitbekommen haben will. Auch die Auffindesituation der toten NSU-Mitglieder in Eisenach und der Umgang der Polizei mit dem dortigen Tatort wird einem genauen Blick ausgesetzt. Manche der aufgeworfenen Fragen und Widersprüche werden sich möglicherweise klären lassen, andere werden erst zu einem späteren Zeitpunkt neu auftauchen und mussten noch unbeachtet bleiben. Dieses Problem wird auch im Vorwort offen angesprochen. Die Bestandsaufnahme ist insgesamt gelungen und sei zur Lektüre empfohlen. •

Förster, Andreas (Hrsg.) (2014):
Geheimsache NSU — Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur.
Klöpfer & Meyer, Tübingen.
240 Seiten, 22,- EUR

Zum Erfolg verdammt

Die vorliegende Broschüre richtet ihren Fokus in 13 Beiträgen auf verschiedene Aspekte staatlich geförderter Programme gegen Rechts seit den 1990er Jahren. Beleuchtet werden u.a. konzeptuelle Grundlagen im Wechselverhältnis sich verändernder politischer sowie gesellschaftlicher Kontexte, Strategien im Kampf gegen Neonazismus, die auch Spiegelbild des jeweiligen Förderprogramms waren bzw. sind sowie insbesondere die Auswirkungen auf sogenannte zivilgesellschaftliche Organisationen, die durch finanzielle Förderung eine Ausbreitung und Institutionalisierung erfahren haben. Ob die staatlichen Programme gegen Rechts erfolgreich waren bleibt indes unbeantwortet und eine solche Bewertung wäre wohl auch nicht möglich. Dennoch ist gerade die antifaschistische Linke immer auch mehr oder weniger stark von den sich aus den Programmen entwickelnden Inhalten oder auch Organisationen tangiert. Sei es als Bündnispartnerin, wie häufig bei Aktionen gegen Neonazis, als erklärtes Feindbild in der Auseinandersetzung z.B. um das Extremismuskonstrukt oder schlicht in einem Arbeitgeberin-/Arbeitnehmerinverhältnis. Häufig greift „die Zivilgesellschaft" auf Expertisen antifaschistischer Initiativen zurück und letzteren gelingt es dabei viel zu selten weitergehende Debatten anzustoßen, diese öffentlich zu führen und als Partnerin auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Besonders deutlich wird dieser Widerspruch in einem Beitrag der Geschäftsführerin der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin". Erst werden antifaschistische Aktionen und Auseinandersetzungen vergessen gemacht, wenn es u.a. heißt „[w]enn es in den 1990er-Jahren zu großen Demonstrationen kam, dann, im Gegensatz zu den sozialen Protestbewegungen der 1980er-Jahre, bezeichnenderweise nur noch in Form von stillen Lichterketten nach Morden und Pogromen durch Neonazis und Rassist/-innen." Um dem zu begegnen, werden Projekte wie die Mobile Beratung in dem Text dann „zur Schnittstelle zwischen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen, Einzelpersonen sowie der Zivilgesellschaft vor Ort und den staatlichen Institutionen und der offiziellen Politik." Das diese Einordnung kein Produkt antifaschistischer Strategiedebatten ist, zeigt deutlich, wie marginal die Einflussnahme antifaschistischer Gruppen in solche Diskurse zu sein scheint. Dies ist ohne Zweifel nicht den selbsternannten „Schnittstellen" zuzuschreiben, macht aber die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung über Theorie und Praxis unabhängiger antifaschistischer Gruppen deutlich, der es tatsächlich an einer konsequenten Selbstverortung zu mangeln scheint. Aus dieser vermeintlichen oder tatsächlichen Problemstellung schließen weitere Fragen an. Reicht die Beschäftigung mit Teilaspekten oder einzelnen AkteurInnen des Neonazismus aus, wenn sich Rassismus in der selbsternannten Mitte der Gesellschaft und den Parlamenten konstituiert? Oder neonazistische Organisierung nicht als politisch-ideologische Grundlage kontextualisiert, sondern auf Gewalt und Folge sozialer (meist jugendlicher) Desintegrationsprozesse reduziert wird? Die Broschüre ermöglicht mit ihrem Blick auf die Geschichte der Programme gegen Rechts sowie die tiefer gehende Beschäftigung mit einzelnen Effekten eine gute Übersicht. Für antifaschistische Gruppen kann dies eine Motivation sein, die Überlegungen von Theorie und Praxis in ein Verhältnis zu Staat und „Zivilgesellschaft" zu stellen sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen kritisch einzuordnen. •

Mathis Blome/Barbara Manthe (Hg.):
„Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand".
Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V. Düsseldorf. Eigenverlag 2014, 80 Seiten, 3,- EUR

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4
C5E4 FDA9 E521 4388

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
27. Jahrgang
Nummer 104 | 3.2014

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 103

TITEL
Griechenland — Das Erstarken einer faschistischen Bewegung

NS-SZENE
„Patriotisches Menschenmaterial" — Neonazistische Fußball-Hooligans

GESCHICHTE
„Der Krieg sein uns heilig"

INTERNATIONAL
Ukraine: „Wir lassen euch nicht lebend raus"



AIB 102

TITEL
Das Problem heißt Rassismus. Rechte Bürgerinitiativen machen mobil.

NS-SZENE
NPD in der Krise

GESCHICHTE
Die SA — „Jetzt wird reiner Tisch gemacht!

INTERNATIONAL
Rechts auf dem Majdan

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

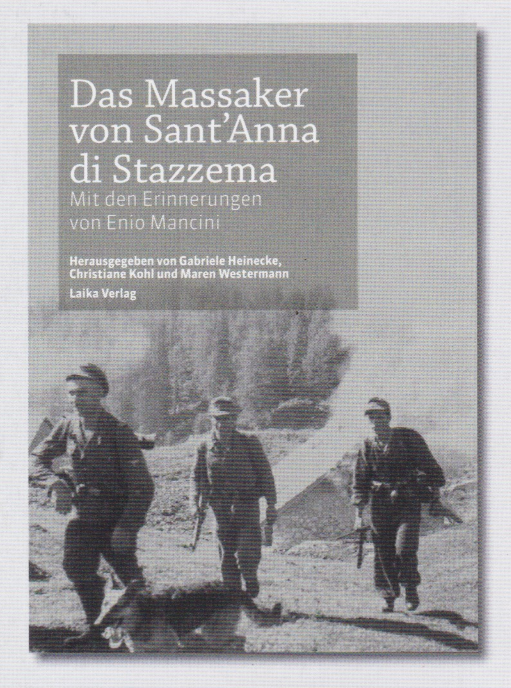
Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

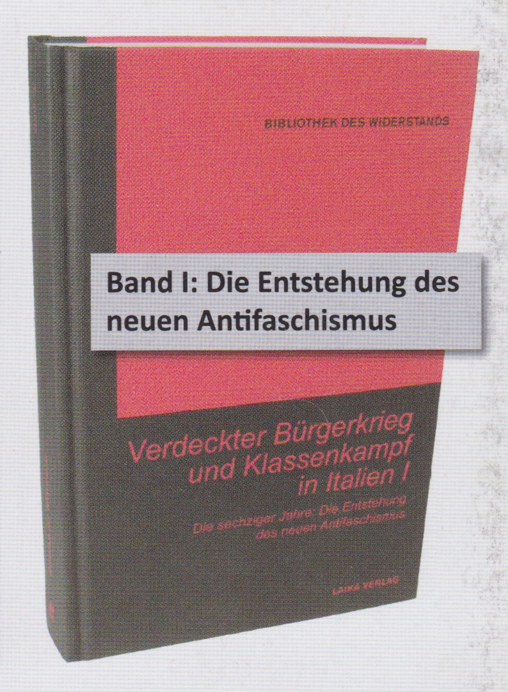
BÜCHER GEGEN DAS VERGESSEN UND ZUR KRITIK DER HEUTIGEN VERHÄLTNISSE IN DER WELT.



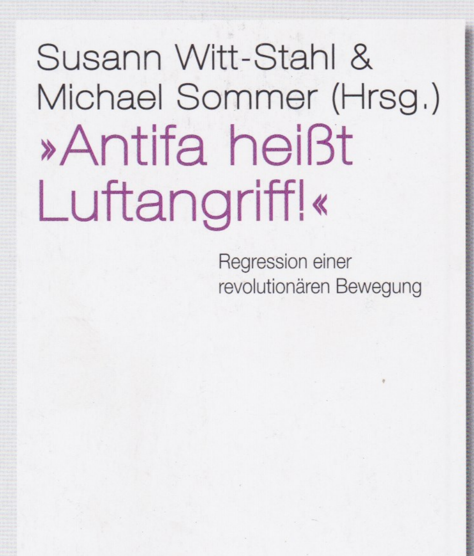
G. Heinecke / C. Kohl / M. Westermann (Hrsg.)
DAS MASSAKER VON SANT´ANNA DI STAZZEMA
Mit den Erinnerungen von Enio Mancini
144 Seiten, € 19, ISBN 978-3-944233-27-7



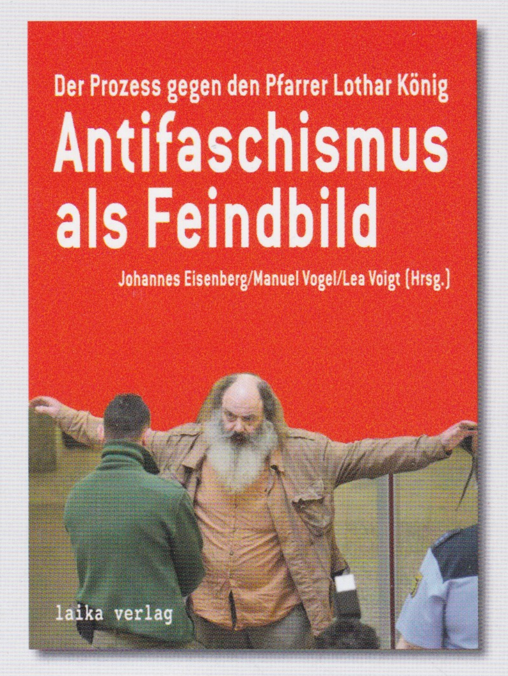
Esther Bejarano
ERINNERUNGEN
208 Seiten, € 21, ISBN 978-3-944233-04-8
Mit DVD (Konzertmitschnitt von Esther Bejarano mit Microphone Mafia)



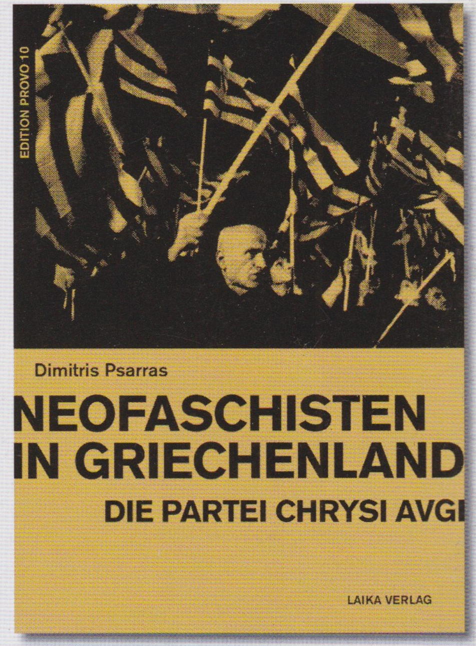
Bibliothek des Widerstands Band 31
VERDECKTER BÜRGERKRIEG UND KLASSENKAMPF IN ITALIEN Bd. I
224 Seiten + DVD
€ 29,90, ISBN 978-3-944233-17-8



S. Witt-Stahl / M. Sommer (Hrsg.)
»ANTIFA HEISST LUFTANGRIFF!«
Regression einer revolutionären Bewegung
216 Seiten, € 21, ISBN 978-3-944233-13-0



J. Eisenberg / M. Vogel / L. Voigt (Hrsg.)
ANTIFASCHISMUS ALS FEINDBILD
Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König
304 Seiten + DVD
€ 21, ISBN 978-3-944233-06-2



Dimitris Psarras
NEOFASCHISTEN IN GRIECHENLAND
Die Partei Chrysi Avgi
224 Seiten, € 19, ISBN 978-3-944233-07-9

Alle Bücher sind erhältlich unter **SHOP.LAIKA-VERLAG.DE** oder im lokalen Buchhandel

WWW.LAIKA-VERLAG.DE

